

In diesem Heft

Editorial	387
Essay	
WALTER SCHMIDT Preußen und die deutsche Geschichtskultur	389
Bildung im 21. Jahrhundert	
HUBERT LAITKO Bildung als Funktion einer multioptionalen Gesellschaft	405
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
ULRICH BUSCH, ANJA SCHNEIDER Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen	416
JÜRGEN LEIBIGER Die Eigentumsfrage im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts	427
Konkrete Utopie: Gerechtigkeit	
ULLA PLENER Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil III: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990-2000)	441
Standorte	
MEINHARD CREYDT Sonderweg und Abweg. Zur Kritik einer deutschen Vergangenheitsbewältigung	458
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	466

Bücher & Zeitschriften

Michael Löwy: Internationalismus und Nationalismus: kritische Essays zu Marxismus und »nationaler Frage«. (RONALD LÖTZSCH)	468
Axel Tschentscher: Prozedurale Theorien der Gerechtigkeit, (HERMANN KLENNER)	471
Leo Panitch, Colin Leys (Hg.): Necessary and Unnecessary Utopias (RICHARD SAAGE)	473
Stefan Ryll, Alparslan Yenil (Hg.): Politik und Ökonomie. Festschrift für Gerhard Huber (ULRICH BUSCH)	474
Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz (STEFAN BOLLINGER)	476
Entschuldigung	477
Summaries	478
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	480

Editorial

Es ist einfach nicht wahr, daß die deutsche Wiedervereinigung gescheitert ist. In wenigstens einem Bereich war sie in jedem Fall erfolgreich: im Bildungswesen.

Was haben in der DDR bis 1989 – völlig zu Recht – Intellektuelle auf Margot Honeckers Volksbildung und Hans-Joachim Böhmes Hoch- und Fachschulwesen geschimpft: Vor den Zensuren fünf und vier hatten in den Schulen die Lehrer mehr Angst als ihre Schüler; mit der Abschaffung der Vorbereitungsklassen auf die Abiturstufe war zudem der Vereinheitlichungswahn ins Absurde getrieben und eine an sich vernünftige Idee diskreditiert worden; Pädagogik studierten ab den siebziger Jahre zunehmend vor allem jene, die – aus welchen Gründen auch immer – sich ihren eigentlichen Studienwunsch nicht erfüllen können und den Lehrerberuf bestenfalls als die zweitbeste Wahl betrachteten – und dann auch so ausführten; der Wehrkundeunterricht tat ein übriges. An den Universitäten kämpften die Lehrkräfte gegen die vorgegebene Verschulung, gegen sich verschlechternde Ausstattung und das von Jahr zu Jahr grauslicher werdende Niveau der Erstsemester.

Wie waren die Meckerer und Nörgler irritiert, als nach der Wende die Berufsausbilder in Altdeutschland sich über die Qualitäten der Ostzöglinge reineweg begeistert zeigten: selbständig, teamfähig, rechtschreibkundig, sogar bewandert in den Grundrechenarten. So viel Glück auf einmal war den Westmenschen fremd.

Die Intellektuellen im Osten schimpfen heute immer noch – völlig zu Recht –: nun über das im Namen des Föderalismus gleichgeschaltete Bildungswesen, Marke bayrisches Hauptschulniveau.

Die Lobgesänge der Berufsausbilder West auf den Ostnachwuchs hingegen sind verstummt. Die aus der Frühzeit der DDR herrührenden emanzipationsfördernden Strukturen wie Einheitsschule, Polytechnik, Ganztagsbetreuung und Begabtenförderung unabhängig vom Portemonnaie der Eltern wurden erfolgreich zerschlagen. Die Einheit ist vorbildlich vollzogen.

Seit Wochen erleben wir in den Medien dieses Landes eine Bildungsdiskussion. Trotz Globalisierung denkt die deutsche Wirtschaft auf einmal wieder national. Die Technologien sind eben doch noch nicht so weit fortgeschritten, daß der vor sich hin analphabetisierende Nachwuchs deutscher Zunge nur noch als Hilfskraft für die Schreibkundigen aus Indien und Bulgarien benötigt würde.

Die Bundesrepublik – noch im restdeutschen Zustand – hatte ihre erste Bildungsdebatte Mitte der sechziger Jahre erlebt. Nach dem

Mauerbau war der Zufluß an verwendungsfähigen Absolventen aus kommunistischer Berufsausbildung und Hochschule (selbständig, teamfähig, rechtschreibekundig – siehe oben) versiegt.

Die Lage für die westdeutsche Wirtschaft – damals noch global player in Kinderschuhen – wurde bedrohlich. Denn in das Bildungswesen West war unter Adenauer noch weniger Geld als heutzutage unter der SPD geflossen. Das Fachpersonal für das Wirtschaftswunder hatte der Osten zur Verfügung gestellt. Bei einem Wiederaufbau allein aus eigener Kraft (ohne Fachkraft Ost und Marshallplan West) hätte man in Westdeutschland statt des Wirtschaftswunders eine Wiederholung der zwanziger Jahre erlebt. Seit 1990 wird zurückgezahlt. Was dadurch bewirkt wird, kann man im vorliegenden Heft ab Seite 416 bei Anja Schneider und Ulrich Busch nachschauen.

In der Bildungsdebatte der sechziger Jahre spielte übrigens der – offen eingestandene Blick – über die Mauer auf das dortige Bildungssystem eine nicht unwesentliche Rolle. Im Zuge dieser Debatte lernten immer mehr Leute sogar, »DDR« zu sagen.

Die damalige Debatte wurde auch ansonsten auf hohem akademischen Niveau geführt – was man ihren Ergebnissen, Gesamtschule (unter den Bedingungen der Fortexistenz eines dreigliedrigen Schulsystems) und Massenuniversität, nicht nachsagen kann. Das nicht enden wollende Elend ist bekannt.

In welchem bedauernswerten Zustand die Zöglinge dieser SAT1- und Pro7-kompatiblen Einrichtungen in die globalisierte Marktwirtschaft entlassen werden, kann man nicht zuletzt am Niveau der momentanen Bildungsdiskussion ablesen. Eines dieser Geschöpfe – mit der Lizenz zum Schreiben – verbreitete sich Ende März im »Stern« (früher wurde der nicht nur von Akademikern produziert, sondern auch von solchen gelesen): »Während fast alle europäischen Nachbarländer ihre Kinder bis zu acht Stunden am Tag in die Schule schicken, glaubten die Deutschen bisher (sic!), mit einer halbtags organisierten ›reinen Unterrichtsschule‹ auszukommen.«

Auch in UTOPIE kreativ führen wir seit Februar dieses Jahres eine Bildungsdebatte, müssen allerdings eingestehen, mit dieser Art Niveau weder mithalten zu können noch gar mithalten zu wollen. Hubert Laitkos Beitrag im vorliegenden Heft ist ein beredtes Beispiel dafür.

JÖRN SCHÜTRUMPF

WALTER SCHMIDT

Preußen und die deutsche Geschichtskultur

Das Jahr 2001 haben die Offiziellen von Berlin und Brandenburg zum Preußenjahr erklärt. Anlaß dafür ist der 300. Jahrestag der Krönung des brandenburgischen Kurfürsten *Friedrich III.* zum König *Friedrich I.* in Preußen am 18. Januar 1701 im ostpreußischen Königsberg. Seitdem war der 18. Januar im neuen Königreich, das sich jetzt Preußen nannte, als »Krönungs- und Ordensfest« ein besonderer Tag, an dem Orden- und Ehrenzeichen verliehen wurden, namentlich der Rote Adlerorden. Das hat in der Revolution von 1848 die »Neue Rheinische Zeitung«, das Blatt von *Marx* und *Engels* in Köln, das entschieden antipreußisch agitierte und zu jener Zeit bereits die Auflösung des preußischen Staatswesens verlangte, veranlaßt, zum 18. Januar 1849 in einer scharfen politischen Glosse »den besternten und getövelten Adel und die patriarchalische Wollust der mit dem ›Hundezichen‹ Beehrten« scharf anzuprangern, weil zu diesem Feste 100 000 Taler Steuergelder verpraßt würden.¹ Natürlich hat dies im preußischen Innenministerium hellste Empörung ausgelöst und die Bürokraten nach dem Staatsanwalt rufen lassen.

Zu diesem Ereignis fand nun nach 300 Jahren am 18. Januar 2001 auch in Berlin wieder ein berlin-brandenburgischer Festakt statt. Die Zahl der vorbereiteten Ausstellungen wie der historisch durchtränkten Erinnerungs-Talkshows, -filme, -serien und anderen Sendungen in den Medien, besonders im Fernsehen, der Publikationen zum Thema Preußen im angebrochenen sogenannten Preußenjahr ist nicht bekannt, geht aber sicher über die Tausendergrenze. An speziell finanzgestützten Veranstaltungen sind zirka 400 angekündigt worden. Potsdam erhält neben einem »Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte« ein neues Preußeninstitut, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften eine Sektion für Preußenforschung; beide sollen unter einem Leiter eng zusammenarbeiten.² Eine als vernachlässigt definierte Preußenforschung scheint sich vornehmlich auf Staats- und internationale Beziehungsgeschichte konzentrieren zu wollen, während Sozialgeschichte und Demokrastiebestrebungen in Preußen kaum Erwähnung finden.³

Pritzwalk beschenkt die Biertrinker hierzulande mit einem »Preußen-Pils«. Preußenrummel ist angesagt. Und es preußelt in unserem Lande in eine ganz bestimmte Richtung. Die Buchhandlungen bieten zum Termin schlagartig eine Vielzahl von Publikationen zur preußischen Geschichte an, fast durchweg preußischen Königen und Königinnen sowie den adligen Eliten gewidmet.⁴ Darstellungen über Demokratisches und Revolutionäres in Preußens Vergangenheit, das es



Walter Schmidt – Jg. 1930, Historiker, Prof. Dr. habil., bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; zahlreiche Veröffentlichungen, unter anderem: *Wilhelm-Wolff-Biographie* (2 Bde.), illustrierte *Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, Bürgerliche Revolution und proletarische Emanzipation in der deutschen Geschichte*. Foto: privat

1 *Neue Rheinische Zeitung*, 17. Januar 1849: *Ordensschnickschnack*

2 *Neues Deutschland*, 17. Januar 2001.

3 Vgl. dazu den Bericht von Andreas Krause: *Abgelegte Institutionen, abgestandene Thesen*. Wie geht es der Preußenforschung, wie geht es weiter nach dem Preußenjahr?, in: *Berliner Zeitung*, 20. Februar 2001.

4 Eine Auswahl von nur fünf Titeln charakterisiert gleichwohl die Tendenz: Frank Lothar Kroll: Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II. München 2000; Johann Gustav Droysen: Friedrich I. König von Preußen. 3. Auflage mit einem Vorwort von Eberhard Straub, Berlin, New York 2001; Christian Graf von Krockow: Friedrich der Große. Ein Lebensbild, Bergisch-Gladbach 2000; Karin Feuerstein-Praßer, Die Preußischen Königinnen, Regensburg 2000; Günter de Bruyn: Preußens Luise. Vom Entstehen und Vergehen einer Legende, Berlin 2001.

5 Karl Gass: Zielt gut, Brüder! Das kurze Leben des Maximilian Dortu (Potsdamer Köpfe), Märkischer Verlag Wilhelmshorst 2000

6 Preußenjahr unterstützt Länderfusion, in: Neues Deutschland, 17. Januar 2001, S. 20; auch Rainer Balcerowiak: Kampagne mit preußischem Rückenwind, in: Ebenda, 20/21. Januar 2001.

unbestreitbar auch zur Genüge gab, und radikal Kritisches über das reaktionäre Preußentum, das fürwahr eine Realität darstellte, aber wohl eher nicht existent gewesen sein soll, kann man selbst mit der Lupe kaum entdecken. Die Biographie des von preußischen Interventions-truppen in Baden 1849 füsilierten Potsdamer Radikaldemokraten *Maximilian Dortu*, erschienen in einem kleinen brandenburgischen Verlag,⁵ ist nicht einmal im Computer des Buchhandels verzeichnet.

Und die Offiziellen verschweigen nicht die politische Instrumentalisierung dieses Jahrestags. Er soll vor allem preußische Identität schaffen helfen, die Fusion Berlins mit Brandenburg, die in der Abstimmung 1994 gescheitert war, den Leuten wieder schmackhaft machen. *Christoph Helm*, seines Zeichens brandenburgischer Kulturstaatssekretär sprach es offen aus: Das Preußenjahr soll eine »Katalysatorfunktion« für die gewünschte Länderfusion haben.⁶ Zugleich soll die Berufung auf Preußen dazu dienen, den Untertanen so genannte preußische Tugenden, Fleiß und Sparsamkeit vor allem beizubringen. Ja, es wird sogar die Überlegung lanciert, ob man denn nicht das dann vereinigte Land, wenn es denn dazu kommen sollte, Preußen nennen sollte.

Der 18. Januar 2001 bietet aber noch einen zweiten preußisch-deutschen Jahrestag. Vor 130 Jahren, am 18. Januar 1871, wurde im Spiegelsaal von Versailles, also auf französischem Boden, nach dem siegreichen Krieg gegen Frankreich von 1870/71, das Deutsche Reich als einheitlicher Nationalstaat aus der Taufe gehoben, und zwar als Kaiserreich. Der preußische König *Wilhelm*, in der Revolution von 1848 als reaktionärer Scharfmacher und Oberkommandeur der preußischen Interventionstruppen, die den badisch-pfälzischen Aufstand von Mai 1849 blutig unterdrückten, verhaßt und von *Max Dortu* mit dem Titel Kartätschenprinz bedacht, wurde an diesem Tage von den anderen deutschen Fürsten und den Militärs unter Ausschluß des Volkes und auch der gewählten Parlamentarier zum deutschen Kaiser gekrönt. Mag glauben, wer will, daß die Wahl dieses Tages zur Kaiserproklamation Zufall war. *Bismarck*, der durch drei Kriege gegen Dänemark 1864, gegen Österreich 1866 und gegen Frankreich 1870/71 die deutsche Reichsgründung zielstrebig vorbereitet hatte, hätte die Sache zwar lieber schon früher über die Bühne gebracht, aber da die Bayern bis zuletzt quer schossen, kam ihm der 18. Januar als alter preußischer Feiertag gerade recht. Da hat er dann auch nicht mehr auf die letzten Abstimmungen in München gewartet, die zumal äußerst knapp erst am 21. Januar stattfanden.

Die Koinzidenz der Gründungstage 1701 und 1871 hatte mehr als Symbolcharakter. Das Deutsche Reich war, wenn man es etwas grob nimmt, eine preußische Schöpfung. Die staatliche Einheit der deutschen Nation war unter der Führung Preußens mit »Eisen und Blut«, wie *Bismarck* es formuliert hatte, von oben her, durch dynastische Kriege durchgesetzt worden. Sie war keine Errungenschaft der demokratischen Kräfte von unten. Sie war nicht im Gefolge einer demokratischen Bewegung, einer demokratischen Revolution gar zustande gekommen, also kein Sieg der Demokratie. Und das Übergewicht des Konservativen, Reaktionären prägte fortan den Charakter dieses Reiches. Was nach 1871 in Deutschland stattfand, war eine Verpreußung des neuen Nationalstaates.

Schließlich ist noch ein Jubiläum zu nennen, das allerdings drei Jahre zurückliegt, ins Jahr 1998 fiel und nicht gerade preußisch, sondern deutsch und europäisch und ausgesprochen antipreußisch war: der 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49, des ersten ernsthaften Versuchs, die staatliche Einheit Deutschlands zu erzwingen, und zwar durch einen Aufbruch des Volkes, also von unten, und gerade dadurch Nation und Demokratie miteinander in Einklang zu bringen. Der Versuch mißlang; er scheiterte an der Übermacht der Reaktion, nicht zuletzt der preußischen, deren Machtgrundlagen von der Revolution nicht angetastet worden waren und die deshalb die demokratischen wie die liberalen Verfechter eines demokratischen Weges zur deutschen Einheit wieder unterdrücken, dann auf ihre Weise durch eine »Revolution von oben« den deutschen Nationalstaat herstellen und dabei ihre ökonomische und politische Herrschaft zum Schaden der Nation erhalten und ausbauen konnten.

*

Wie ist man in Deutschland mit den beiden historischen Ereignissen, der Revolution und der Reichsgründung, umgegangen? Und wie verhält man sich gegenwärtig in deutschen Landen zu 1848 und 1871? Denn eines ist unbestreitbar: Beide Ereignisse besitzen historische Bedeutung, waren tiefgreifende Einschnitte im Verlauf der Geschichte, können als gewichtige Punkte des 19. Jahrhunderts bezeichnet werden; und sie waren prägend für die deutsche Geschichte, bewegten daher auch die Menschen, beschäftigten sie, verlangten, Standpunkt zu beziehen. Und dabei war keine Einmütigkeit zu erwarten, sondern herrschte Kontroverses vor, bestimmt zumeist durch die jeweilige soziale und politische Position, die man einnahm und verfocht. Adel und angepaßtes Bürgertum hatten einen anderen Blick auf die beiden Großereignisse als kleinbürgerliche Demokraten, klassenbewußte Arbeiter und Sozialisten. Wie also entwickelte sich das 1848er Revolutionsbild und Reichsgründungsverständnis im Verlauf der letzten 150 beziehungsweise 130 Jahre?

In den ersten beiden Jahrzehnten zwischen 1848 und 1871 konnte es nur um die Haltung zur Revolution gehen. Aber da wurden dennoch bereits die Pflöcke für ein gespaltenes Geschichtsbewußtsein in Deutschland eingeschlagen. Die siegreiche adlig-monarchische Konterrevolution legte es vor allem darauf an, die Revolution vergessen zu machen. Und wenn sie auf 1848 zu sprechen kommen mußte, tat sie alles, das Revolutionsjahr als Verbrechen von Irreführten und Agenten zu verteufeln, die Unrechtmäßigkeit der Revolution nachzuweisen, sie als Gotteslästerung hinzustellen, sie zu »delegitimieren«. Die Unterdrückung der Volkserhebung feierte sie indes als großen historischen Sieg des Rechts. Zahlreiche Denkmale in brandenburgischen Landen wie auch in Sachsen und in Baden, errichtet in den fünfziger Jahren, galten allein den im Kampf gegen die Revolution gefallenen preußischen Soldaten; sie demonstrieren den Haß auf die Revolution und die Genugtuung über deren Auslöschung. Genannt seien nur die 1949 auf Beschluß des noch einheitlichen Berliner Magistrats abgetragene Invalidensäule in der Nähe des Naturkundemuseums in Berlin und das Michaelsdenkmal im Park Babelsberg. Ein Nationaldenkmal für die Märzgefallenen kam hingegen nie zustande; die Reaktion unternahm im Gegenteil sogar alles, um den Märzfriedhof im Berliner

Friedrichshain einzuebnen. Und es bedurfte eines halben Jahrhunderts, bis es in Baden gelang, den gemeichelten Revolutionären von 1849 erste schlichte Ehrenmale zu errichten. Das liberale Bürgertum suchte zwar die Parlamentsarbeit in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 zu rechtfertigen, verdammt aber wie die Konservativen aufs entschiedenste die revolutionären Erhebungen des Volkes als angeblich kontraproduktiv. Nur die Demokraten und Sozialisten bekannnten sich uneingeschränkt zur Revolution und zum Recht des Volkes auf revolutionäre Gewaltanwendung gegen ein reaktionäres Regime. Aber ihre Sicht fand nicht Eingang ins Volk. Ihnen fehlten weitgehend die Medien für eine entsprechende Massenbeeinflussung.

In den 1870er Jahren wandelte sich die Szene wesentlich, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Inzwischen war die Reichsgründung erfolgt und damit ein realer Kontrapunkt zu 1848 gesetzt. 1848 Niederlage, Mißerfolg, keine nationale Einheit gewonnen; 1871 hingegen Sieg, Erfolg, endliche Errichtung des von allen, auch von den Demokraten, herbeigesehnten deutschen Einheitsstaates, der ökonomisch überaus nötig war. Nicht die Demokraten hatten den Erfolg, sondern die Konservativen; sie und nicht die Demokraten vermochten mit ihrer Macht nicht nur die weitere geschichtliche Entwicklung zu prägen, sondern ein konservatives Geschichtsbild konnte auch auf einem Erfolgsbonus basieren. Erfolg hatte immer und hat bis heute für die Massenbeeinflussung riesige Bedeutung.

Die Reichsgründung wurde nun für die Konservativen wie für die Liberalen aus dem Bürgertum das Großereignis, das 1848 verdrängen sollte und im deutschen Geschichtsverständnis auch verdrängte. Die Reichsgründung war für die Konservativen fortan strahlender Höhepunkt und allein gültiger Maßstab bisheriger deutscher Geschichte. Der große Schweizer Historiker *Jacob Burckhardt* schrieb vorausschauend Silvester 1872 an einen Freund: »Die Darstellung (der neueren Geschichte) ist ja in einer großen Mauserung begriffen, und man wird einige Jahre warten müssen mit Anschaffungen, bis die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870 bis 1871 orientiert sein wird.«⁷ Schon nach wenigen Jahren erschienen die entsprechenden Werke. Die Geschichtskultur mehrerer Generationen von Deutschen wurde von deren Geschichtsbild geprägt. Es stellte die Revolution von 1848 ins historische Abseits, verbannte sie bestenfalls in die Vorgeschichte der Reichsgründung. Diese von der national-liberal-borussischen Schule der akademischen Geschichtsschreibung mit *Heinrich von Sybel* und *Heinrich von Treitschke* ganz auf das Jahr 1871 ausgerichtete Sicht auf die deutsche Geschichte fand durch die Medien und mehr noch durch den Geschichtsunterricht der Schulen und über die akademischen Bildungsinstitutionen weite Verbreitung, und zwar nicht nur im Bürgertum, sondern auch im Volk. Die 1848er Revolution erschien in diesem Geschichtsbild als eine Sackgasse auf dem Weg zur Einheit. Im günstigsten Falle wurde sie abgewertet zu einem mit falschen, weil revolutionären Mitteln unternommenen Fehlversuch, bei dem lediglich einige Elemente, wie etwa das Streben nach nationaler Einheit, akzeptabel erschienen.

Die Konservativen entwickelten ein an den Erfolgen von 1870/71 festgemachtes Traditionsbild, das die preußisch-deutsche Geschichts-

7 Zitiert nach Hans Schleier: Die Auswirkung der Reichsgründung auf historisch-politische und methodologische Konzeptionen der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung bis 1914, in: Horst Bartel und Ernst Engelberg (Hg.): Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen, Bd. 2, Berlin 1971, S. 517.

kultur bestimmte: Der Tag des Sieges von Sedan über Frankreich, der 2. September, wurde neben des Kaisers Geburtstag zum Feiertag erklärt. In Berlin beging man zur Feier des gegen Frankreich gewonnenen Krieges 1873 zum 25. Jahrestag von 1848 die Einweihung der Siegesssäule, des Denkmals im Tiergarten. In Lichterfelde legte man den Grundstein für die mit Mitteln aus den französischen Kriegskontributionen erbaute zentrale preußisch-deutsche Kadettenanstalt, wo von 1945 bis 1990 das amerikanische Militär residierte und in der heute die größten Archivbestände zur Reichs- und DDR-Geschichte lagern.

Doch setzten in den siebziger Jahren auch starke Bestrebungen ein, zum preußisch-deutschen nationalistischen Konzept eine demokratische Gegenposition zu entwickeln. Es begann das Ringen um eine demokratische Geschichtskultur. Und zwar in zwei Richtungen: einmal durch Auseinandersetzung mit dem reaktionären Charakter des Reiches und zum anderen durch Wiederbelebung der Erinnerung an 1848. Demokraten und mehr noch die organisierte Arbeiterbewegung waren die Träger dieser Aktivitäten. Man bekämpfte den reaktionären Charakter des neu gegründeten Staates, nicht aber die erreichte nationalstaatliche Einheit, zu der sich Demokraten wie Sozialisten durchaus bekannten, die sie bewahrt und vor allem durch konsequente Demokratisierung der Gesellschaft ergänzt und so erst gesichert wissen wollten. Und um dies historisch zu unterbauen, zu legitimieren, beriefen sich Demokraten und Sozialisten gerade auf den demokratischen Versuch der 1848er Revolution, hoben die Revolution auf ihren Schild.

Die Urteile der Demokraten und Sozialisten über die Reichsgründung und das Reich waren deutlich. Der süddeutsche Demokrat *Karl Mayer* nannte auf der Frankfurter Festveranstaltung der Demokraten zum 25. Jahrestag von 1848 am 30. März 1873 das neugeschaffene Reich unumwunden einen »Militärstaat. Einen solchen zu schaffen, hätte vor fünfundzwanzig Jahren als ein unmögliches Unternehmen gegolten.«⁸ Schärfere urteilte *Friedrich Engels*. Er sah die nationalstaatliche Einheit der Deutschen, die in Gestalt dieses Reiches immerhin erreicht worden und in seiner Sicht zu akzeptieren, aber nicht zu billigen war, »in Lebensgefahr gebracht durch seine preußische Grundlage.«⁹ Für *Marx* war das sozialpolitische Wesen des neuen preußisch-deutschen Einheitsstaates 1875 seinem Inhalt nach »nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärespotismus.«¹⁰

Und *Wilhelm Liebknecht* hat in seiner Verteidigungsrede während des Leipziger Hochverratsprozesses gegen ihn und *Bebel* 1872 eine Aussage über das historische Schicksal des deutschen Reiches getroffen, die sicher einem überzogenen Fatalismus das Wort redete, indes, wie die folgenden 75 Jahre zeigten, nicht ganz prophetischer Substanz entbehre: »Ein Staat wie das Bismarcksche Preußen-Deutschland ist durch seinen Ursprung mit fatalistischer Notwendigkeit dem gewaltsamen Untergang geweiht. ... Auf dem Schlachtfeld geboren, das Kind des Staatstreichs, des Krieges und der Revolution von oben, muß es ruhelos von Staatstreich zu Staatstreich, von Krieg zu Krieg eilen und entweder auf dem Schlachtfeld zerbröckeln oder der Revolution von unten erliegen. Das ist Naturgesetz.«¹¹

8 Otto Höhrth: Gedenkfeiern 1873 / 1898 / 1923, Frankfurt a.M. 1925, S. 18.

9 Friedrich Engels an August Bebel, 13.9.1886, in: MEW, Bd. 36, S. 524.

10 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW, Bd. 19, S. 29.

11 Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872. Neu hg. von Karl-Heinz Leidigkeit, Berlin 1960, S. 256f.

Gegen die Reichsverherrlichung der Konservativen und Liberalen orientierten die Demokraten und Sozialisten erinnerungspolitisch auf die Revolution von 1848. Seit dem 25. Jahrestag der Revolution 1873 organisierten die Sozialdemokraten jährlich demokratische Märzfeiern in vielen Städten. In Berlin fand eine wahre Pilgerfahrt zu den Märzgräbern im Friedrichshain statt. Der von der Polizei verbotene und oft gewaltsam verhinderte jährliche Marsch zum Friedrichshain wurde zur populärsten Demonstration der Berliner Arbeiter im 19. Jahrhundert. Im »Volksstaat« erschien in diesem Jahr *Georg Herweghs* berühmtes Gedicht: »Achtzehnhundertvierzig und acht«, endend mit dem drohend-optimistischen »Noch sind nicht alle Märzen vorbei«. Die Arbeiterbewegung entwickelte mit den Märzfeiern, die bis 1914 zu ihrem wohl wichtigsten historischen Gedenktag wurden, erfolgreich eine Gegentradition zum preußisch-deutschen Sedantag, ein Stück demokratischer Geschichtskultur, die national und international verankert war. Denn es wurde bewußt an zwei Ereignisse zugleich erinnert: an den Berliner 18. März 1848 und an den Pariser 18. März 1871, den Tag der Ausrufung der Pariser Kommune. Die Arbeiterbewegung konterkarierte so die staatsoffizielle Franzosen-Erbfeindschaft durch demokratische Solidarität mit dem französischen Volk.

Diese Zusammenhänge verdienen einen kurzen Blick in die Gegenwart. Nach langem Streit gelang es der »Aktion 18. März« am 18. März 2000 endlich, dem Berliner Senat die zuvor immer wieder verweigerte Umbenennung des »Platzes vor dem Brandenburger Tor« in »Platz des 18. März« unter der Bedingung abzurufen, daß die Jahreszahl 1848 weggelassen wird. Denn, so war verlangt, der Platz sollte auch an den Tag der DDR-Wahlen vom 18. März 1990 erinnern. Dagegen war nichts einzuwenden. Demokraten und Internationalisten können damit leben. Dies um so mehr, als es eben noch einen dritten denkwürdigen 18. März in der Geschichte gibt, eben die Pariser Kommune von 1871, übrigens revolutionärer Kontrapunkt zur deutschen Reichsgründung. An dieses Ereignis wird sicher manch einen auch der gegenüberliegende östliche Platz vor dem Brandenburger Tor erinnern, der seit langem den Namen Pariser Platz trägt. Wie sich Zufälle oft sinnvoll fügen.

Es blieb bei der scharfen gegensätzlichen Betrachtung und Bewertung von 1848 und 1871 in der deutschen Gesellschaft mit geringen Veränderungen bis zur Novemberrevolution und zur Gründung der Weimarer Republik, also bis 1918/19. Für das offizielle Geschichtverständnis stand allein 1871 im Blick, 1848 blieb weitgehend diffamiert. Und die Sozialdemokratie vor allem verteidigte demgegenüber den zentralen Standort der 1848er Revolution als eigentliches Datum historischen Fortschritts im 19. Jahrhundert.

Symptomatisch dafür wurde eine Debatte im Deutschen Reichstag am 18. März 1898. *August Bebel* hatte sie am 50. Jahrestag der Revolution erzwungen. Die Konservativen wiederholten ihre Verleumdungen der Revolution als Werk von ausländischen Agenten und Gesindel. Für die Liberalen war nur die Frankfurter Nationalversammlung traditionswürdig, die Berliner Märzrevolution hingegen eine überflüssige, ihnen peinliche, eher schädliche Episode. Dagegen erklärte *Bebel*, daß das Parlament nur eine Frucht der Märzrevolution war und verteidigte die Ehre der Barrikadenkämpfer, indem er den Konservativen zurief:

»Das ›Gesindel‹ soll Ihnen noch eingetränkt werden. Das werden wir Ihnen nicht vergessen. Es ist eine Infamie, die Männer, die damals ihr Leben in die Schanzen schlugen und für ihre Ideale kämpften, in solcher Weise zu beschimpfen. ... Die Männer haben im Jahr 1848 das getan, was Sie 1870 getan zu haben vorgeben und sich dessen heute rühmen. Wäre 1848 geworden, was die damaligen Kämpfer des Volkes aus ihm machen wollten, dann war 1870 unnötig, dann wäre das Deutsche Reich in ganz anderer Macht und Herrlichkeit als heute schon damals gegründet worden.«¹²

Mit dem Sturz des Kaiserreichs in der Novemberrevolution von 1918 entstanden fraglos günstigere Bedingungen für eine breite öffentliche demokratische Geschichtskultur, die 1871 relativierte und 1848 ins Zentrum rückte. In der Tat zeichneten sich auch Veränderungen in der Haltung zu 1848 ab. Will man die von den Anhängern von Weimar, den sogenannten Vernunftrepublikanern, getragenen geschichtspolitischen Bestrebungen jener Jahre verallgemeinern, dann wird man sie als Versuch qualifizieren können, die liberal-parlamentarischen Traditionen von 1848 mit der 1871er Errungenschaft der durch Preußens Macht gewonnenen nationalstaatlichen Einheit zu kombinieren. Einer Symbiose von 1848 und 1871, von Liberalismus und Preußentum wurde das Wort geredet. In genau diese Richtung lief die an das Angebot der deutschen Kaiserkrone für den preußischen König durch die Frankfurter Nationalversammlung im Frühjahr 1849 geknüpfte Argumentation in der Festrede des Soziologen *Alfred Weber* zur Jubiläumsfeier von 1923: »Und wenn es dann die deutsche Kaiserkrone dem preußischen König anbot, eingebettet allerdings in eine andere Machtverteilung zwischen Parlament und Krone, als die war, welche die spätere Reichsgründung geschaffen hat, im Rahmen von Bedingungen, die eine wirksame parlamentarische Selbstregierung des deutschen Volkes bei gleichzeitiger Erneuerung der Kaiserwürde und moderner Einfügung der monarchischen Institutionen in das deutsche Ganze geschaffen hätten, ... so werden wir Heutigen nach den Erfahrungen, die wir inzwischen gemacht haben, und den Entwicklungen, die eingetreten sind, wahrhaftig keinen Grund haben, das Frankfurter Parlament deswegen der Kurzsichtigkeit zu zeihen. Wir werden das damalige Angebot der Kaiserkrone samt den Bedingungen ... erkennen als einen großen symbolischen Akt, in dem zum Ausdruck kam, in welcher Weise es möglich gewesen wäre, die politische Selbstregierung Deutschlands, die preußische Hegemonie, die Kaiserwürde und die Aufrechterhaltung der monarchischen Institutionen so zu vereinen, daß viel späteres Unheil vermieden worden wäre.«¹³

Das Jahr 1848 gewann fraglos an Gewicht in der Erinnerungskultur, ohne daß freilich eine Absage an die Reichsgründung erfolgt wäre und grundsätzliche Kritik an ihr geübt wurde. Bisher waren Revolutionsgedenkenfeiern zu den großen runden Jahrestagen 1873 und 1898 immer nur die Sache der Demokraten und Sozialisten gewesen und so eine Angelegenheit der deutschen Subkultur. Zum 75. Jahrestag 1923 erhielt sie erstmals halb-staatsoffiziellen Charakter. Die Berliner Reichsregierung Cuno hielt sich zwar immer noch bewußt fern; sie spendete lediglich drei Millionen Inflationsmark – das waren zirka 70 Dollar für die Ausrichtung der in Frankfurt stattfindenden Feier. Aber der sozialdemokratische Reichspräsident *Friedrich Ebert*, der Vater des lange

¹² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, IX. Legislaturperiode, V. Session, 1997/98, 2. Bd., S. 1600.

¹³ Alfred Weber: Deutschland und Europa 1848 und heute, Frankfurt a.M. 1923, S. 13f.

Jahre in Ostberlin regierenden Oberbürgermeisters gleichen Namens, ließ sich nicht abhalten und verlieh durch seine Teilnahme der Veranstaltung einen gewissen offiziellen Charakter. Nicht die Revolution der Massen wurde jedoch gefeiert, sondern das Parlament von Frankfurt. Daher auch wurde nicht der 18. März, der Barrikadenkampf in Berlin, sondern der 18. Mai, die Eröffnung der Nationalversammlung in Frankfurt, zum eigentlichen Gedenktag der Revolution kreiert. Dem zugrunde lag das Bemühen, der Weimarer Verfassung eine parlamentarisch-demokratische historische Legitimation zu verschaffen.

Auch wurde namentlich von der Sozialdemokratie versucht, die Weimarer Republik, in der die Partei ja schon mitregierte, als Erfüllung des Vermächnisses der Demokraten von 1848 auszugeben, die die Errichtung eines Volksstaates auf demokratischer Grundlage gewollt hätten. Diese Sinngebung leugnete freilich den bürgerlich-kapitalistischen Charakter der Weimarer Republik, den die Kommunisten, die sich der Teilnahme am Frankfurter Festakt in sektiererischer Manier verweigerten, zurecht, aber bei gleichzeitiger Geringschätzung der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften von Weimar auch über Gebühr herausstellten.

Die sich abzeichnende Aufwertung der Revolution in der deutschen Geschichtskultur stieß allerdings auf enge Grenzen. Selbst das auf den Parlamentarismus verengte Traditionsbild von 1848 erfuhr noch keineswegs allgemeine Anerkennung bei den Eliten und alles andere als bleibende Verinnerlichung im Bewußtsein des Volkes. 1871 überstrahlte nach wie vor 1848. Nicht erst das Ende von Weimar und die Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 offenbarten, daß von den Offiziellen in Weimar an der Reichsgründung, dem Werk *Bismarcks*, als dem eigentlichen Traditionsgut der Deutschen aus dem 19 Jahrhundert festgehalten wurde. Lediglich Demokraten und »Vernunftrepublikaner« ließen sich zu der Feststellung hinreißen: »Ohne 1848 nicht *Bismarcks* einiges Reich, ohne 1848 nicht das einheitliche Reich der freiheitlichen Weimarer Verfassung«. ¹⁴

Die Konservativen und die Masse des Bürgertums betrachteten nach wie vor nicht 1848, sondern die Reichsgründung als das wichtigste Ereignis des 19. Jahrhundert, jede Alternative zu dem Weg *Bismarcks* zur Reichsgründung auf konservativen Grundlagen wurde strikt gelehnt. 1848 blieb im Schatten von 1871. Den Ordinarien an den historischen Fakultäten der Universitäten war 1871 nun auch der Dreh- und Angelpunkt der folgenden deutschen Geschichte. Der Geschichtsunterricht an den Volks- und Höheren Schulen pries unverändert *Bismarck* als den einzig erfolgreichen Realpolitiker und rechtfertigte gegenüber den angeblichen Illusionen der 1848er seine konservative Politik der Revolution von oben. Nur einer in der akademischen Historikerschaft versuchte in diesen Jahren, an die Stelle von 1871 die Revolution 1848 als die eigentliche »Geschichtswende« setzen: *Veit Valentin*. ¹⁵ Und er wurde dafür von der Masse der Zunft aufs schärfste kritisiert und als Außenseiter auch ausgegrenzt.

*

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelten sich mit den gegensätzlichen gesellschaftlichen Prozessen in Ost und West und der Formierung zweier deutscher Staaten auch diametral entgegengesetzte Geschichtsbilder zu 1871 und 1848.

14 So der Frankfurter Oberbürgermeister Voigt zur Eröffnung der Jubiläumsfeier 1923, in: Hörth, Gedenkeiern ..., S. 63.

15 Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849, Bd. I und II, Berlin 1930/31.

Die DDR brach total mit der traditionellen, konservativen historischen Sicht auf das 19. Jahrhundert, hob in der Bewertung der Reichsgründung nachdrücklich deren reaktionären Charakter hervor, anfangs sogar unter Vernachlässigung der positiven Seiten dieses Ereignisses, und setzte demgegenüber die Revolution von 1848 als Zentralereignis in diesem Jahrhundert in ihr Recht ein. Die Erinnerung an 1848 konzentrierte sich dabei unmißverständlich auf die revolutionären Traditionen dieses Jahres, auf die Aktionen von unten, auf die »Revolution der Straße«, und insbesondere auf die Rolle der Arbeiter und ihrer politischen Repräsentanten, namentlich *Marx* und *Engels*, in der Revolution, nicht ganz ohne deren Gewicht ungerechtfertigt zu überhöhen.

Es wurde also auch mit dem liberalen Geschichtskonzept gebrochen, nach dem das einzige pflegenswerte Erbe die parlamentarische Tradition der Frankfurter Nationalversammlung ist. Ins Zentrum rückten die revolutionären Demokraten und ihre revolutionäre Praxis. Man feierte also den 18. März und nicht den 18. Mai und hob zugleich hervor, daß 1848 auch das Erscheinungsjahr des Kommunistischen Manifests war. Das eigentlich Revolutionäre, radikal Demokratische und Proletarische an 1848 wurde als eine wesentliche historische Wurzel der vorgenommenen gesellschaftlichen Neugestaltung, des Umbruchs zu einer neuen, als sozialistisch verstandenen Gesellschaft begriffen und so propagiert. Erst im letzten Jahrzehnt besann man sich in der Geschichtspolitik der DDR auch des Gewichts der Nationalversammlung, der durchaus auch positiven, progressiven Züge liberaler Politik in der Revolution, weitete so die anfangs relativ eng gefaßte, aus den Traditionen der Arbeiterbewegung und der radikalen Demokratie herausgewachsene 1848er Erinnerungskultur.

Auch in der entstehenden und sich entwickelnden Bundesrepublik änderte sich einiges. An einer vordergründigen Verherrlichung der Reichsgründung, wie sie bisher durchaus üblich war, ließ sich angesichts der Zerschlagung dieses Reiches im Gefolge des von Deutschland vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkriegs und der katastrophalen Niederlage nicht mehr festhalten. Preisgegeben aber wurde ein positiver Bezug auf das Bismarcksche Reich von 1871 dennoch nicht, und zwar aus politischen Gründen. Weil mit der Reichsgründung ein deutscher Nationalstaat entstanden war, blieb 1871 vor allem in der Auseinandersetzung mit der DDR in der nationalen Frage, zur Begründung der These von der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation, ein entscheidendes geschichtspolitisches Argumentationsfeld. Grundsätzliche Kritik an der Reichsgründung, kritische Distanz zum Deutschen Reich konnte daher in der Forschung erst seit Mitte der 1970er Jahre an Boden gewinnen, in der öffentlichen Gedenkkultur jedoch kaum reflektiert. Der von Bonn vertretene nationale Alleinvertretungsanspruch erklärt, warum der 100. Jahrestag der Reichsgründung immer noch festlich begangen wurde, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits eine sozial-liberale Koalition an der Regierung war und man mehr Demokratie wagen wollte. Es sei darin erinnert, daß selbst *Willy Brandt* ungeachtet durchaus scharfer kritischer Bewertungen des Reiches die Reichsgründung selbst anläßlich des Zentenariums 1971 noch einen »nationalgeschichtlichen Höhepunkt« nannte.¹⁶ Man sah sich geschichtlich immer noch in der Tradition des 1871 gegründeten Deutschen Reiches.

16 Willy Brandt: Bilanz und Ausblick, in: Hundert Jahre Deutschland 1870 bis 1970. Mit einem Geleitwort von Richard von Weizsäcker und einem Nachwort von Willy Brandt, hg. von Hans-Adolf Jacobsen und Hans Dollinger, München 1969, S. 410.

Zugleich aber ist nicht zu verkennen, daß 1848 als historisches Traditionsgut auch in der Gedenkkultur und Geschichtspolitik der Bundesrepublik zunehmend Gewicht gewann. Freilich zunächst mehr in der Forschung, und auch jetzt mit einer deutlichen Schwerpunktsetzung auf das parlamentarische Erbe der Frankfurter Nationalversammlung: die Reichsverfassung und die Grundrechte. Zentrale Figur der Revolution wurde in den ersten Jahrzehnten das liberale Bürgertum und seine im wesentlichen gerechtfertigte Vereinbarungspolitik gegenüber den Fürsten. »Die Aktionen des Volkes wurden dem Prinzip des Parlamentarismus vollständig subsumiert«,¹⁷ wenn nicht gar eskamotiert. Auskunft darüber gab vor allem der 100. Jahrestag der Revolution 1948. Während man in der Sowjetischen Besatzungszone und namentlich in Ostberlin den 18. März, den Berliner Barrikadenkampf als Volksaktion, festlich beging, wurde in den Westzonen offiziell ausschließlich die Eröffnung der Nationalversammlung am 18. Mai gefeiert.

Und noch 1973 zum 125. Jahrestag wurde von bundesdeutschen Demokraten beklagt: »Noch heute wirkt in der Bundesrepublik nach, daß einst das offizielle Deutschland von Kaiser *Wilhelm II.* bis *Friedrich Ebert* die Revolution wie die Sünde haßte. Während vor zwei Jahren die Jahrhundertfeier der Reichsgründung mit offiziellem Pomp begangen wurde, wird die 125-Jahr-Feier der Revolution von 1848/49 ins Kulturprogramm abgeschoben«; man habe »bislang die Revolution als ›Volksbewegung‹ kaum zur Kenntnis genommen und sie schon gar nicht als glücklichere Alternative zur tatsächlichen deutschen Geschichte anerkannt.«¹⁸

Erst nach 1973 wurde eine Wende in der Forschung eingeleitet, von der jüngeren Historikergeneration zumal und von Geschichtswerkstätten an der Basis, in der Geschichtskultur aber erst am Ende der 1990er Jahre deutlich erkennbar. Es erfolgte eine Hinwendung zu den Bestrebungen der radikalen Demokratie, der Arbeiterbewegung und der revolutionären Volksbewegungen im Revolutionsjahr, auch wurde nun Kritik am Versagen des Bürgertums deutlicher artikuliert. *Gustav Heinemann* hatte als Bundespräsident von 1969 bis 1973 diese geschichtspolitische Wende gegen den Widerstand der alten Historikergeneration Ende der 1960er Jahre mit der Forderung eingeleitet, doch bitte nicht der DDR die revolutionären Traditionen deutscher Geschichte zu überlassen, sondern diese auch ins Traditionsverständnis der Bundesrepublik aufzunehmen und für deren historische Legitimation zu nutzen.

*

Wie sieht es mit 1848 und 1871 in der – verglichen mit den 1970er und 1980er Jahren – grundlegend gewandelten deutschen Gegenwart aus? Wie also stellt sich die heutige deutsche Gesellschaft im vereinigten deutschen Staat, die politische Klasse, der offizielle Staat einerseits und die Basis in den Gemeinden, aber auch in den Ländern andererseits zu Reichsgründung und 1848er Revolution und neuerdings auch zu Preußen?

Verschiedene, durchaus gegenläufige Tendenzen scheinen die Erinnerungskultur im Deutschland der Gegenwart zu bestimmen.

Da gibt es einmal die anfangs genannten Preußenfeiern und eine vom Militärischen gelöste, sich auf angebliche Tugenden und Werte und zivile Leistungen konzentrierende Verherrlichung des preußischen

17 Helmut Hartwig, Karl Riha, *Politische Ästhetik und Öffentlichkeit. 1848 im Spaltungsprozeß des historischen Bewußtseins*, Fernwald 1974, S. 15.

18 Frankfurter Rundschau, 4. August 1973.

Staates und seiner vornehmlich adlig-monarchischen Eliten im Zusammenhang mit der Königskrönung von 1701. Doch darf nicht übersehen werden, diese Preußen-»Renaissance« findet weitgehend nur im Osten, namentlich in Berlin und Brandenburg, vielleicht noch in Sachsen-Anhalt statt. Schon Sachsen, Thüringen und – trotz des preußischen Vorpommerns – auch Mecklenburg-Vorpommern im Osten halten sich recht bedeckt.

Total abstinent verhält sich der deutsche Westen, von dem doch immerhin das Rheinland und Westfalen seit 1815 zu den ökonomisch, sozial und auch politisch entwickeltsten Regionen des preußischen Staates gehörten. Gar nicht zu reden von Süd- und Südwestdeutschland, wo die Preußen-Aversion spätestens seit der Revolution von 1848 ungebrochen ist, die generell reservierte Sonderhaltung Bayerns zu Preußen nicht zu vergessen. Letzteres erinnert mich an einen Spruch an der Pinnwand bei der Preußenausstellung im ersten Preußenjahr von 1981 im damals West-Berliner Gropius-Bau, den ein Bayer dort festgemacht hatte und der lautete: »Nun haben wir Bayern – nach dieser Ausstellung also – endlich wieder ein richtiges Feindbild«.

Zum anderen fällt auf, daß der Reichsgründungs-Jahrestag mehr oder weniger links liegen gelassen wurde. Es mag ja sein, daß 130 Jahre kein so rechter Anlaß für ein Jubiläum sind wie ein Zentenarium oder ein 300. Jahrestag. Wiewohl man sich durchaus vorstellen kann, daß man nach zehn Jahren wiederhergestellter staatlicher deutscher Einheit im Jahr darauf, also 2001 offiziell auch an die staatliche Einigung vor 130 Jahren erinnert. Man hat es nicht getan. Ja, schon zum 125. Jahrestag der Reichsgründung 1996 war es erstaunlich ruhig um das Deutsche Reich geblieben. Und das scheint sich jetzt fortzusetzen.

Freilich sind auch gegenläufige Tendenzen im letzten Jahrzehnt nicht zu verkennen. Damit ist zuvörderst nicht die in der Bundesrepublik nach wie vor hohe Wertschätzung der Politik *Bismarcks* in den 1860er Jahren gemeint, die in den 1980er Jahren bekanntlich auch in der DDR wesentlich differenzierter und positiver als in den Jahrzehnten davor bewertet wurde. Zu verweisen ist indes auf solche gedenkkulturellen Vorgänge wie die von einem Privatier finanzierte Wiedererrichtung des von amerikanischen Artilleristen 1945 weggeschossenen Reiterdenkmals des einstmals als Reichsgründer apostrophierten ersten preußisch-deutschen Kaisers *Wilhelm I.* am Deutschen Eck in Koblenz. Dazu zu rechnen ist auch die Rückbenennung der Grotewohl- in Wilhelmstraße in Berlin-Mitte. Ganz abgesehen davon, daß eine kritische Auseinandersetzung mit den zahlreichen reaktionär-preußischen Straßennamen in Westberlin oder gar ihre Umbenennung durchweg unterblieb.

Fragt man nach den Gründen dafür, daß das Jahr 1871, das über ein Jahrhundert als der Höhepunkt deutscher Geschichte nicht nur im 19. Jahrhundert gegolten hatte, nun in der offiziellen Geschichtspolitik zurückgetreten zu sein scheint, so wird man in erster Linie wohl auf das geringere politische Interesse an diesem Jahrestag stoßen. Die Reichsgründung von 1871 war der politischen Klasse in der Alt-BRD darum so wichtig gewesen, weil die Berufung auf den damals zustande gekommenen deutschen Nationalstaat eines der Hauptargumente für die Begründung des nationalen Alleinvertretungsanspruchs und des »Rechts« der BRD war, sich in Angelegenheiten der DDR einzumi-

schen. 1871 war instrumentalisiert für die bundesdeutsche Wiedervereinigungspolitik. Das hat sich mit dem Anschluß der DDR am 3. Oktober 1990 erledigt. Sicher aber spielt auch eine Rolle, daß mit den Resultaten des deutschen Einigungsaktes von 1990 weit weniger Staat zu machen ist als etwa mit dem, was ein Jahrzehnt nach der Reichsgründung bei der bürgerlichen Gestaltung und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erreicht worden war.

Damit setzte sich aber zugleich ein Trend durch, der schon in den 1970er Jahren sichtbar geworden war. Namentlich von der Sozialgeschichte war zunehmend Kritik am Deutschen Reich wegen dessen politischer Rückständigkeit geübt worden. Ganz aus dem Blick konnte nicht bleiben, daß von diesem Reich zwei Weltkriege angezettelt worden waren, die Europa in ein Chaos stürzten und zur Spaltung der Nation geführt hatten. Das hatte Rückwirkungen auch auf den Gründungsakt dieses Reiches. Die anfangs halbherzige, dann schärfer akzentuierte Distanzierung vom Deutschen Reich war schon in den beiden letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts, namentlich in der Geschichtsschreibung, verbunden mit einer Aufwertung der 1848er Revolution. Und auch dieser Prozeß erreichte nach 1990 eine neue Qualität. Immerhin: Die Revolution wird heute in der durch den Anschluß der DDR größer gewordenen Bundesrepublik erstmals ohne Wenn und Aber als das entscheidende traditionswürdige Großereignis der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts akzeptiert. 1848 hat im öffentlichen, auch offiziellen Geschichtsverständnis, so glaube ich, das Reichsgründungsjahr 1871 weitgehend verdrängt. Damit scheinen das Konzept *Valentins* und *Heinemanns*, aber wohl auch die seit 1873 von der deutschen Demokratie und der Arbeiterbewegung vertretene und von der DDR übernommene Sicht auf 1848 Oberhand zu gewinnen.

Die Revolutionsgedenkenfeier am 18. Mai 1998 war erstmals in Deutschland offizielle Staatsangelegenheit, und erstmals würdigte auch das deutsche Nationalparlament, der Bundestag, in einer Sondersitzung eine deutsche Revolution. In der breiten Öffentlichkeit, namentlich »unten«, wurde noch zu keinem Jubiläum zuvor der 1848er Revolution so intensiv und umfangreich gedacht wie 1998, freilich in den verschiedenen Landesteilen doch noch recht unterschiedlich. In Südwest- und Westdeutschland weit mehr als im Osten und Norden Deutschlands. In Baden und Württemberg und im Rheinland sowie in Hessen vor allem offenbarte sich erstmals ein recht unbefangener Umgang auch mit der »Revolution der Straße«, mit den Aufständen, Barrikadenkämpfen, Unruhen des Volkes, revolutionären Militärraktionen. Das ist neu.

Gleichwohl geht fehl, wer annimmt, daß bisherige Unterschiede und Gegensätze in der deutschen 1848er Erinnerungskultur ausgelöscht wären. Es wurden gerade zum Jubiläum bei aller – zuvor über Jahrzehnte verweigerten – Anerkennung der Revolution in der deutschen Gesellschaft im Gegenteil deutliche Grenzen in der Haltung zu 1848 sichtbar. Namentlich die politische Klasse vermag sich nach wie vor nicht für jene Vorgänge zu erwärmen, die für eine Revolution nun mal wesensbestimmend sind, für die revolutionären Aktivitäten des Volkes, für den Einsatz von Gewalt von unten zur Verwirklichung demokratischen Fortschritts. Von Staats wegen bleibt man lieber bei der abschließlichen Pflege der parlamentarischen Tradition von 1848, bei der

Würdigung der Frankfurter Nationalversammlung. In offizieller Sicht sind nicht die demokratischen Volkserhebungen, sondern der Parlamentarismus bewahrenswert, rangiert die im Parlament institutionalisierte Revolution vor der Volksrevolution. Die »Paulskirche« dominiert immer noch den »Friedrichshain«.

Gedacht wurde der Revolution offiziell – wie zuvor – nicht schon am 18. März, sondern erst am 18. Mai. Da fand die nationale Revolutionsfeier in Frankfurt statt, dort wurde auch die zentrale Ausstellung eröffnet. Der Bundestag tagte zu 1848 Ende Mai in der Frankfurter Paulskirche, und die Redner des Hohen Hauses bezogen sich mit einer Ausnahme ausschließlich auf die parlamentarische Tradition. Nur der PDS-Vertreter *Uwe-Jens Heuer* brachte die Volkskämpfe ins Spiel, die erst das Parlament möglich machten, und verlangte, auch ihrer zu gedenken.¹⁹ Berlins Herrschende benahmen sich besonders revolutionsabstinent. Mehr als eine offizielle Kranzniederlegung im Friedrichshain kam nicht zustande. Nur den sogenannten Festungsgraben wollte der Senat durch Umbenennung zur Ehrung von 1848 freigeben. Alles, was hier zum Gedenken geschah, kam von unten, von der »Aktion 18. März«, die einen Gedenkzug zum Friedrichshain organisierte und die schon erwähnte Umbenennung des östlichen Platzes vor dem Brandenburger Tor in »Platz des 18. März« erzwang.

Im diametralen Gegensatz dazu steht die Revolutionserinnerung im deutschen Südwesten, in Baden und Württemberg zumal, aber auch in Rheinland-Pfalz und im Rhein-Main- und Neckarraum wie in der ehemaligen preußischen Rheinprovinz. Auch hier ging die Initiative von unten aus. Aber – und das eben war neu – die Stadtverwaltungen und selbst die Landesregierungen zogen mit. Baden-Württemberg stellte fünf Millionen für das Revolutionsjubiläum zur Verfügung. Vor allem die Städte und Gemeinden waren erfolgreich bemüht, die Erinnerung an 1848/49 zu einer Sache breiter Bevölkerungskreise zu machen. Jeder Ort feierte in Baden seine Revolutionäre. Hier wurde besonders deutlich, daß anders als 1973 oder 1948 ein unverkrampfter öffentlicher Umgang mit dem ganzen Revolutionserbe Platz greift. Auch die Demokraten, selbst die radikaler Färbung wie *Hecker* und *Struve*, erhielten einen Ehrenplatz in der historischen Ahnengalerie. Das wiederum hat aber im Gegenzug auch einen der führenden Historiker, der die zentrale Revolutionsausstellung in Frankfurt am Main verantwortete, veranlaßt, vor einer Pflege revolutionär-demokratischer Traditionen zu warnen. Er wandte sich gegen die hohe Wertschätzung *Heckers* in Südwestdeutschland, weil so »ein entschiedener Gegner des parlamentarischen Mehrheitsprinzips und damit des Herzstücks eines demokratischen Verfassungsstaates auf den Schild gehoben« werde.²⁰ Danach ist allein ein Parlament zur Gewährleistung demokratischen Fortschritts berechtigt, während revolutionärer Druck der Straße und alle Versuche als angeblich kontraproduktiv zu verwerfen seien, die mächtige Konterrevolution durch revolutionäre Gewalt des Volkes in die Schranken zu weisen und so erst Demokratie und echten Parlamentarismus zu sichern.

Sicher war den Revolutionsfeierlichkeiten im deutschen Südwesten eine Tendenz zur Entpolitisierung, Harmonisierung und vor allem Kommerzialisierung eigen. Folklore wurde groß geschrieben, die Revolution touristisch vermarktet. Man schwang Heckerhüte, verkaufte

19 Aussprache zum 150. Jahrestag der verfassungsgebenden Nationalversammlung/Paulskirche in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Mai 1998, in: Das Parlament, 5. Juni 1998.

20 Lothar Gall: Ein großer Tag der deutschen Geschichte. Am 18. Mai trat die erste deutsche Nationalversammlung zusammen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Mai 1998.

Jubiläums-»T-Shirts 1848«, schenkte Revolutions-Wein aus. Revolutionsmenüs zierten die Speisekarten; in Frankfurt wurde ein »Paulskirchen-Wochenende« als touristische Attraktion präsentiert. In Baden aber empfahl ein Wanderbüchlein als Wanderrouen eben auch den »Weg der Revolutionäre« aus den beiden badischen Aufständen und der Reichsverfassungskampagne; und eine »Zeit-Zug 1848« benannte »rollende Wanderausstellung«, die auch nach Berlin kam, vermittelte neben zahlreichen örtlichen Expositionen ein beeindruckendes Bild von der Revolution im deutschen Südwesten.

Man geht hier unübersehbar neue Wege der Wiederaneignung des Revolutionserbes. Nicht selten hört man den Vorwurf, da werde platter Gedenkrummel inszeniert. Aber es sei vor vorschnellen Urteilen gewarnt. Kommerzialisierung ist nun mal ein Wesenselement der Gesellschaft, in der wir leben. Erinnerungskultur wird sich dem schwerlich ganz entziehen können. Und: Wie soll heute eine Revolution als Tradition gepflegt werden, wenn sie von größeren Teilen der Bevölkerung angenommen werden soll? Auch spielt natürlich der Inhalt eine Rolle. Wenn man demokratische Traditionen des Volkes, Aktionen der unteren Schichten der Bevölkerung, ihre politischen und sozialen Emanzipationsbestrebungen heutigen Generationen nahebringen will, warum soll da auf »volkstümliche« Formen der Rezeption historischen Wissens verzichtet werden? Warum sollen solche Formen historischen Erinnerns nur Ereignissen der mittelalterlichen Geschichte, Adelsfehden, stadthistorischen Vorgängen und unseligen Militärtraditionen vorbehalten bleiben?

Wo liegen die Gründe für den in vieler Beziehung neuartigen, unverkrampften Umgang mit dem Erbe einer deutschen Revolution, auch mit ihren radikaldemokratischen Elementen? Da wäre mehreres zu nennen. Sicher läßt die Distanz von eineinhalb Jahrhunderten vieles abgeklärter erscheinen. Selbst in Frankreich wurde ja die Marseillaise erst in der Dritten Republik in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, also ein Jahrhundert nach 1789, zur Nationalhymne. Auch spielt für die unterschiedliche Intensität des Erinnerns sicher regional verschieden ausgeprägtes demokratisches Traditionsbewußtsein eine Rolle. Nicht zuletzt wäre der allgemeine Trend zur Regionalisierung, zum Stolz eher auf die Leistungen der engeren Heimat als der fernen Nation in Anschlag zu bringen.

Daß die Revolution als Ganzes überhaupt akzeptiert und als Positivum in der deutschen Geschichte bewertet und selbst radikalen Demokraten wengleich nicht unwidersprochen wenigstens partiell ein Ehrenplatz eingeräumt wurde, erklärt sich indes vor allem aber wohl aus der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Konstellation. Weder ist – trotz großem Problemstau – eine gesellschaftspolitisch kritische oder gar krisenhafte Situation vorhanden, keine Revolution in Sicht; noch sieht sich die bundesrepublikanische Gesellschaft der Konkurrenz durch ein anderes, nichtkapitalistisches sozialpolitisches System ausgesetzt. Die 1970 gegen *Heinemanns* Konzept der Integration revolutionärer Traditionen ins bundesdeutsche Geschichtsverständnis vorgebrachte Warnung vor der Gefahr des Umschlagens revolutionärer Traditionspflege in aktives revolutionäres Handeln gegen das bestehende Gesellschaftssystem ist nicht gegeben. Die liberale Historikerin *Birgit Bublies-Godau* spricht in diesem Zusammenhang recht offen

von der »nach dem Ende der ›deutsch-deutschen Erbschaftsfehden‹ und der Befreiung vom ideologischen Ballast möglichen Neubewertung der politischen Rolle von Demokraten und Republikanern in der Revolution«. ²¹

Freilich, so ganz korrekt ist die neuerliche Pflege auch radikaldemokratischer Traditionen nun auch wieder nicht. Tunlichst übergangen wird nämlich in der Regel der ganze soziale Forderungskatalog der 1848er Radikaldemokraten. Von den Ansprüchen, die die Arbeiter 1848 stellten, ist noch weniger die Rede. Vom Recht auf Arbeit hört man nichts. Auch wird neuerdings die Arbeiterbewegung von 1848 nicht mehr behandelt. Nur abgewickelte DDR-Historiker luden 1998 zu einer Konferenz »Demokratie und Arbeiterbewegung 1848/49« ein. ²² In den geschichtspolitischen Stellungnahmen wie in der Medienbehandlung der Revolution wurde auf eine Erörterung der sozialen Komponente, des Aufbrechens der sozialen Konflikte der kapitalistischen Gesellschaft, des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, des Tatbestands der Massenarbeitslosigkeit ganz verzichtet. Ausgeblendet blieben in der Regel die zentralen sozialen Forderungen der arbeitenden Massen in der Revolution, die auf die soziale Ausgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft, auf den später so genannten »Sozialstaat« hinausliefen, von den bürgerlichen Eliten 1848/49 indes rigoros abgeblockt wurden.

Der Grund dafür ist unschwer zu erkennen. Eine gebührende Behandlung der sozialen Probleme von 1848 paßt nicht in die politischen Landschaft. Wer diese Aspekte hinreichend erörtert und als ein wesentliches Traditionselement bewußt macht, der muß eine andere als die der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft genehme Traditionslinie ziehen, daß nämlich die Grundprobleme des Kapitalismus, die 1848 erstmals offen auf die Tagesordnung traten, ungeachtet der in den letzten eineinhalb Jahrhunderten von den Arbeitern dem Kapital abgerungene sozialstaatlichen Konzessionen, immer noch ungelöst sind. So läßt man die sozialen Hintergründe und Ausmaße dieser Revolution in der Geschichtspolitik zu 1848 lieber außen vor, zumal da man ja gerade dabei ist, die in 150 Jahren abgerungenen Zugeständnisse des Sozialstaates rigoros abzubauen.

*

Nach 150 Jahren scheint 1848 nach langer Diffamierung den Platz im deutschen Traditionsverständnis einzunehmen, der dem Revolutionsjahr objektiv zukommt. Freilich mit sehr unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Für die offizielle Gedenkkultur bleibt seit einem Jahrhundert unverändert bestenfalls der Parlamentarismus traditionswürdig. An der Basis, in Gemeinden, namentlich in Geschichtswerkstätten, aber auch in den Ländern vor allem im west- und südwestdeutschen Raum, rückte hingegen erstmals massiv die »Revolution der Straße« ins Blickfeld. Auch in den neuen Bundesländern, die zwar mit wesentlich weniger, aber immerhin doch rund vierzig Publikationen aufwarten konnten, interessierten mehr die Geschehnisse vor Ort, in den Städten, auf dem Lande und in den einzelnen Regionen wie die demokratische Bewegung generell. Weitgehend vergessen blieben im Jubiläumsjahr indes die Arbeiterbewegung und die soziale Frage.

Die Reichsgründung von 1871 ist gedenkpolitisch fraglos in den Hintergrund getreten. Dafür aber feiert das offizielle Berlin zusammen mit

21 Birgit Bublies-Godau: Von der Revolution zu den Revolutionen, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 11. Jg., Baden-Baden 1999, S. 223.

22 Siehe Helmut Bleiber, Rolf Dlubek, Walter Schmidt (Hg.): Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 am 6. und 7. Juni 1998 in Berlin, trafo verlag Berlin 2000.

Brandenburg anlässlich der Königserhebung von 1701 Preußens sogenannte Tugenden, mit denen sich das Sparregime des Sozialabbaus und die gewünschte Länder-Fusion historisch recht gut legitimieren läßt. Die Revolution war zum 150. Jubiläum Berlin keinen Staatsakt wert. Eine preußische Königskrönung erhielt indes die Ehre eines Festakts. Zum höheren Ruhme Preußens werden Steuergelder spendiert. Daß die offizielle Preußeneuphorie im Ausland auf Ablehnung stößt, weil man dort das reaktionäre Wesen des preußischen Staates durchaus noch gut in Erinnerung zu haben scheint, hat die Berliner Touristikbranche schon zu spüren bekommen und daher auf den Slogan 300 Jahre »Preußen 2001« umgehend verzichtet.²³

23 Preußen schreckt ab, in: Neues Deutschland, 5. Februar 2001, S. 4 und 12.

Um die demokratische Geschichtskultur in deutschen Landen ist es also gegenwärtig nicht gerade zum Besten bestellt. Die sichtbar gewordene offizielle Höherbewertung der 1848er Revolution, zumindest ihrer institutionellen parlamentarischen Variante, und die gegenwärtige Hintanstellung der Reichsgründung von 1871 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der deutschen Gesellschaft zugleich ein rechtsorientierter Geschichtsrevisionismus sich breit zu machen scheint. Die Tendenzen einer konservativen Wende – jüngst sprach man wohl nicht zu Unrecht von einer »späten kulturellen Gegenrevolution«²⁴ – begannen sich – in meiner Sicht – mit dem Ende der DDR durchzusetzen und wurden vor allem auf dem Felde der Zeitgeschichte sichtbar. Zunächst wurde – und wird immer noch – alles getan, um die DDR-Geschichte unter dem Totalitarismusverdikt zu verdammen, auf daß ja nie wieder ein Sozialismusversuch unternommen werde. Begleitet wird dies von Bemühungen, aus der Zeit des Faschismus die deutsche Wehrmacht durch Kritik an einer deren Kriegsverbrechen anprangernde Ausstellung wieder reinzuwaschen.

24 Gabriele Zimmer, in: Neues Deutschland, 3/4. Februar 2001.

Nachdem der Sozialismus nach erkonservativem Muster historisch entsorgt wurde, geht man jetzt dazu über, auch mit den radikaleren Demokratiebestrebungen in der alten Bundesrepublik aufzuräumen. Ins Visier genommen wird in jüngster Zeit vor allem der 1968er Aufbruch, der in der Tat der Alt-BRD einen Demokratieschub bescherte, nun aber als bloße Gewaltorgie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu disqualifizieren gesucht wird. Und die Akteure aus jener Zeit, von denen nicht wenige den Weg durch die Institutionen bis in die lukrativen Regierungsämter geschafft haben, werden dahin gebracht, der Anwendung jedweder Gewalt von unten ein für allemal abzuschwören: Was die Geläuterten auch allzu bereitwillig tun, nachdem sie an den Hebeln der so genannten legitimen Macht inzwischen Gewalt heuchlerisch im Namen der Menschenrechte gegen andere Völker angewandt und massiv propagiert haben.

In diesen Trend paßt gleichsam als Ergänzung die Wiederentdeckung preußischer Geschichte. Der Geschichtsrevisionismus auf dem Felde der älteren Geschichte kommt freilich nicht mehr martialisch daher, ja läßt es durchaus nicht an partiell Kritischem zum reaktionären Preußentum fehlen. Preußenverherrlichung stützt sich nicht mehr auf militärische Siege und Preußens Gloria, sondern konzentriert sich auf so genannte positive Leistungen und Werte wie etwa die Toleranz, über deren ökonomische, soziale und politische Hintergründe man allerdings ganz im Ungewissen gelassen wird.

HUBERT LAITKO

Bildung als Funktion einer multioptionalen Gesellschaft

Wissen, Bildung und Kapital – ein problematisches Verhältnis

Eine Informations- oder Wissensgesellschaft – wie immer wir diesen Terminus interpretieren wollen, mit dem man eine auffällige Tendenz der letzten Jahrzehnte festzumachen sucht – ist zugleich eine *Bildungsgesellschaft*. Jedes Nachlassen auf der Ebene der Bildung würde das Projekt der Wissensgesellschaft untergraben. Die Verbindung zwischen diesen beiden Seiten der soziokulturellen Evolution ist so eng, daß man die eine ohne die andere nicht denken kann. Ihre Verbindung, ihre wünschenswerte Komplementarität und Symmetrie könnte ein Leitgedanke sein, an dem man sich bei der Behandlung der Problematik orientiert.

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist indes seit geraumer Zeit vorrangig auf die Expansion der Informations- und Kommunikationstechnik fixiert, und wenn Bildungsfragen mit Leidenschaft erörtert werden, dann betreffen sie vor allem die Einweisung in Beherrschung und Gebrauch dieser Technik: Die Aktion »Schulen ans Internet« – für sich genommen durchaus begrüßenswert – firmiert als Speerspitze moderner Schulpolitik. Zugespitzt formuliert, sind wir Zeugen der Entstehung einer neuen »Technoreligion«: des Glaubens, das Internet sei eine Maschine, die das Wunder eines epochalen Bildungsschubes der Population bewirkt. Dazu kann es durchaus beitragen – aber nicht als technischer *deus ex machina*, sondern genau dann, wenn es eingebunden ist in einen Kosmos der Bildung, wenn die Tendenz zur Entgrenzung, die ihm wie allen expansiven Innovationen eigen ist, kulturell moderiert wird.

Die einseitige Konzentration auf die technische, prozedurale und operationale Seite der Information in der modernen Gesellschaft hängt natürlich mit deren ökonomischer Verfaßtheit zusammen: In der Sphäre der Informations- und Kommunikationstechnologie und der damit verbundenen Dienstleistungen vollziehen sich die märchenhaften, wenn auch (wie die an den Börsen der Welt in jüngster Zeit festgestellten Einbrüche der »new economy« vor Augen führen) riskanten Expansionen, hier werden in kürzester Zeit gigantische Vermögen aufgehäuft – vor einigen Jahren war *Bill Gates* zum Idol einer ganzen Generation geworden. Hierhin schauen wir in erster Linie, wenn wir unseren Hoffnungen auf einen spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit eine nachvollziehbare Grundlage geben wollen. Bildungsprozesse aber sind und bleiben – so sehr sie auch Technik einbeziehen mögen – immer in erster Linie Austausch von Mensch zu Mensch, ihre Intensität und ihr Erfolg sind letztlich



Hubert Laitko – Jg. 1935;
Wissenschaftshistoriker,
Berlin.
Foto: privat

Dieser Text wurde ursprünglich auf dem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und dem Rohrbacher Kreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 30. September 2000 in Leipzig veranstalteten Kolloquium »Bildungsanforderungen im 21. Jahrhundert« (vgl. Konferenzbericht in »UTOPIE kreativ« 124) vorgetragen. Es erscheint mir zweckmäßig, den Beitrag in der Gestalt einer essayistischen Problemskizze zu belassen; die theoretisch-systematische Darlegung und Begründung der darin vertretenen Ansichten in der Form eines wissenschaftlichen Aufsatzes wird bei einer späteren Gelegenheit erfolgen – H. L.

abhängig von dem Maß an menschlicher Zuwendung, das in sie investiert wird. Dieses Maß aber hat eine ökonomische Grundlage: die Anzahl und Qualifikation der Arbeitskräfte, die bei angemessener Bezahlung dafür eingesetzt werden. Größere Kindergartengruppen, steigende Klassenfrequenzen, überfüllte Hörsäle und Warteschlangen vor den Laboratorien auf der Jagd nach Praktikumsplätzen sind dafür kontraproduktiv. Und fatal wird es, wenn man etwa glaubt, die neuen Möglichkeiten der Informationstechnologie würden es rechtfertigen, in der Bildungssphäre weiter Personal abzubauen. Es ist eine großartige Sache, wenn man die Vorlesung irgendeiner Weltkapazität, die in Harvard gehalten wird, in Tokio oder Hammerfest am Bildschirm live mitverfolgen kann, doch das ersetzt in keiner Weise das ruhige, vom Diktat der Termine unbelastete Gespräch mit dem Professor, die intensive Diskussion im Seminar, dessen Teilnehmerzahl klein genug ist, um jeden zu Wort kommen zu lassen, oder die Möglichkeit für einen Studenten, für die Erörterung eines Problems rasch einen Assistenten zu finden, der für ihn Zeit hat.

Die meisten Bildungsvorgänge – zumal in Deutschland – sind so geartet, daß mit ihrer Veranstaltung kein nennenswerter Profit gemacht werden kann. Sie bilden damit bisher keine attraktiven Anlagensphären für privates Kapital und bleiben nicht nur der öffentlichen Hand mit ihren kargen Mitteln überlassen, sondern liegen meist auch im Windschatten der Aufmerksamkeit einer Gesellschaft, deren Wertstruktur vorrangig auf das große und zunehmend auch auf das schnelle Geld zentriert ist. Selbstverständlich können Bildungsvorgänge wie beliebige Arten menschlicher Tätigkeit kapitalisiert werden, und das wird ihnen künftig zweifellos in wachsendem Ausmaß widerfahren. Bildung im ganzen aber ist ein Phänomen, das gewisse für die Realisation kapitalistischer Verhältnisse ungünstige Züge hat: Ein Computer oder ein Handy werden zum sofortigen Gebrauch produziert, eine Bildungsleistung indes, als private Dienstleistung erbracht, muß zwar sofort bezahlt werden, wird aber bei ihrem Empfänger gegebenenfalls erst sehr viel später oder auch niemals wirksam. Insofern ist Bildung in ihrer Grundsubstanz *Zukunftsvorsorge*, für die die letzte Verantwortung in der Hand des Gemeinwesens liegen muß, um dessen kollektive Zukunft es geht. Die Frage, wie diese Verantwortung effektiv wahrzunehmen ist, wird dann wirklich kritisch, wenn privates Kapital in großem Umfang in den Bildungsbe- reich einströmt – eine Entwicklung, die nach meiner Ansicht auch in Deutschland unvermeidlich stattfinden wird (genau genommen ist sie schon im Gange), und die Linke tut gut daran, sich darauf vorausschauend einzustellen. Der Gedanke, daß mit dem Progreß der informationellen Infrastruktur der Fortschritt der Bildungsgesellschaft Hand in Hand gehen sollte, ist für sich genommen kaum ein spezifisch linkes Postulat. Wenn aber eine Tendenz zum Ungleichgewicht zuungunsten der Bildungssphäre erkennbar ist und sich diese Tendenz zudem nicht zufällig einstellt, sondern systematische gesellschaftliche Ursachen hat, dann wird es zu einer sinnvollen Aufgabe linker Politik, *die genuinen Interessen des Bildungswesens zu verteidigen*. Beiläufig bemerkt, funktioniert ein gut ausgestattetes Bildungswesen auch eher sozial gerecht als eines, in dem der Kampf um die knappen Ressourcen unerträgliche Ausmaße annimmt.

»Ist die Wissenschaft erst einmal Teil der allgemeinen Bildung, dann wird die aktive Teilnahme aller Werktätigen an ihrer Entwicklung möglich, ja sogar notwendig. Jede Phase des Produktionsprozesses in Industrie und Landwirtschaft, selbst die praktischen Aspekte des häuslichen Lebens, können zu Gebieten überlegten Experimentierens sowie praktischer Erfindungen und Verbesserungen werden.«
John Desmond Bernal:
Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin/DDR 1961, S. 875.

Bildung als Vorsorge für eine ungewisse Zukunft

Das Elementarste, das man über Bildung sagen kann, ist, daß sie zum großen Teil viel später – und dabei unbestimmt lange – Wirksamkeit gewinnt, als sie vermittelt und angeeignet wird. Sie steht vor der paradoxen Aufgabe, Menschen für Situationen zu konditionieren, die *ungewiß* sind – in dem Sinne, daß man sie zwar als Möglichkeiten absehen kann, aber nicht weiß, ob sie auch eintreten werden, und in dem viel heikleren Sinne, daß sie sich nicht einmal als Möglichkeiten voraussehen lassen. In traditionellen Gesellschaften, in denen sich die Lebensweisen der Generationen wenig voneinander unterschieden, war eine recht genau gezielte Vorbereitung der nachwachsenden Generationen auf ihr späteres Leben möglich. Seit der Kapitalismus die permanente Erzeugung und Einführung von Innovationen zur Grundlage wirtschaftlicher Stabilität gemacht hat, klaffen das in den Bildungsprozessen Antizipierte und das im späteren Leben tatsächlich Eintretende immer weiter auseinander, *und es besteht keine Hoffnung, daß sich diese Kluft jemals wieder schließen wird*. Es bleibt also nur die Möglichkeit, die Bildungsprozesse dem veränderten Modus der gesellschaftlichen Evolution anzupassen, die der Bildungsidee innewohnende Paradoxie bewußt anzunehmen und Bildung als Vorsorge für eine im wesentlichen nicht vorhersehbare Zukunft zu gestalten.

Notwendigerweise eintretende künftige Gesellschaftszustände lassen sich anscheinend überhaupt nicht ausmachen. Über *mögliche Zukünfte* können wir urteilen, soweit sich unsere Urteile auf einigermaßen stabile Langzeittrends gründen lassen, aber man muß jederzeit damit rechnen, daß Interaktionen mehrerer Trends zu Unerwartetem führen oder daß Trendbrüche eintreten.

Darin besteht meines Erachtens die entscheidende sozialwissenschaftliche Lehre des Jahres 1989; daß wir diese Lehre empfangen haben, war gleichsam das Drama, dem die Farce auf dem Fuße folgte, indem *nachher* immer mehr Leute mit immer plausibleren Argumenten erklärten, selbstverständlich schon lange *vorher* gewußt zu haben, daß es genau so kommen mußte, wie es dann gekommen ist.

Aber Selbstsicherheit, obwohl in der gegenwärtigen Gesellschaft als Voraussetzung für eine erfolgreiche Performance eine sehr geschätzte Eigenschaft, ist auf lange Sicht ein schlechter Ratgeber. Besser beraten ist man allemal, wenn man sich darauf einstellt, daß sich auch künftig unvorhergesehene Trend- und Strukturbrüche ereignen können, bei denen die Frage, ob sie nicht vielleicht unter Aufbietung aller verfügbaren kognitiven Ressourcen doch voraussehen gewesen wären, allemal eine Sache der Nachbereitung ist.

Man kann wohl aus der allgemeinen Geschichte des 20. Jahrhunderts ebenso wie aus der Wissenschaftsgeschichte – man denke an die fortschreitende Aushöhlung und Überwindung des klassischen Determinismus auf dem langen Weg von der Quantenmechanik bis zur Theorie der Selbstorganisation – den Schluß ziehen, *daß ein gegebener Zustand der menschlichen Gesellschaft nicht zwingend und eindeutig ihre späteren Zustände bestimmt*. Wie auch immer die Entwicklungsgesetzmäßigkeit der menschlichen Gesellschaft beschaffen sein mag – sie dürfte jedenfalls keine eindeutige Trajektorie der Geschichte definieren, sondern eher einen in die Zukunft wachsen-

»Bildung als subjektiver Prozess und als jeweils erreichter Habitus hat ähnlich wie, aber doch anders als Wissenschaft gewisse erlernbare Grundwissens-Voraussetzungen, jedoch ist Allgemeinbildung weder Spezial- noch Vielwissen, ist in den Inhalten nicht nach Richtlinien kodifizierbar, ist niemals direktes Ergebnis von Lernen, Schulung, Methode, sondern beruht auf einem nicht fixierbaren, individuell aktiv angeeigneten Kompositum aus Erfahrung, Wissen und Können. Sie hat also etwas zu tun mit Selbsterziehung; dieses Humboldtsche Prinzip harmonischer Persönlichkeitsentfaltung bleibt in der Gegenwartsdebatte präsent.«

Laetitia Boehm: Wissenschaft und Bildung. Aspekte zum Verhältnis der beiden Wissensformen in historischen Erfahrungsräumen, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, 23(2000)2, S. 83-114 (hier S. 90f.).

den Baum mit unzähligen Verzweigungspunkten, deren jeder ein Bündel möglicher Pfade bezeichnet, von denen gewisse gegangen werden und andere unter den Tisch fallen. Die Unmöglichkeit sicherer Zukunftsprognosen ist dann weniger der Mangelhaftigkeit unseres Wissens als vielmehr der objektiven Unbestimmtheit oder, positiv formuliert, der *Multioptionalität der historischen Entwicklung* geschuldet. Wir leben – in Anspielung auf *Poppers* Terminus – in einer nach vorn offenen Gesellschaft.

Der Fokus künftiger Bildungsarbeit müßte also darin bestehen, die Menschen auf solche offenen Situationen vorzubereiten, denen sie auf ihren Lebenswegen häufig begegnen werden. Das ist unvergleichlich schwieriger als das Vermitteln von gesichertem Wissen und das Training von Routinen, die es selbstverständlich weiterhin auch geben wird – aber sie sind die traditionelle Seite des Bildungsauftrages, mit denen jedes Bildungssystem ganz gut fertig wird. Die Einstellung auf offene, optionale Situationen aber ist eine – oder richtiger *die* – innovative Herausforderung moderner Bildung. Sie ist eine Art bildungspolitisches Leitprinzip, das die unterschiedlichsten Bildungsinhalte durchdringt und jeweils spezifische Konsequenzen fordert.

Dies sei am Exempel der Geschichte erläutert. Der (weniger als Philosophie denn als praktische Haltung) allgegenwärtige Geschichtspositivismus gebietet, die Geschichte auf den Bericht und allenfalls die Erklärung dessen, was tatsächlich geschehen ist, zu reduzieren. Die Beschäftigung mit den unrealisierten Möglichkeiten der Geschichte gilt auch unter Fachhistorikern meist als spekulativ. Die Einstellung auf offene Situationen in der Zukunft verändert jedoch den Blick auf die Vergangenheit radikal. Nun sind gerade die Weichenstellungen der Geschichte von größtem Interesse; sie sind in der Gestalt zu analysieren, die sie hatten, als sie noch offen waren, das Pro und das Contra der einzelnen Optionen sind zu erwägen, und das, was tatsächlich geschah und von dem die Annalen berichten, ist als eine unter bestimmten Umständen vollzogene Wahl aus einem Fächer von Möglichkeiten zu deuten.

Es gab Zeiten, als das öffentliche Bewußtsein für die retrospektive Erwägung vergangener Möglichkeiten empfänglicher war: In den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges bewegten umfangreiche Debatten über die Frage ›Wie konnte es geschehen?‹ breite Kreise der Bevölkerung. Der heute herrschende neoliberale Zeitgeist hat – aus äußerster Abneigung dagegen, die Möglichkeit einer Alternative zum gesellschaftlichen status quo auch nur zu denken – wieder zu einer mächtigen Aufwertung des Geschichtspositivismus geführt. Für die Einstellung des Bildungswesens auf eine offene Zukunft ist diese ideologische Verkrustung hinderlich, aber sie ändert nichts an der Offenheit der Realgeschichte.

So könnte man die unterschiedlichsten Sektoren von Bildungsinhalten auf die Konsequenzen abklopfen, die sich aus dem erörterten Leitprinzip ergeben. Am wichtigsten ist aber die persönliche, rationale *und* emotionale Einstellung auf ein Leben in offenen Verläufen. Was sich objektiv als unbestimmte, multioptionale Situation darstellt, das ist subjektiv, werthaft betrachtet, die *Ambivalenz von Chance und Gefahr*, also Risiko. Bildung hat mehr und mehr Risiko-

»Die Verhältnisse zwischen biographisch kurzen Lebensbedürfnissen und langfristigen Perspektiven, zwischen Lebensplan und kollektivem Organisationsplan werden neu vermessen in ganz veränderten Weisen von Vergesellschaftung, zentriert um Individualität. Individuation zum verantwortlichen Ich wird zum Maßstab gelungener Vergesellschaftung.«
Hans Jörg Sandkühler:

Das Menschenrecht auf Wissen und die Demokratie des Wissens, in: Ders., Demokratie des Wissens, Hamburg 1991, S. 139-164 (hier S. 144).

»Das Weltbild, in dessen konzentrischen Kreisen – von der Erkenntnis zur rationalen Praxis – das Recht auf das Wissen und die Pflicht zum Wissen den Mittelpunkt bildet, entspringt in der epistemischen Krise einem widerständigen Denken. Die entscheidende praktische Schlußfolgerung ist die Erweiterung der Menschenrechte um das Recht auf Wissen.«

Sandkühler: Das Menschenrecht auf Wissen und die Demokratie des Wissens, in: Ders., Demokratie des Wissens, Hamburg 1991, S. 139-164 (hier S. 149).

training zu leisten. Ich würde dem dominant negativen Akzent, mit dem der Terminus »Risiko« in der Alltagssprache behaftet ist, nicht gern folgen und einen Sprachgebrauch vorschlagen, der dieses Wort zum Ausdruck der Ambivalenz von Handlungssituationen verwendet – ihrer optionalen Ambivalenz, sofern unterschiedliche Alternativen bestehen, und ihrer werthaften Ambivalenz, sofern diese Alternativen unterschiedliche oder gar polare subjektive Bedeutung haben.

Zweifellos kann sich das Individuum in einem dafür geeigneten Bildungsmilieu auf das häufige Auftreten von Risikosituationen – und insbesondere auf ihr Auftreten an individualbiographisch wesentlichen Schnitt- und Wendepunkten – einstellen, ohne daß es selbst oder jemand anderes vorab etwas über den konkreten Inhalt dieser Situationen weiß. Es ist auch unbequem, aus konfektionierten Bahnen herauszutreten und selbst entscheiden zu müssen; aber nicht nur das eigenverantwortliche Entscheiden, sondern auch die Freude daran ist erlernbar. Das Unerträgliche an der sozialen Unsicherheit, die von der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft hervorgebracht wird, ist nicht etwa die Flexibilisierung der Lebensläufe – daran, daß man unterschiedlich gestaltete Lebensabschnitte anstelle einer lebenslang stetigen Berufslaufbahn zu passieren hat, wird man sich gewöhnen müssen. Womit man sich hingegen nicht abfinden kann, ist gerade nicht die Offerte, sondern das Fehlen von Alternativen, der Umstand, daß Lebenschancen kassiert werden, ohne daß andere an ihre Stelle treten.

Kultur der Vielfalt und Multioptionalität

Wenn davon die Rede ist, daß der Risikogehalt der menschlichen Existenz im hier umschriebenen Sinne – der Häufigkeit, Vielgestaltigkeit und vitalen Bedeutsamkeit offener Situationen – tendenziell zunimmt und das Bildungswesen gehalten ist, sich dieser Tendenz anzupassen, dann sieht man sich auf Komplexitätsphänomene in der modernen Gesellschaft verwiesen. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß die Behauptung von der wachsenden Komplexität keine Selbstverständlichkeit ist, sondern eine *Hypothese*, die sich der empirischen Prüfung stellen muß. Theoretisch lassen sich Sozialstrukturen ganz unterschiedlicher Komplexität modellieren. Idealtypisch könnte man das Feld der Möglichkeiten durch zwei Extreme begrenzen – auf der einen Seite das klassische marxistische Basis-Überbau-Modell, das ungeachtet der Zusatzthese von der relativen Selbständigkeit des Überbaus ein stark determiniertes Bild der Gesellschaft mit wenig Freiheitsgraden für ihre Entwicklung liefert, aber dafür den Vorzug einer ganzheitlichen Erklärung der Gesellschaft besitzt; auf der anderen Seite das von der Modernisierungstheorie bereitgestellte Modell diverser paralleler ausdifferenzierter Subsysteme mit je eigenen Handlungs- beziehungsweise Funktionsrationalitäten, das für den sozialen Wandel sehr viele Freiheitsgrade enthält, aber einer ganzheitlichen Erklärung der Gesellschaft ermangelt. Ganzheit stellt sich erst sekundär her, infolge der Interaktion der als unabhängig vorausgesetzten Subsysteme. Zwischen diesen Extremen sind die unterschiedlichsten Modelle denkbar, und es nicht von vornherein ausgemacht, welches davon auf welche Seite des status quo paßt.

»Doch eines steht völlig außer Frage. Wenn die Menschheit eine erkennbare Zukunft haben soll, dann kann sie nicht darin bestehen, daß wir die Vergangenheit oder Gegenwart einfach fortschreiben. Wenn wir versuchen, daß dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage aufzubauen, werden wir scheitern. Und der Preis für dieses Scheitern, die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis.«
Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1999, S. 720.

»Die Beherrschung eines Kerncurriculums ist die Voraussetzung für die Befähigung zum selbstorganisierten Lernen auf den weiteren Bildungsstufen und im Leben ... Basisbildung, so verstanden, hat aufschließende Funktionen für den weiteren Bildungsgang insgesamt und für die Meisterung des Alltags. Je stabiler deren Beherrschung ist, desto größer wird der Spielraum für zunehmende Differenzierung der Bildung nach oben hin, für ergänzende, stärker differenzierte und neue Lebensbereiche erschließende Bildung, u. a. im fakultativen und wahlweise obligatorischen Unterricht, oder für die Förderung individueller Begabungen.«
Stellungnahme der Leibniz-Sozietät zum Forum Bildung, in: Leibniz intern. Mitteilungen der Leibniz-Sozietät Nr. 5, vom 5. Januar 2001, S. 1-9 (hier S. 3).

Es gibt aber jedenfalls eine Menge von Indizien, die den Oberflächeneindruck von der unablässig zunehmenden Komplexität problematisieren. Komplexität setzt *Diversität* voraus – die moderne Gesellschaft erzeugt aber nicht nur Diversität, sondern läßt auch Diversität verschwinden, und es ist nicht von vornherein klar, welche Seite das Übergewicht hat. Dies mögen einige – fast beliebig herausgegriffene – Beispiele illustrieren:

Erstens wurde das Verschwinden des Realsozialismus von den Bewohnern der betreffenden Länder meist als Zunahme von Diversität erlebt. Für die Weltgesellschaft bedeutet es aber deren Reduzierung. In der Tendenz ist nur noch ein und dieselbe Gesellschaftsform überall vorhanden.

Zweitens ermöglicht die sogenannte Vernichtung von Raum und Zeit in dem durch globale Infrastrukturen erzeugten »global village« die unmittelbare Synopsis von Elementen aus den verschiedensten Gebieten der Erde und erscheint so als revolutionärer Zuwachs an Komplexität; zugleich wird damit aber eine Fülle von Vermittlungen, die früher für die internationale und interkontinentale Vernetzung vonnöten waren, außer Funktion gesetzt und damit Diversität abgebaut.

Drittens bieten kapitalistische Städte eine große Vielfalt, ein kommerzielles Multi-Kulti, das jemanden, der aus einer anderen Welt kommt, beeindruckt, fasziniert oder auch erschlägt. Aber es ist, näher besehen, überall das gleiche Multi-Kulti – überall Chinarestaurants, Pizzerias und Steakhouses, überall die gleichen Hollywoodfilme, überall die gleichen Weltfirmen. Die weltweite Präsenz von Coca-Cola ist geradezu ein Symbol für den starken Homogenisierungsdruck, den die Globalisierung in ihrer gegenwärtigen Gestalt erzeugt. Längst hat sich eine homogene Jetset-Zivilisation mit identischen Ansprüchen an die Funktionstüchtigkeit der Flughäfen oder den Hotelkomfort um den Globus gelegt – eine Zivilisation, die sich nicht auf lokale Unterschiede in Klima, Naturgegebenheiten, Kulturtraditionen usw. gründet, sondern diese als gewinnbringende Extras in ihr identisches Grundgerüst einbaut.

Viertens setzt das anthropogen verursachte Artensterben sich bekanntlich ungebremst fort. Damit ist ein enormer Verlust an genetischer Diversität der Biosphäre verbunden, in die die menschliche Existenz eingebettet ist – ein Verlust, der hinter der forcierten Gentechnik-Euphorie sehr zu Unrecht in Vergessenheit zu geraten droht.

Vielleicht ist zunehmende Komplexität gar kein selbstverständliches Resultat der Evolution, vielleicht besteht sogar eine Alternative zwischen Pfaden, die zu ihrer Zunahme, und anderen, die zu ihrer Reduktion führen. Jedenfalls sind Diversität und Komplexität ebenfalls *ambivalente* Bestimmungen der Evolution – sie erzeugen Unübersichtlichkeit und sogar Undurchschaubarkeit der Gesellschaft, sind aber zugleich die Substanz, aus der sich die unwiederholbare Individualität, die Einmaligkeit eines jeden Menschen aufbaut. Wenn man Marx' bekannte Bemerkung, der Mensch sei das Ensemble seiner gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht durch die Brille eines nivellierenden Soziologismus liest, dann bedeutet sie, daß ein jeder Mensch um so reicher, einzigartiger, individueller sein kann, je vielfältiger die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, in denen er lebt.

Die *Kultur der Vielfalt* scheint mir so ein weiterer wichtiger Leitgedanke für die Zukunft der Bildung zu sein, der mit der Multioptionalität der Gesellschaft eng zusammenhängt. Früher nährte sich die Vielfalt der Weltgesellschaft zum großen Teil aus der relativen räumlichen Isolation ihrer Segmente, der provinziellen Borniertheit der Lebensweisen; die kulturelle Vielfalt, die wir heute (noch) besitzen und deren grundlegende Ressource in der Vielfalt der natürlichen Sprachen besteht, geht weitgehend auf diese archaischen Quellen zurück. Während die Gefahr eines verbreiteten Wiederauflebens provinzieller Borniertheit angesichts der Dichte der globalen Vernetzung gering ist (allerdings ist sie keineswegs völlig aus der Welt, wie der kulturzerstörerische Fanatismus des Taleban-Regimes im abgeschotteten Afghanistan gerade wieder eindringlich demonstriert), ist die Gefahr der Nivellierung von Diversität durch die allgegenwärtigen Homogenisierungstendenzen sehr real und massiv. Deshalb muß Bildung hinsichtlich des Verhältnisses von Diversifizierung und Homogenisierung den Akzent auf die Diversifizierung setzen, ohne deshalb auf die Vermittlung des allgemeinen kulturellen Kodes, der die Gesellschaft zusammenhält – des gemeinsamen Vorrats an Kenntnissen, Werten und Routinen – zu verzichten. Wichtig ist dabei allerdings, sich nicht einseitig konservativ auf die Bewahrung überkommener Diversität zu beschränken, sondern zugleich neue Vielfalt zu generieren, die nicht mehr aus der Isolation, sondern im Gegenteil aus der Offenheit kommt, deren Impulse auf unikale Weise zu etwas Neuem verarbeitet werden. Marx' Diktum, daß sich der Mensch nur in der Gesellschaft vereinzeln kann, ließe sich in Hinblick auf dieses Problem etwa folgendermaßen paraphrasieren: Einzigartigkeit kann man nur in globaler Offenheit und in bezug auf diese erwerben, nicht in der Isolation.

Mehr Flexibilität heißt mehr Demokratie ermöglichen

Wenn sich die Gesellschaft einer zunehmend offenen Zukunft gegenüber sieht, ihre Zukunftsvorsorge also nicht mehr in erster Linie durch möglichst exakte Voraussicht ihrer künftigen Zustände und darauf bezogene effektive Programmplanung gewährleisten kann, dann ist sie gezwungen, *ihre interne Flexibilität zu steigern*. Ihre Strukturen müssen elastischer, ihre Mitglieder vielseitiger werden. Viele Wege führen dorthin – die Tendenz zum Abbau von Hierarchien, zur horizontalen Vernetzung anstelle von vertikalen Weisungspyramiden, die man in modernen Unternehmen beobachten kann, ist eine von ihnen.

Das Wichtigste aber ist ein Mehr an Demokratie. In unbestimmten Situationen, in denen nicht einmal die Entscheidungsalternativen klar zutage liegen, haben weder Funktionäre noch Experten das ausschließliche Privileg, auf die optimale Lösung zu kommen – sie kann im Prinzip überall und von jedem gefunden werden. Die Gesellschaft würde sich selbst schaden, wenn sie nicht Wege suchte, die im Prinzip jedem ihrer Mitglieder die Partizipation an Entscheidungsprozessen möglich machen; der Mechanismus der repräsentativen Demokratie, so wichtig er für die Herstellung und Veränderung von Konsens in der Gesellschaft nach allgemein akzeptierten Regeln ist, reicht dafür nicht aus.

»Es ergibt sich, daß in Utopia Erziehung, Unterricht und Studium die Hauptbeschäftigung des Menschen geworden war, wobei jeder fast sein ganzes Leben abwechselnd und auch gleichzeitig Lehrer und Schüler war.«

Robert Havemann: Die Reise in das Land unserer Hoffnungen, in: Ders.: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie, Frankfurt/M. 1982, S. 127.

»Wir wissen heute, daß bei der Annahme eines gleichbleibenden technischen Fortschritts der Anteil der für Ausbildung verwandten Zeit in den ersten 25 Lebensjahren gegenüber herkömmlichen Ausbildungsformen sogar zurückgehen kann, da es unrentabel ist, auf die Einzelheiten einer schnell veraltenden Ausbildung zuviel Zeit zu verwenden. Andererseits zeigt dasselbe ökonomische Modell, daß Ausbildung sich dann ökonomisch am effizientesten vollzieht, wenn nach Abschluß der Grundausbildung bis etwa zum 50. Lebensjahr im Durchschnitt 15 Prozent der Zeit der Weiterbildung gewidmet werden.«

Hellmut Becker: Ein Gesamtplan für die Bildung, in: C. Grosser, H.-H. Münchmeyer, A. Oetker, C. C. v. Weizsäcker: Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose für 1970 – 1980, Hamburg 1969, S. 437-456 (hier S. 443).

Diese Begründung für erweiterte Demokratie mag sehr soziotechnisch klingen. In erster Linie ist Demokratie natürlich eine Sache menschlicher Selbstverwirklichung. Aber wir wissen auch, daß Fortschritte in der Gesittung und der politischen Kultur schwer zu erreichen und noch schwerer zu stabilisieren sind, wenn ihnen gesellschaftliche Grundstrukturen im Wege stehen. Technologische, ökonomische oder soziotechnische Entwicklungen erzeugen nicht automatisch mehr Demokratie, aber wenn sie mit mehr Demokratie auch nur vereinbar sind, dann ist ein Tor geöffnet, durch das progressive Politik gehen kann. Ebenso erhöht das Internet nicht durch seine bloße Existenz das Maß demokratischer Partizipation der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten – es transportiert bekanntlich auch bereitwillig Naziparolen und Kinderpornographie, ohne zu erröten –, aber es kann ein Werkzeug der Demokratie sein, wenn es bewußt dafür eingesetzt wird.

Das ist ein weiteres Leitprinzip für die moderne Bildung: Je mehr es in der gesellschaftlichen Entwicklung zu entscheiden gibt, je verwickelter die Entscheidungssituationen und je schwerwiegender die möglichen Folgen sind, um so mehr sollte Bildung zu *demokratischer Partizipation anregen und demokratische Partizipation trainieren*. Damit wächst ihr auch die Rolle einer kritischen moralischen Instanz zu, sowohl gegenüber den gesellschaftlichen Institutionen als auch gegenüber den Individuen. Was die Institutionen betrifft, so führen ihre Routinen bekanntlich oft zu nahezu perfekten Formen einer Abwehr von Partizipation, die durch den Partizipationsanspruch der Bevölkerung immer wieder aufgebrochen werden muß. Bei den Individuen steigert die Flexibilisierung der Gesellschaft, die von der Familie bis zur Stammebelegschaft viele herkömmliche Gemeinschaftsformen erodiert, häufig die Neigung, soziales und politisches Engagement aufzukündigen und sich – instinktiv angepaßt und instinktiv reagierend – als soziale Amöben durch den unübersichtlichen Ozean der Chancen und Gefahren zu bewegen, einzig auf den eigenen Vorteil bedacht. Bildung muß daher auch soziale Verantwortung und soziale Kompetenz stärken, um dem Hang zum Individualismus – zu dem vielfach Untugenden wie Intoleranz und Gewaltbereitschaft gehören – entgegenzuwirken: eine schwierige Aufgabe angesichts der Provokation zum Ellenbogen-Egoismus, die ständig von den herrschenden Verhältnissen ausgeht, aber nicht aussichtslos, zumal mit der fortschreitenden Übertragung von Routinen an technische Systeme und der Aufwertung des Qualitätsaspekts auch in der modernen Unternehmensorganisation soziale Kompetenz wieder an Bedeutung gewinnt.

Hier ist ein Punkt, den linke Bildungspolitik sehr aufmerksam zu bedenken hat. Offene Situationen treten auf allen Ebenen des Soziums auf, vom Lebensweg des Individuums bis hin zur Gesamtverfaßtheit der Gesellschaft. Wie wird nun das Individuum auf diese Verhältnisse vorbereitet? Lernt es in erster Linie, die gesellschaftlichen Verhältnisse als nicht hinterfragte Voraussetzungen hinzunehmen und die Entscheidungen, zu denen es durch die Risikosituationen seines Lebens veranlaßt wird, nur für sich selbst und zu seinem eigenen Vorteil zu treffen? Oder erhebt es den Anspruch, an der Veränderung seiner gesellschaftlichen Verhältnisse teilzuhaben, ist die Sphäre

seines bewußten Wirkens breiter als die seiner bloß privaten Angelegenheiten? Bildung kann so oder so angelegt sein. Da zu den linken Essentials die Überzeugung von der Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse auf allen Ebenen gehört, wird eine entsprechende Bildungspolitik darauf hinwirken, daß *Motive und Kompetenzen für soziale Verantwortung und demokratische Partizipation* in den Bildungsprozessen einen möglichst breiten Raum einnehmen.

Mehr Vielfalt bei einer Renaissance der Allgemeinbildung

Vorsorge für eine weithin unbestimmte Zukunft der Gesellschaft bedeutet für ihr Bildungssystem, daß dieses in synchroner Dimension für das gleichzeitige Vorhandensein einer möglichst großen Vielfalt unterschiedlicher Kompetenzen und in diachroner Dimension für lebenslanges Lernen als integrierendes Moment der Lebensgestaltung eines jeden Bürgers Sorge trägt.

Als Forderung ist das lebenslange Lernen eine Routineformel, doch ein richtiges Postulat erledigt sich nicht einfach schon dadurch, daß es unablässig wiederholt wird. Obwohl sich hier schon einiges bewegt hat, ist bei den meisten Menschen die traditionelle Zweiteilung des Lebens in eine Ausbildungs- und eine Ausübungsphase noch unerschüttert; auch Zeiten der Arbeitslosigkeit sind für die Betroffenen nur selten Zeiten intensiver Bildung. Im EU-Maßstab sind weniger als ein Drittel aller Berufstätigen im jeweils betrachteten Stichjahr überhaupt in irgendeine Form von Weiterbildung involviert – und dort, wo es der Fall ist, handelt es sich überwiegend um Weiterbildungsaktivitäten, die in den individuellen Zeitbudgets nur einen marginalen Platz einnehmen. Hier sind die einschneidendsten Veränderungen zu erwarten: Wenn auf der einen Seite die Zeiten der Ausübung mit Bildung angereichert werden, dann werden auf der anderen Seite die Lebensabschnitte, die bisher ausschließlich der Ausbildung galten, von ausübenden Tätigkeiten durchdrungen werden. Daher dürfte die institutionelle Entwicklung vermutlich nicht so verlaufen, daß ein immer mehr expandierender Sektor der Weiterbildung entsteht, während die herkömmlichen Institutionen der Ausbildung, die bisher die Zuständigkeit allein für die frühen Lebensabschnitte des Individuums haben, unberührt bleiben.

Das Problem der *synchronen Vielfalt* ist selbst ungemein vielschichtig. Wenn eine Gesellschaft nicht sicher weiß, vor welchen Situationen sie künftig stehen wird, dann ist es für sie funktional, ihr vorhandenes Wissen und Können in Gestalt unterschiedlichster individueller Profile und Kompetenzen disponibel zu halten. Die Wahrscheinlichkeit, daß darunter gewisse sein werden, die sich in nicht vorhergesehenen offenen Situationen als brauchbar erweisen, ist dann größer. Man muß sich darüber im klaren sein, daß darin ein *Paradigmenwechsel in der Bildung* liegt. Bisher sind Bildungsgänge vorrangig in Hinblick auf absehbare Verwendungszwecke gestaltet worden. Es wird zunehmend sinnvoll, dem Individuum die Chance zu geben, sich jene – möglichst einzigartige – Kombination von Bildungsinhalten anzueignen, für die es sich bevorzugt interessiert, unabhängig von bestimmten vorgegebenen Verwendungszwecken; das ist ein Stück schöpferischer Selbstverwirklichung des Individuums und liegt in einer offenen Gesellschaft zugleich im Interesse

»Wer unsere heutige Welt haßt, die ihn doch hervor- gebracht hat und noch nährt, der ist undankbar. Wer sie zu erhalten hofft, so wie sie heute ist, der ist ein Tor.

Wie wird die Schule die jungen Menschen anleiten, weder undankbar noch Toren zu sein?«

Carl Friedrich von Weizsäcker: Schule in unserer Zeit. Einleitung zu einem Podiumsgespräch anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Schule Birklehof in Hinterzarten am 16. Oktober 1982, in: Ders.: Wahrnehmung der Neuzeit, München 1983, S. 327.

»Die Zukunft ist niemals eindeutig festgelegt, innerhalb bestimmter Grenzen oder, wie man heute sagt, Parameter bleiben mehrere Wege offen. Deshalb hat die Pluralform ›Zukünfte‹ ihre Berechtigung. Vieles mag unwiederbringlich verloren und in Zukunft nicht mehr möglich sein, aber noch können wir zwischen verschiedenen Zukünften wählen.«

Ossip K. Flechtheim: Ist die Zukunft noch zu retten?, Hamburg 1987, S. 12.

der Allgemeinheit. Dies bedeutet auch eine *Renaissance der Allgemeinbildung*, aber nicht mehr als identisches Bildungsgut für alle, sondern als individuell kombiniertes Kontext- und Hintergrundwissen. Bis zu welcher Grenze es zweckmäßig ist, verbindliche Inhalte für alle zu vermitteln, und wo die Pluralisierung einsetzen sollte, muß ohnehin immer wieder neu verhandelt werden. Mir scheint es indes unvermeidlich, daß sich die Pluralisierung der Bildungsgänge fortsetzen wird; es ist aber entscheidend wichtig, daß sie sich nicht gegeneinander abschotten, sondern vielfältige Übergänge zwischen ihnen möglich sind. Andernfalls werden – und das ist keine nur abstrakte Möglichkeit, sondern eine schon wieder beginnende Realität – gewisse Bildungsgänge zum Prärogativ sozial Privilegierter. Grundsätzlich gilt, daß der Kampf für soziale Chancengerechtigkeit in der Bildung um so schwieriger, aber auch um so wichtiger wird, je pluraler die Offerten werden und je unübersichtlicher sich die Situation dadurch gestaltet. Das Problem der Vielfalt ist mit Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung verbunden. Gesellschaftliche Differenzierung verläuft in zwei Dimensionen. Die eine ist die zunehmende *quantitative Polarisierung* in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, das Aufbrechen und die Verstärkung von Gradienten zwischen Mehr und Weniger, Reich und Arm, verbunden mit einem harten Wettbewerb um Ressourcen, Ränge und Gewinne, wobei das Medium Geld die entscheidende Rolle spielt. Die andere ist die *Zunahme der qualitativen Vielfalt* in der Gesellschaft, für die nicht Wettbewerb, sondern Komplementarität, wechselseitige Bereicherung das entscheidende Sozialverhältnis ist.

Auch in der gegenwärtigen Gesellschaft gibt es beides, und beide Seiten sind auf spezifische Weise miteinander verbunden: Wettbewerb forciert Innovationen, Innovationen verschaffen Wettbewerbsvorteile. Doch es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Mehr-Weniger-Polarisierung die dominante Form der Differenzierung in der bestehenden Gesellschaft ist, eine elementare Folge ihrer kapitalistischen Verfaßtheit. Die Reduktion von Qualität auf Quantität ist das allgegenwärtige, in seiner Problematik kaum noch wahrgenommene Regulativ dieser Gesellschaft. Die qualitative Vielfalt der Produktionen kulminiert in der quantitativen Differenz der Gewinnmargen und Börsennotierungen, die qualitative Vielfalt der politischen Positionen in der Quantität der Wählerstimmen, die qualitative Vielfalt der Fernsehprogramme in der quantitativen Differenz der Einschaltquoten usw.

Einer der Züge linker Gesellschaftsstrategie könnte mit der These gekennzeichnet werden, daß sie auf eine *Dominanzumkehr im dualen Modus der gesellschaftlichen Differenzierung* hinarbeitet. Wesentlich dabei ist, daß diese Umkehr nicht in erster Linie durch eine Haupt- und Staatsaktion »top-down« erreicht werden kann, obwohl die Rolle günstiger politischer Rahmenbedingungen keineswegs unterschätzt werden sollte, sondern vor allem durch unzählige Aktivitäten qualitativer Diversifizierung von unten her, also »bottom-up«. Bildung und Forschung sind wegen ihrer Eigenart, sich gegen Reduktionen von Qualität auf Quantität zu sperren, und wegen ihrer perspektivischen Bedeutung in der sogenannten Wissensgesellschaft geeignet, in einer solchen Strategie eine prominente Rolle zu spielen.

Ein Fazit

Zusammenfassend kann man sagen, daß die offene, multioptionale Entwicklungsform der modernen Gesellschaft fundamentale Konsequenzen für ihr Bildungssystem hat: seine generelle Aufwertung zu einer der größten Beschäftigungs- und Tätigkeitssphären der Gesellschaft und seine grundlegende Umgestaltung – als ein mit Augenmaß zu vollziehender selbstlernender Prozeß.

Die technische Grundbedingung dafür ist rechtzeitig geschaffen worden: *die praktisch momentane Verfügbarkeit jeder Form von Expertise, die sich unabhängig von ihren Trägern in Datenform darstellen läßt, an jedem Ort der Welt.* Davon geht ein enormer Entlastungseffekt auf das Bildungswesen aus, wenn man es an seinen bisher vorherrschenden Funktionen mißt. Damit wird es befähigt, sich bevorzugt in einer Richtung zu orientieren, die sich ungefähr durch folgende Stichworte für anzustrebende Bildungsziele umschreiben läßt:

*Individualisierung,
Vermittlung von Lernmotivation und Lernfähigkeit,
Lebenslanges Lernen,
Methodenvermittlung,
Reflexivität,
Kreativität.*

Diesen Orientierungen ist gemeinsam, daß sie hochgradig *werthaft* sind, daß sie einen hohen Anteil von *tacit knowledge* enthalten, der nur im unmittelbaren Umgang weitergegeben und erworben werden kann, und daß sie sehr viel *persönliche Zuwendung* verlangen. Eine humane Gesellschaft – weit davon entfernt, ihr Bildungssystem als bevorzugtes Sparobjekt zu betrachten – wird sich in Zukunft dadurch auszeichnen, daß sie einen großen und perspektivisch wachsenden Anteil ihrer Ressourcen in die Bildung ihrer Mitglieder investiert, unabhängig von Lebensalter, Geschlecht, Sozialstatus, Wohnort oder ethnischer Zugehörigkeit. Auf diesen Weg wird sich die heutige Gesellschaft, bei Strafe ihres Untergangs, unvermeidlich begeben müssen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Manuskripte 14

DIETMAR WITTICH

**Soziale Differenzierungen
und politische Strukturen.**

**Analysen zur Ermittlung
von Zielgruppen für
sozialistische Politik und Bildung**

Projekt »Analysen zur politischen Meinungsbildung«
Berlin, März 2001, 136 S., 9,80 DM

ISBN 3-320-02970-3

ULRICH BUSCH, ANJA SCHNEIDER

Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen



Ulrich Busch – Jg. 1951; Dr. sc. oec., Bankkaufmann, von 1987 bis 1997 Dozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin; Arbeitsgebiete: Geldtheorie, Wirtschaftspolitik, Transformationspolitik, seit 1998 Mitarbeiter in einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt, in dessen Rahmen auch dieser Beitrag entstand. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Friedrich Nietzsche und die DDR« (Heft 118, August 2000).
Foto: privat

Den Festreden zum zehnjährigen Jubiläum der deutschen Einheit folgte, als die Ökonomen ihre Analysen auf den Tisch gelegt hatten, der Katzenjammer: Die Erfolgsbilanz der Politik erwies sich als geschönt; die wirtschaftliche Wahrheit sieht anders aus!

Zuerst war es *Hans-Werner Sinn*, der aussprach, was viele bereits wußten, daß nämlich die deutsche Vereinigung »ökonomisch mißlungen«¹ ist. Andere Autoren, ganz unterschiedlicher Provenienz, folgten ihm in dieser Einschätzung. So faßte *Heiner Flassbeck* die Situation »im Jahre 10« mit den Worten zusammen: »Der Osten hat es nicht geschafft. Leider, aber so ist das nun mal ...« Trotz hoher Transferzahlungen »gibt es Auseinanderlaufen statt Annäherung, Desintegration statt Integration, Zurückbleiben statt Aufholen.«²

Die *AG Alternative Wirtschaftspolitik* konstatiert nach einem Jahrzehnt »verfehelter Transformationsstrategie« in Ostdeutschland weder einen wirtschaftlichen Aufschwung noch eine Niveaueingleichung. Vielmehr zeige sich, daß die ostdeutsche Wirtschaft »das Modell eines aufholenden Wachstumstyps nicht erreicht hat«³. Auch der Wirtschaftsexperte *Hans Apel* sieht den Aufschwung Ost »in ernsthaften Schwierigkeiten« und hegt angesichts der aktuellen Daten die Befürchtung, daß der Osten »auf Dauer schwach« und vom Westen abhängig bleiben könnte.⁴ In einem Bericht der Wirtschaftsforschungsinstitute DIW, IfW und IWH wird die aktuelle Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern schlicht als »unbefriedigend« eingeschätzt.⁵

Etwas freundlicher beurteilt der *Sachverständigenrat* in seinem neuesten Gutachten die Situation. Gleichwohl aber erblickt auch er in der Zehnjahresbilanz Ostdeutschlands einen »problematischen Befund«, vor allem weil der wirtschaftliche Aufholprozeß seit Mitte der neunziger Jahre »ins Stocken« geraten ist.⁶ *Rüdiger Pohl* (Halle) sieht in der Entwicklung Ostdeutschlands »Erfolg« und »Mißerfolg« dicht beieinander⁷, wobei der seit 1997 stockende Aufholprozeß diese Ambivalenz zuletzt eher negativ beeinflußt haben dürfte.

Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* war es schließlich, der den Dissens zwischen politischer Erfolgshetorik und wirtschaftlicher Realität überwand, indem er die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands politisch thematisierte⁸. Mit seiner Feststellung, daß zehn Jahre nach der Einheit im Westen die Wirtschaft boomt, im Osten aber »die wirtschaftliche und soziale Lage auf der Kippe« stehe, forderte er dazu auf, über die Förderung der Entwicklung Ostdeutschlands neu nachzudenken.

1 Hans-Werner Sinn: Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung – Ein Kommentar zur Lage der neuen Länder, in: ifo Schnelldienst, 53(2000)26-27, S. 10; vgl. auch CESifo Working Paper, No. 247, February 2000.

Damit sind eine Reihe von Fragen aufgeworfen. So zum Beispiel nach der Richtigkeit der 1990 gewählten wirtschaftspolitischen Strategie, nach der Verteilung von Kosten und Nutzen der Einheit nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen den Generationen und sozialen Gruppen, nach den Ergebnissen des *Aufbaus Ost* und nach den Effekten des milliarden schweren *Solidarpakts I*, wozu neben den Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung und Infrastrukturentwicklung auch die jährlichen Finanzhilfen des Bundes für die neuen Länder zählen.

Vor allem aber ist zu fragen, welche Wirkungen die Transferzahlungen hervorgebracht haben, wem sie welchen Nutzen brachten und inwieweit sie dazu beigetragen haben, die ökonomische Basis Ostdeutschlands zu stärken um künftige Zahlungen zu reduzieren oder gar überflüssig zu machen?

Die Notwendigkeit einer umfassenden Wirkungsanalyse der Transferzahlungen

Die West-Ost-Transfers stellen ein Schlüsselproblem der deutschen Einheit dar⁹, sowohl für die Beschreibung des Vereinigungsprozesses als auch für die Erklärung der bisher im wirtschaftlichen Aufholprozeß erzielten Resultate. Ihre Analyse bezieht sich auf die unmittelbar in den neuen Ländern erzielten Wirkungen, aber auch auf die mit der Aufbringung, Übertragung und Verwendung der mit Transfers verbundenen indirekten Effekte sowie Rückwirkungen auf den Westen. Auf diese Weise ergibt sich ein sehr komplexes Bild verschiedenartigster kurz-, mittel- und langfristiger Wirkungen, direkter und indirekter, unmittelbarer und mittelbarer sowie interdependenter Effekte.

Hinzu kommt, daß durch die Transferfinanzierung in steigendem Umfange Allokationsverzerrungen sowie Mitnahme- und Gewöhnungseffekte auftreten, was die Beurteilung der Wirkungen erschwert. Mit der Dauer der Transferleistungen verstärken sich außerdem Multiplikatorprozesse, überlagern sich einzelne Maßnahmen, durchkreuzen sich in ihren Wirkungen, potenzieren oder kompensieren sich, was die Analyse einzelner Maßnahmen wie des Gesamteffekts vor unlösbare Probleme stellt.

Eine detaillierte, das gesamte Spektrum der Transferleistungen berücksichtigende Analyse scheint unter diesen Umständen kaum durchführbar. Was aber möglich ist, ist die Evaluation einzelner, ausgewählter Maßnahmen, deren Wirkungskette relativ eindeutig ist, sowie die allgemeine Abschätzung und Quantifizierung des volkswirtschaftlichen Effekts der Transferzahlungen insgesamt, gemessen an bestimmten Kriterien des Lebensniveaus und der ökonomischen Entwicklung.

Dabei wird hier davon ausgegangen, daß es sich bei den West-Ost-Transfers vor allem um Zahlungen handelt, die aus der Vereinigung gemäß Artikel 23 Grundgesetz (GG) resultieren. Sie sind ihrem Charakter nach also weder bloße Solidarleistungen noch Geschenke des Westens an den Osten, sondern Ausdruck innerstaatlicher Finanzbeziehungen, deren Rechtsgrundlage neben dem Grundgesetz und den Verträgen zur deutschen Einheit¹⁰ insbesondere das Federale Konsolidierungsprogramm (FKPG)¹¹, die Sozialgesetzgebung der Bundes-

2 Heiner Flassbeck: Die verpaßte Chance, in: *Wirtschaft und Markt*, 5/2000, S. 41 und 10/2000, S. 46.



Anja Schneider – Jg. 1974; cand. rer. pol., Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin; Mitarbeiterin im oben genannten DFG-Projekt. Foto: privat

3 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2000, Köln 2000, S. 160f. »Aus volkswirtschaftlicher Sicht ... ist eine ausgeglichene Bilanz von selbst produzierten und endverwendeten Einkommen in der Region das Kriterium für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung. Davon ist die ostdeutsche Region insgesamt weit entfernt.«

Zehn Jahre ›Aufbau Ost‹ – widersprüchliche Ergebnisse, Probleme und Alternativen, Memo-Forum Nr. 27, Bremen 2000, S. 9.

4 Hans Apel: Der Osten bleibt auf Dauer schwach, in: *Die Welt*, 26. August 2000.

5 Vgl. DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland, Kurzexpertise, Halle 2000, S. 4.

6 Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Chancen auf einen höheren Wachstumspfad. Jahresgutachten 2000/2001, Stuttgart 2000, S. 116 und 119.

7 Rüdiger Pohl: Die unvollendete Transformation, in: Wirtschaft im Wandel, 6(2000)8, S. 223.

8 Vgl. Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, in: Die Zeit, Nr. 2/2001. Nach einer Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung teilen 73 Prozent der Ostdeutschen die These von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der Osten stehe wirtschaftlich und sozial »auf der Kippe«; vgl. Die Welt, 12. Februar 2001.

9 Vgl. dazu Ulrich Busch: Sozialtransfers für Ostdeutschland – Eine kritische Bilanz, in: UTOPIE kreativ, Heft 105 (Juli 1999), S. 12-26.

10 Vgl. BGBl. II, S. 537 und 889.

11 Vgl. Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993, in: BGBl. I, S. 944.

12 Vgl. Ulrich Busch: Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft?, in: Fritz Vilmar (Hrsg.), Zehn Jahre Vereinigungspolitik, Berlin 2000, S. 161-192 (2. Aufl.).

republik und die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung bilden. Diskutiert wird in diesem Kontext auch der im Zuge der Privatisierung des DDR-Volksvermögens stattgefundene Vermögenstransfer¹².

Die Implikation der Transferleistungen in den Vereinigungskontext verbietet es, die Entwicklung in Ostdeutschland mit den Transformationsabläufen in Mittel- und Osteuropa gleich zu setzen.

Einerseits genießt Ostdeutschland durch die Einbindung der Transformation in den Vereinigungsprozeß das Privileg eines absoluten »Sonderfalls«¹³. Andererseits aber erwachsen ihm hieraus, was die Aktivierung der eigenen Potentiale anbelangt, auch erhebliche Nachteile.

Die Transferleistungen sind unter diesen Bedingungen eher als eine notwendige Konsequenz der Integration der neuen Länder in die Bundesrepublik zu begreifen, denn als ein zusätzlicher positiver Faktor im Entwicklungsprozeß, über welchen andere Länder nicht verfügen. Sie sind also kein Gegenstand transformationstheoretischer Analyse, sondern ein innerdeutsches Problem finanzwissenschaftlicher beziehungsweise regionalökonomischer Art.

Ihre Wirkung ist daran zu messen, inwieweit es mit ihrer Hilfe gelingt, den wirtschaftlichen Aufholprozeß voranzutreiben und den Osten wirtschaftlich wie sozial dem Westen anzunähern. Dies bedeutet natürlich nicht, daß in allen ostdeutschen Territorien und Bereichen jeweils die Spitzenpositionen Westdeutschlands der Maßstab wären. Vielmehr ist den differenzierten regionalen Entwicklungen hier ebenso Rechnung zu tragen wie den regionalen Strukturunterschieden.

Worum es geht, ist, daß die ökonomische Leistungskraft und Lebensqualität der neuen Länder *im Durchschnitt* der in den alten Ländern entspricht; und nicht, wie es heute noch der Fall ist, die neuen Länder in allen relevanten Positionen erheblich hinter den alten Ländern zurückstehen, in der Arbeitsproduktivität, Industrieproduktion¹⁴ und beim Export genauso wie bei der Beschäftigung, den Einkommen, den Vermögen und dem Lebensstandard. Ungeachtet aller, sich teilweise in Zukunft noch verstärkender regionaler Differenzierung bleibt deshalb die »Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse« in Ost und West das übergreifende Ziel des Einigungsprozesses und die »zentrale Herausforderung« für die Politik¹⁵.

Die volkswirtschaftliche Wirkung der Transferzahlungen hängt entscheidend von der Verwendung der Mittel ab. Folglich bildet die Verwendungsstruktur der Finanztransfers den Ausgangspunkt für die Analyse:

Von 1991 bis 1999 entfielen mit 51,1 Prozent gut die Hälfte des Bruttotransfers auf sozialpolitisch motivierte Ausgaben, 23,5 Prozent auf ungebundene Zuweisungen, 11,7 Prozent auf die Förderung der Infrastruktur und 6,3 Prozent auf die Wirtschaftsförderung. 7,4 Prozent sind nicht zuordenbar.¹⁶

Bereits aus dieser groben Untergliederung geht Wesentliches über die Wirkungsrichtung der Transfers hervor: *Erstens* nämlich dienen sie der Sicherung eines relativ hohen Einkommens-, Verbrauchs- und Lebensniveaus, unabhängig von der regionalen ökonomischen Leistungskraft. *Zweitens* garantieren sie das Funktionieren der staatlichen und kommunalen Institutionen entsprechend geltendem

Recht. Und *drittens* zielen sie auf eine Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern. Wie die oben genannten Größenordnungen erkennen lassen, stellt diese Aufzählung durchaus zugleich eine Rangfolge dar.

Ergänzt man die Verwendungsstruktur der Transferzahlungen um die Unterteilung der Gesamttransfers in »allgemeine« und »spezifische« Leistungen¹⁷, wobei davon ausgegangen wird, daß nur letztere besondere Leistungen für die neuen Länder sind, erstere jedoch nicht (diese aber mehr als drei Viertel der Zahlungen ausmachen), so wird deutlich, worin die hauptsächliche Wirkungsrichtung der Transfers besteht: Rund 82 Prozent der Leistungen dienen der Sicherung des Lebensniveaus und der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Ordnung. Unmittelbar der wirtschaftlichen Entwicklung dienen dagegen nur 18 Prozent. Die Wirkung der Transfers ist also vor allem auf die politische und soziale Integration der neuen Länder gerichtet, in weitaus geringerem Grade aber auf die Stärkung ihrer Leistungskraft und die Entwicklung der hierfür notwendigen Potentiale. Letzteres bleibt weitestgehend privaten Investoren vorbehalten. Eine Wertung des Transfersgeschehens muß dieser Tatsache Rechnung tragen.

Einkommen und Verbrauch

Zirka die Hälfte der Transferleistungen fließt direkt oder indirekt den privaten Haushalten zu und dient dem konsumtiven Verbrauch. Dies hat jedoch, sowohl makroökonomisch als auch verteilungspolitisch, eine Reihe von Konsequenzen. So wurde in den neunziger Jahren fast ein Drittel der Inlandsnachfrage Ostdeutschlands durch Transferzahlungen finanziert. 1999 waren es noch 28 Prozent¹⁸. Der überwiegende Teil davon tritt auf dem Markt als Konsumgüternachfrage in Erscheinung und wird durch entsprechende Lieferungen von westdeutschen Produzenten gedeckt. Die neuen Bundesländer sind dadurch in einer doppelten Abhängigkeit: Zum einen liegt ihr Einkommen über ihrem Leistungsniveau. Zum anderen generieren die Transferzahlungen permanent Realtransfers aus Westdeutschland, was die Entwicklung endogener Potentiale in bestimmtem Maße blockiert.

In der Verteilungsstruktur Ostdeutschlands spiegelt sich dies spezifisch wider: *erstens* in der Bedeutung der Transfereinkommen; *zweitens* in einer relativen Entkoppelung von Einkommens- und Leistungsentwicklung und *drittens* im Konsumtionsniveau, das stärker an der Entwicklung der Produktion im Westen orientiert ist als an der Ostdeutschlands. Während die Markteinkommen (Löhne und Unternehmensgewinne) in bestimmtem Maße der wirtschaftlichen Leistung folgen, weisen die Transfereinkommen (Sozialhilfe, Wohngeld etc.) keine derartige Abhängigkeit auf. Sie hängen von den Vorgaben allgemeingültiger Leistungsgesetze beziehungsweise von politischen Entscheidungen (Altersrente) ab. Im Ergebnis führt dies im Osten zu – gemessen an den Markteinkommen – verhältnismäßig hohen Transfereinkommen. Dieser Trend läßt sich auch in bezug auf die Dynamik der Ost-West-Anpassung feststellen. So vollzog sich die Angleichung der Altersrenten und einiger Sozialleistungen wesentlich rascher als die der Arbeitseinkommen (vgl. Tabelle 1).

13 Vgl. Helmut Wiesenthal: Die Transformation Ostdeutschlands: Ein (nicht ausschließlic) privilegierter Sonderfall der Bewältigung von Transformationsproblemen, in: Leviathan, Sonderheft 15/1995, S. 134-159.

14 Vgl. Reinhold Kowalski: Industrie in Ostdeutschland: dynamisch, aber schwach, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/2000, S. 243-245.

15 Vgl. Bundesregierung, Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 1999, Berlin 1999, S. 25. Hiervon ausgehend, läßt sich die vom IAB Nürnberg getroffene Feststellung, daß »bei Zugrundelegung gleicher Kriterien in Ost- und Westdeutschland der Großraum Berlin sowie die Agglomerationsräume Dresden und Leipzig bereits eine vergleichbare regionale Wirtschaftskraft aufweisen wie die strukturschwächeren westdeutschen Regionen im ehemaligen Zonenrandgebiet, in der Westpfalz und in Nord- und Ostfriesland« nur als Sarkasmus interpretieren. IAB-Werkstattbericht, Nr. 16/1999, Nürnberg; zitiert bei Joachim Ragnitz: Die Zukunft der Ost-Förderung, in: Wirtschaftsdienst 2000, S. 226.

16 Vgl. Joachim Ragnitz et al.: Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer, in: IWH-Sonderheft, 2/2000, Halle 2000, S. 14.

17 Vgl. Joachim Ragnitz et al.: Transfers, Exportleistungen und Produktivität, in: IWH-Sonderheft, 2/1998, Halle 1998, S. 9ff.

18 Vgl. Joachim Ragnitz et al.: Simulationsrechnungen ..., a. a. O., S. 14.

Tabelle 1: Einkommen in West- und Ostdeutschland 1998 (in DM)

	West	Ost	Relation
Bruttodurchschnittslohn/Monat	4.430	3.420	77,2
Nettodurchschnittslohn/Monat	2.810	2.420	86,1
Durchschnittliche Versichertenrente	1.291	1.418	109,8
Sozialleistungen pro Kopf/Monat	1.288	1.324	102,0
darunter: Krankenversicherung	257	229	89,1
Arbeitsförderung	108	284	263,0
Sozialhilfe	55	34	61,8

Quelle: BMWi: Wirtschaftsdaten Neue Länder, 12/1999, S. 7; BMA: Sozialbericht 1997, Bonn 1998, S. 204f., 279, 311, 287f.; Sozialbudget 1998; Tabellenauszug, Bonn 1999, S. 4; eigene Berechnungen.

Ferner gilt, daß die Ost/West-Angleichung bei den verfügbaren Haushaltseinkommen auf Grund der im Osten ungleich größeren Bedeutung der Transfereinkommen viel weiter fortgeschritten ist als bei den Markteinkommen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Reales Markteinkommen und reales verfügbares Einkommen in Ost- und Westdeutschland; in Preisen von 1995 (äquivalenzgewichtet)¹ in DM/Jahr

Jahr	Reales Markteinkommen		Relation Ost/West	Verfügbares Einkommen		Relation Ost/West
	West	Ost		West	Ost	
1991	42.986	25.305	58,9	38.430	24.621	64,1
1992	43.320	26.452	61,1	38.508	26.600	68,0
1993	42.596	28.319	66,5	38.147	28.222	74,0
1994	42.257	29.472	69,7	37.871	28.966	76,5
1995	43.149	28.860	66,9	37.493	28.651	76,4
1996	42.551	29.572	69,5	37.499	29.572	79,7
1997	42.044	29.456	70,1	37.339	29.900	80,1

¹) Äquivalenzeinkommen = Haushaltseinkommen/(Haushaltsgröße)^{0,5}

Quelle: DIW: Wochenbericht, 19/2000, S. 296 und eigene Berechnungen.

19 Vgl. Sachverständigenrat: Chancen ..., a. a. O., S. 263. Der Gini-Koeffizient – benannt nach dem italienischen Statistiker C. Gini – mißt die Ungleichverteilung von Einkommen, wobei Werte zwischen 0 (völlig Gleichverteilung) bis 1 (extreme Ungleichverteilung) ermittelt werden, das heißt, je kleiner der Gini-Koeffizient, desto geringer die Einkommensungleichheit; vgl. dazu Michael Todaro: Economic Development in the Third World, London/New York 1989, S. 152f.; Herrick Bruce, Charles P. Kindleberger: Economic Development, London u. a., p. 139f.

20 Vgl. Statistisches Bundesamt, Datenreport 1999, Bonn 2000, S. 129ff.

Darüber hinaus weist die Verteilungsstruktur im Osten infolge der staatlichen Umverteilung eine bedeutend stärkere Glättung auf als im Westen. So sinkt hier beim Übergang vom Markt- zum Nettoeinkommen der Gini-Koeffizient um die Hälfte, von 0,4815 auf 0,2435, während er sich in den alten Ländern nur um ca. ein Drittel verringert, von 0,4446 auf 0,2919.¹⁹ Während im Osten die Ungleichverteilung bei den Markteinkommen höher ist als im Westen, ist es bei den Haushaltsnettoeinkommen gerade umgekehrt. Letztere aber sind für das Lebensniveau ausschlaggebend. Da dieser Effekt wesentlich auf die unterschiedlich hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist und diese über Transfers finanziert wird, ist er unmittelbar transferbedingend.

Dies spiegelt sich im Verbrauch und in der Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern wider, der sich an den verfügbaren Haushaltseinkommen orientiert und folglich eine ähnlich hohe Ost-West-Konvergenz aufweist wie diese.²⁰ So schließt sich der Kreis: Verbrauch und Leistung fallen auf allen Ebenen auseinander,

volkswirtschaftlich ebenso wie bezogen auf die privaten Haushalte und pro Kopf. Die Erklärung dafür bieten die Transferleistungen hinsichtlich ihrer Höhe und Struktur.

Investitionen, Wachstum und Produktivität

Investitionen wirken quantitativ und qualitativ auf das Produktionspotential und sind damit für den Aufholprozeß von entscheidender Bedeutung. Von 1990 bis 1999 wurden in Ostdeutschland im Rahmen diverser Förderprogramme²¹ Investitionen in Höhe von rund 418 Milliarden DM angeschoben. Dies entspricht einem Viertel aller Anlageinvestitionen. Gemessen an den Bruttotransfers in Höhe von 1,6 Billionen DM verkörpern die kumulierten Kredit- beziehungsweise Förderzusagen von 215 Milliarden DM jedoch nur einen relativ geringen Anteil (vgl. Tabelle 3).

21 Vgl. BMWi: Wirtschaftsdaten Neue Länder, 10/2000, S. 19.

Tabelle 3: Investitionsförderung im ostdeutschen Unternehmenssektor¹ (Mrd. DM)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	gesamt
Investitionszuschuß ²	0,11	7,52	6,38	6,98	6,70	5,08	6,27	4,48	2,37 ⁵⁾		45,9
Investitionszulage ³	0	1,04	4,19	4,89	4,44	3,62	2,41	1,74	1,2 ⁶⁾	1,2 ⁶⁾	24,7
Sonderabschreibung ⁴	0	3,36	4,90	6,30	7,10	9,10	9,50	6,82	3,50 ⁵⁾		50,6
Kredite ²		5,51	17,59	16,34	14,25	12,95	8,62	8,19	7,15	3,07 ⁵⁾	93,7
Anlageinvestitionen	34,5	100,4	139,9	167,1	200,5	207,5	205,8	199,5	187,7	186,1	1629,0

1) ohne Wohnungsvermietung, jeweilige Preise

2) Bewilligungen

3) Auszahlungen

4) Steuermindereinnahmen

5) 1. Halbjahr

6) nur Bruttotransfers des Bundes.

Quellen: IWH-Sonderhefte 1/98, S. 143; 5/99, S. 52; 2/2000, S.16; Wirtschaftsdaten Neue Länder, 3/2000, S. 20; 10/00, S.20; eigene Berechnungen.

Für die Bewertung des mittel- und längerfristigen Effektes ist unter anderem zu prüfen, inwieweit die potentielle Anreizwirkung der Investitionsförderung durch Mitnahmeeffekte geschmälert wird. Untersuchungen zufolge²² war dies im Durchschnitt kaum der Fall, kann aber wegen der starken Streuung der Fördersätze grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

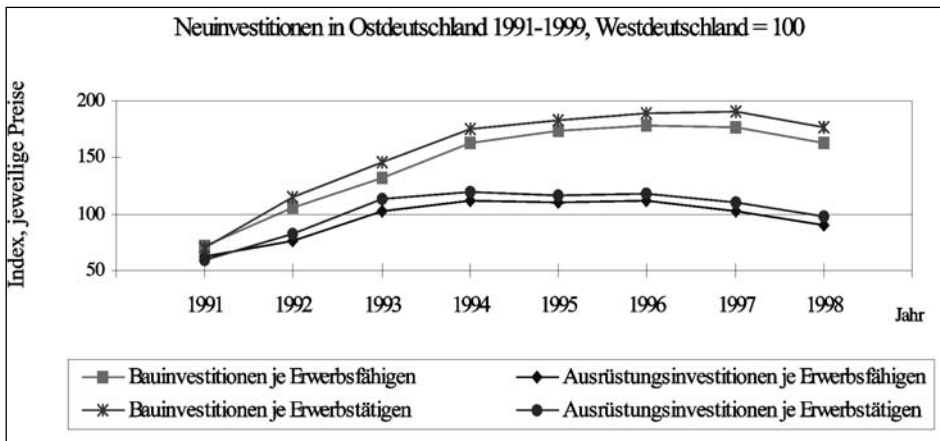
Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, übersteigen die Investitionen in Ostdeutschland (je Einwohner) erst seit 1993 das westdeutsche Niveau. Angesichts des Rückstandes der neuen Länder bei der Kapitalausstattung bedeutete dies eine erhebliche Verzögerung des wirtschaftlichen Aufholprozesses. Offensichtlich bedurfte es erst umfangreicher steuerlicher Anreize, um westdeutsche Investoren in den Osten zu locken. Auffällig ist in diesem Zusammenhang zum einen die sektorale Struktur der Investitionen, zum anderen die Relation zwischen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. So entfielen zum Beispiel 26,3 Prozent aller Investitionen auf den Wohnungssektor. Während sich im Zeitraum von 1991 bis 1998 der Umfang der Anlageinvestitionen insgesamt nahezu verdoppelte, betrug der Zuwachs für den Sektor Wohnungsvermietung 347 Prozent, für alle anderen Unternehmensbereiche aber nur 53 Prozent.²³ Mit dem Aus-

22 Vgl. Alfred Müller: Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft stagniert, in: ifo Schnelldienst, 3/2000, S. 11.

23 Vgl. Ebenda.

laufen der Sonderregelungen (ab 1996) ging die Investitionstätigkeit wieder spürbar zurück. Bei den Ausrüstungsinvestitionen liegen die Werte seit 1998 sogar wieder unter den westdeutschen, woraus sich für die gesamte Periode (seit 1990) eine unterproportionale Entwicklung ergibt, im Gegensatz zu den Bauinvestitionen, die trotz abflauender Konjunktur weiterhin über den westdeutschen Werten liegen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Investitionen in Ostdeutschland (1991 – 1999)



Quelle: Alfred Müller: Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft ..., a.a.O. S. 12f.; Hans-Werner Sinn: Zehn Jahre ..., a.a.O., S. 14; IWH, Sonderheft 5/99, S. 1.

Die Investitionstätigkeit findet im gesamtwirtschaftlichen Wachstum ihren Niederschlag. In Ostdeutschland liegt die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) *ohne* Baubranche seit 1995 über der gesamtwirtschaftlichen Rate, was darauf hindeutet, daß der Bausektor, bei einer sich insgesamt abschwächenden Dynamik, inzwischen vom verarbeitenden Gewerbe als Wachstumsmotor abgelöst wurde. Das fortbestehende strukturelle Mißverhältnis zwischen Bau- und Ausrüstungsinvestitionen legt allerdings auch den Schluß nahe, daß hier zu einseitig und zu wenig auf eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung bedacht gefördert wurde. So sind heute neben einer »massiven Fehllenkung von Kapital« im Zuge der Wirtschaftsförderung²⁴ zugleich immer noch große Defizite zu konstatieren, die sich nur mit Hilfe weiterer Fördermaßnahmen beseitigen lassen.

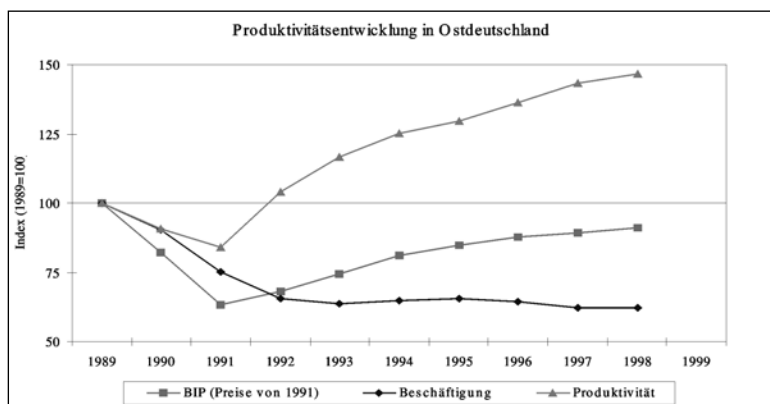
In modernen Industriegesellschaften hängt das wirtschaftliche Wachstum entscheidend von der Produktivitätsentwicklung ab. Als Quotient aus realem BIP und Erwerbstätigenzahl wächst diese, wenn die Wertschöpfung stärker steigt (oder weniger sinkt) als die Beschäftigung. So war der Rückgang der Produktivität in Ostdeutschland 1990/91 rein rechnerischer Art. Das BIP schrumpfte um mehr als ein Drittel, die Beschäftigung aber »nur« um ein Viertel, so daß die Produktivität sank (vgl. Abbildung 2). Seit 1992 steigt die Produktivität kontinuierlich an, bei einer in etwa stabilen Beschäftigtenzahl.

24 Vgl. Hans-Werner Sinn: Zehn Jahre ..., a.a.O., S. 15.

Hier ist jedoch nach Branchen zu differenzieren: Im verarbeitenden Gewerbe beruhte der Produktivitätsanstieg zunächst auf einer drastischen Reduktion des Arbeitseinsatzes. Ab 1994 überwog dann die Zunahme der Produktion. Die Konzentration der Förderinstrumente mit dem höchsten Subventionswert (Investitionszulage, GA-Zuschuß) auf diesen Bereich hat hierzu sicherlich beigetragen. Obwohl das Bruttoanlagevermögen der Unternehmen 1998 zu 70 Prozent aus neuen Anlagen bestand, blieb die Produktivität aber hinter den Erwartungen zurück, was an der Betriebsgrößenstruktur, an Absatzproblemen und an Infrastrukturmängeln liegt.

Kontraproduktive Wirkungen der Transferleistungen auf die Produktivität ergaben sich dort, wo durch Subventionen das Einsatzverhältnis der Produktionsfaktoren verzerrt wird. Hier bleiben die Transfers ohne nachhaltige Wirkung auf das Produktionspotential und erfüllen allenfalls eine kurzfristige, rein soziale Zielsetzung²⁵.

Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Beschäftigung in Ostdeutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt: Tabellensammlung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Ländern, 2/1999; HBS: Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland, 4/1996, S. 43.

Ein dynamisches und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist eine notwendige Voraussetzung für einen selbsttragenden Aufschwung in Ostdeutschland und für die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Seine Förderung ist mithin erklärtes Ziel der Wirtschaftspolitik. Transferzahlungen können das Wachstum, je nach Verwendungszweck, über Angebot und Nachfrage beeinflussen: *qualitativ* über Nachfragewirkungen und Verschiebungen in der Produktionsstruktur beziehungsweise angebotsseitig, durch die auf bestimmte Branchen beschränkte Subventionierung von Produktionsfaktoren; *quantitativ* über eine das Produktionspotential und die Produktivität erhöhende Verwendung, also durch Investitionen in Sach- und Humankapital oder die Schaffung von Anreizen für solche, zum Beispiel durch Investitionszulagen, Sonderabschreibungen, Eigenkapitalhilfen und anderes mehr. Maßnahmen zur Beschleunigung des technischen Fortschritts und der Aufbau der Infrastruktur sind ebenfalls auf die Erhöhung der Produktivität und des Wirtschaftswachstums gerichtet.

25 Vgl. Hilmar Schneider et al.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern – Eine Bilanz der Vergangenheit und Ansätze für künftige Reformen. IWH-Sonderheft, 3/2000, S. 105 ff.

Infrastruktur

Ein schneller Ausgleich des Rückstandes Ostdeutschlands bei der Ausstattung mit Infrastrukturgütern, insbesondere Verkehrs- und Kommunikationsnetzen, ist eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung des Konvergenzziels.

Denn *erstens* ist die öffentliche Infrastruktur anerkanntermaßen »Schmiermittel« und wichtiger, produktivitätssteigernder Inputfaktor für private Unternehmen. *Zweitens* schafft der Ausbau der Infrastruktur Arbeitsplätze und Einkommen in der Region, insoweit als dort ansässige Unternehmen Aufträge erhalten. *Drittens* ist die Erweiterung der Verkehrs- und Kommunikationswege für die Erfüllung der Brückenfunktion Ostdeutschlands nach Mittel- und Osteuropa notwendig. Außerdem wirken sich viele Infrastrukturmaßnahmen, die Restaurierung historischer Stadtkerne, der Ausbau von Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen und anderes positiv auf das Lebensgefühl der Bevölkerung aus.

Aufgrund der schwachen Finanzkraft der ostdeutschen Gebietskörperschaften kommt bei der Finanzierung der Infrastruktur den öffentlichen Finanztransfers neben der Kreditaufnahme eine herausragende Bedeutung zu. So beliefen sich die Infrastrukturinvestitionen von 1991 bis 1998 insgesamt auf schätzungsweise 227 Milliarden DM²⁶. Träger der Finanzierung sind vor allem der Bund und die Kommunen. Rund vier Fünftel der Finanzierung sind direkt transferabhängig, während ca. zehn Prozent auf kommunaler Ebene kreditfinanziert wurden.²⁷ Obwohl durch die Förderung die anfänglichen Standortdefizite erheblich verringert werden konnten, ist der Bedarf nach wie vor hoch, insbesondere in den wirtschaftsnahen Bereichen Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie Hochschulen und Forschung, wo gegenüber Westdeutschland noch eine Lücke von 46,8 Prozent beziehungsweise 43,9 Prozent klafft.²⁸

Die Wirkung der transferfinanzierten Infrastrukturmaßnahmen auf private Unternehmensentscheidungen läßt sich nur schwer abschätzen. Insgesamt gesehen dürften die Investitionsanreize, durch die die Kapitalkosten häufig ins Negative gedrückt wurden²⁹, die privaten Investitionsentscheidungen aber stärker beeinflußt haben als die infrastrukturelle Verbesserung. Der hier nach wie vor zu verzeichnende Rückstand des Ostens wird aber als ein Grund für das Ausbleiben des Erfolgs der Förderung der Kapitalstockbildung beziehungsweise des *Aufbaus Ost* angesehen.³⁰

Beschäftigung

Das Beschäftigungsproblem gehört zu den kompliziertesten und bisher am wenigsten gelösten Problemen der deutschen Einheit. Seit 1990 flossen gewaltige Transfermittel des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit in diesen Bereich. Sie bewirkten zwar keinen nennenswerten Zuwachs der (regulären) Beschäftigung, dafür aber eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes und eine soziale Entschärfung des Unterbeschäftigungsproblems (vgl. Tabelle 4).

26 Vgl. Alfred Müller: Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft ..., a.a.O., S. 11-13.

27 Vgl. IWH-Sonderheft, 3/1998, a.a.O., S. 8ff.

28 Vgl. DIW: Wochenbericht, 24/2000, Tabelle 3.

29 Vgl. Hans-Werner Sinn: Zehn Jahre ..., a.a.O., S. 16.

30 Vgl. IZA Compact, 9/2000, S. 3.

Tabelle 4: Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland¹

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Erwerbspersonen	9160	8234	7557	7368	7472	7443	7817	7780	7703	7666
Arbeitslosen-Quote in Prozent	2,6	11,1	15,5	15,6	15,3	14,1	15,0	17,5	17,9	17,5
ABM/ SAM	3	183	388	259	281	312	278	235	317	348
Weiterbildung	11	152	383	311	217	219	207	160	147	141
Altersübergangs- geld	239	189	516	639	524	341	186	58	1	1
Vorruhestand		365	295	214	126	33	0	0	0	0
§ 428 SGB III	0	0	1	1	2	7	30	79	93	89
Kurzarbeit ²⁾	345,6	898,0	196,7	81,4	43,4	36,7	36,7	24,3	16,2	12,2
Entlastung insges.	598,6	1787,0	1779,7	1505,4	1193,4	948,7	737,7	556,3	574,2	591,2
offene + verdeckte Arbeitslosigkeit in Prozent	8,9	30,7	35,2	32,3	28,7	25,5	23,7	24,3	25,0	25,0

1) jeweils Jahresdurchschnitt in Tausend

2) in Vollzeitäquivalenten

Quellen: BMWi: Wirtschaftsdaten Neue Länder, 3 und 10/2000, S. 16; Karl-Heinz Paqué: East-West-wage Rigidity in United Germany. Causes and Consequences, Kieler Arbeitspapiere, 572, Kiel 1993.

Während anfangs *passive* Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes (zum Beispiel Altersübergangs- und Vorruhestandsregelungen) überwogen, gelangten seit 1992 verstärkt *aktive* Maßnahmen (Weiterbildung, ABM und andere) zur Anwendung. Ihr Umfang wird jedoch seit 1997 wieder eingeschränkt, was sich im Anstieg der offenen und im Rückgang der verdeckten Arbeitslosigkeit dokumentiert. Da die Inanspruchnahme von Unterstützungen im Rahmen von ABM zeitlich befristet ist³¹, steht zu vermuten, daß vielfach eine Fluktuation zwischen verdeckter und offener Arbeitslosigkeit stattfindet. Für Maßnahmen der beruflichen Förderung in Ostdeutschland wurden 1991 bis 2000 rund 175 Milliarden DM aufgewandt. Da die Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland ein Einnahmedefizit aufweist, wurde der größte Teil dieser Leistungen über Zuschüsse des Bundes beziehungsweise über einen regionalen Finanzausgleich der Bundesanstalt für Arbeit finanziert. Der Zweck dieser Transferzahlungen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik ordnet sich in die allgemeine doppelte Zielsetzung der Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland ein. Zum einen soll sie die soziale Absicherung des Umbaus garantieren und zum anderen geht es darum, den Strukturwandel zu fördern. Die Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist mehrfach und mit unterschiedlichen Methoden empirisch untersucht worden³², allerdings ohne eindeutiges Ergebnis. In jüngster Zeit kristallisiert sich hierzu jedoch eher eine skeptische Haltung heraus.

Dazu trägt auch bei, daß sich trotz der enormen Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Ostdeutschland eine Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit abzeichnet. Auch sind mitunter ein ineffizienter Faktoreinsatz und die Verdrängung nicht geförderter Unternehmen als Folgen zu beobachten, was Anlaß zu einer Kürzung der Ausgaben in diesem Bereich bot.

31 Die Laufzeit beträgt in der Regel 12 Monate, Einzelheiten vgl. §267 SGB III.

32 Vgl. statt anderer Hedwig Prey, Benn Pfitzenberger, Wolfgang Franz: Wirkungen von Maßnahmen staatlicher Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Center for International Labor Economics, Konstanz 1997; Olaf Hübler: Evaluation beschäftigungspolitischer Maßnahmen in Ostdeutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216/1, Stuttgart 1997.

Seit 1990 vollziehen sich einschneidende Veränderungen in der ostdeutschen Beschäftigungsstruktur. Gegenwärtig findet ein Beschäftigungsrückgang beim Bau statt, aber kaum ein Stellenzuwachs im verarbeitenden Gewerbe. 83 Prozent aller Beschäftigten sind in Branchen tätig, die von der transfergestützten Binnennachfrage abhängen. Die Bereiche Staat und sonstige Dienstleistungen sind in Ostdeutschland noch immer deutlich beschäftigungsintensiver als in Westdeutschland, was zum Teil auf die Arbeitsförderung in Form von ABM und Lohnkostenzuschüssen im Rahmen von Strukturpassungsmaßnahmen (SAM nach §415 SGB III) zurückzuführen ist.

Hieran wird deutlich, in welchem Maße die ostdeutsche Wirtschaft derzeit noch eine *Transferökonomie* ist und dies in absehbarer Zeit auch bleiben wird. Ein transferunabhängiges Wachstum von Beschäftigung und Einkommen läßt sich nur auf der Grundlage von Produktivitätssteigerungen und wirtschaftlichem Wachstum erreichen. Dies aber setzt zuvor wiederum Transferleistungen voraus, mindestens im bisherigen Umfang, vor allem zum Zwecke der Infrastrukturentwicklung und der Investitionsförderung.

Was Ostdeutschland braucht, ist ein Programm zur Wirtschaftsentwicklung, das eine Investitionsoffensive in Gang setzt und so die Bedingungen für einen selbsttragenden Aufschwung schafft. Nur so lassen sich langfristig dann auch die Transferleistungen zurückführen. Alles andere dagegen führt zu keiner wirklich durchgreifenden Lösung. Ostdeutschland würde weiter hinter Westdeutschland zurückfallen und seine Transferabhängigkeit sich dadurch nicht verringern, sondern verfestigen.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus in
Zusammenarbeit mit dem Forum der Neuen Europäischen Linken
lädt am 12. und 13. Mai 2001 ein zur

Internationalen Berliner Konferenz

**»Für Eine Tolerante Gesellschaft –
Gegen Rechtsextremismus Und Rassismus«**

Veranstalter:

Die Partei des Demokratischen Sozialismus
Die Bundestagsfraktion der PDS
Das Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF)
Die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament

Veranstaltungsort:

Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin.
Nähere Informationen zu Inhalt und Konzept der Konferenz
im Internet unter www.pds-online.de oder
telefonisch unter 030 24009453

Kontakt:

Karl-Liebknecht-Haus, 10178 Berlin, Kleine Alexanderstraße 28
Tel.: 030 24009453
e-Mail: rechtsextremismuskonferenz@pds-online.de

JÜRGEN LEIBIGER

Die Eigentumsfrage im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts

Für den mainstream der politischen Ökonomie ist das Problem aus der Welt: Es gibt keine *Eigentumsfrage* mehr, das Privateigentum hat sich als überlegen herausgestellt und die Antwort auf drängende soziale Fragen der Gegenwart lautet: *Privatisierung*. In den programmatischen Dokumenten von Sozialdemokratie und Gewerkschaften wird das Problem umgangen.

Und innerhalb der sozialistischen Linken ist ein konträrer Umgang mit der Frage danach, welche Eigentumsverhältnisse unter heutigen Bedingungen und in Zukunft ein Höchstmaß an Fortschritt der menschlichen Wohlfahrt, an Würde und Gerechtigkeit ermöglichen, auszumachen. *Bodo Zeuner* ist zuzustimmen, wenn er feststellt, daß »die(se) theoretische Verwirrung ... national und international zur praktischen Hilflosigkeit der Linken gegenüber der neoliberalen Privatisierungsstrategie bei(trägt)«¹.

Eigentumsverhältnisse als »Verhältnisse der Individuen zueinander in Beziehung auf das Material, Instrument und Produkt der Arbeit«² prägen über die Ausformung von Interessen und Zielen in der gesellschaftlichen Produktion die gesellschaftlichen Entscheidungs- und Machtverhältnisse, die Formen der Aneignung und die Einkommensverteilung und damit die Reproduktion und die Regulationsweise der gesellschaftlichen Produktion. Die Frage des Eigentums, nach den Eigentümern, den Objekten des Eigentums, der Realisierung von Eigentum, Verfügung und Aneignung³ und den durch Eigentumsverhältnisse konstituierten anderen gesellschaftliche Verhältnissen bleibt somit von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft, ihren Zustand und ihre Zukunft.

Augenscheinlich wurde diese Rolle bei der Transformation der sozialistischen Länder, bei der die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in den Mittelpunkt der Restauration gestellt wurde. Damit wird auch das Abwenden mancher Theoretiker vom Eigentumsproblem⁴ ad absurdum geführt. Mag in der konkreten Politik mit einem abstrakten Aufwerfen dieser Frage auch nichts gewonnen sein, so stößt sie doch mit der Nase auf die konkreten Formen und Wirkungen von Eigentumsverhältnissen bei jeder Auseinandersetzung in der Umwelt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik usw. Dies bedeutet nicht das Reduzieren aller sozialökonomischen Fragen auf die Eigentumsfrage. Bestimmte Eigentumsverhältnisse lassen unterschiedliche Gestaltungen des Wirtschaftssystems und Varianten der Wirtschaftspolitik zu. Mit der Entscheidung für eine Eigentumsform sind Grundlagen, aber nicht das ganze System festgelegt.



Jürgen Leibiger – Jg. 1952; Dr. rer. oec. habil.; Studium der Mathematik und Datenverarbeitung in Halle, 1985/86 Dozent für politische Ökonomie in Addis Abeba, seit 1992 als Referatsleiter und Dozent für Volkswirtschaftslehre an einer Fortbildungsakademie, ehrenamtlicher Leiter des Arbeitskreises Dresden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, letzte Veröffentlichung: Globalisierung der Wirtschaft – Chance oder Trauma? In: Problemfeld Globalisierung, Texte zur politischen Bildung 27, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999. Foto: privat

Eine ausführlichere Fassung dieses Papiers war Gegenstand eines Workshops des Arbeitskreises Dresden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen am 2. Dezember 2000.

»Er (der Bericht – J.L.) betont schließlich als entscheidenden Punkt, daß längerfristig eindeutige Eigentumsrechte und ein breitgestreutes privates Eigentum notwendig sind, damit Märkte effizient und gerecht funktionieren können. (...) Eigentumsrechte sind das Herzstück der Anreizstrukturen in Marktwirtschaften. Sie entscheiden, wer Risiken trägt und wer an geschäftlichen Transaktionen gewinnt oder verliert.«
Weltbank: Vom Plan zum Markt. Weltentwicklungsbericht 1996, Washington D.C., S. III, 60.

»Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß.«
Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin 1993.

»Die Frage, ob das Privateigentum an den wichtigsten Produktions- und Distributionsmitteln auf Dauer mit den stofflichen, sozialen und moralischen Voraussetzungen menschlichen Zusammenlebens vereinbar ist, kann gegenwärtig nicht beantwortet werden.«
Georg Fülberth: Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten, Köln 1994, S. 196.

Für den historischen Bestand und die Gestaltung von Eigentumsverhältnissen ist der *Zusammenhang von Eigentum und Effizienz* entscheidend. Auch wenn Freiheit, Würde und Selbstbestimmung des Menschen bedingen, daß er nicht Objekt, sondern Subjekt von Entscheidungsgewalt und Verantwortung ist, also Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ausüben kann, so kann Eigentum, in welcher konkreter Form auch immer, für Sozialisten kein Wert und Ziel an sich sein, sondern »nur« die gesellschaftliche Form, in der sich die Aneignung der Natur vollzieht. Unabhängig von unseren Moralvorstellungen, Wünschen und Visionen wird historisch jene Eigentumsform überleben, die sich im Hinblick auf drei Aspekte als effizient erweist; *erstens* in bezug auf die Allokation der produktiven Kräfte entsprechend den Bedürfnissen (allokative Effizienz); *zweitens* bezüglich auf die Produktivkraftentwicklung (innovative Effizienz) und *drittens* hinsichtlich der Effizienz bei der Gewährleistung gesellschaftlich akzeptierter Lebensverhältnisse (soziale Effizienz).

Für das erneute Aufwerfen der Eigentumsfrage sind vor allem zwei analytische Vorbedingungen zu schaffen: die Analyse der Eigentumsverhältnisse des Sozialismus des vorigen Jahrhunderts und seines Scheiterns und die Analyse des Eigentums und seiner Entwicklungstrends im postfordistischen Kapitalismus der Gegenwart.

Das Scheitern des Sozialismus

Die zentrale Bedeutung der Eigentumsfrage zeigte sich auch bei der Suche nach den Ursachen für das Scheitern des realen Sozialismus, mögen auch theoretische Mißverständnisse, Unfähigkeit, äußerer Druck, subjektive Fehler und andere Faktoren eine Rolle gespielt haben. Das Fehlen von Eigentum, mit dem sich das produzierende Individuum identifizieren konnte, hatte zwei weitreichende Folgen.

Erstens fehlte ein auf Verfügung und Aneignung beruhendes Anreizsystem für den einzelnen. Die Gesellschaft war damit im Gegensatz zu allen politischen Bekundungen und allem organisierten Willen innovationsfeindlich und lag letztlich im Wettstreit um Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution gegenüber dem Kapitalismus hoffnungslos zurück.

Zweitens war mit dem staatlichen Eigentum und der zentralen Planung der Markt als Regulierungsmechanismus weitgehend außer Kraft gesetzt. Despotismus, Inflexibilität, Fehlplanungen, Ressourcenverschwendung, Mangel und Schwarzmärkte waren die Folge.

Diese beiden Faktoren führten zur Erosion der ökonomischen Grundlagen vieler sozialer Errungenschaften und machten die Untertlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus aus⁵. Da die vielfältigen Versuche in der Geschichte des realen Sozialismus, den Wirtschaftsmechanismus zu reformieren und effektiver zu gestalten, allesamt gescheitert sind, liegt angesichts der weiteren dynamischen Ausbreitung des Kapitalismus der Schluß nahe, daß die Produktivkräfte und der Grad der Vergesellschaftung der Produktion nicht reif für flächendeckendes gesamtgesellschaftliches Eigentum waren.

Wladimir I. Lenin war sich dieser Unreife bewußt, wenn er das Überleben der russischen Revolution von einem Umbruch in Deutschland mit ungleich höher entwickelten Produktivkräften abhängig machte und forderte, der mit der Revolution vollzogenen formalen

Vergesellschaftung durch Konfiskation müsse eine »tatsächliche Vergesellschaftung der Produktion« folgen. Das heißt, er kannte das Problem von Reifegraden und Schritten der Vergesellschaftung, aber er glaubte zunächst, es auch in der umgekehrten Reihenfolge lösen zu können. Die *Neue ökonomische Politik* fußte auf der Erkenntnis dieses Irrtums; sie wurde nach seinem Tod abgebrochen.

Die Tragik, »zu früh« oder »zu weit« mit einer gesellschaftlichen Idee und ihrer Verwirklichung vorgeprellt zu sein, teilen die Sozialisten mit vielen Revolutionären. Gleichwohl sind diese Bewegungen historisch notwendig. Wie bei der Suche eines Senders im Radio, wenn der Punkt des besten Empfangs auf der Sendeskala nicht bekannt ist und die Feinabstimmung dadurch erfolgt, daß über diesen Punkt hinaus gegangen wird, um ihn genauer erst im Rückwärtsgang zu finden, kann sich auch der gesellschaftliche Fortschritt oft erst infolge von Iterationen und Suchprozessen vollziehen. Dieses »zu früh« bezieht sich ausdrücklich nicht auf die historisch-politische Legitimation der Machtergreifung durch Sozialisten, wenn die Möglichkeit dafür besteht. Worum es hier geht, ist das Problem des Eigentums, also die Frage, wie im Frühsozialismus diese Macht bei der Gestaltung von historisch angemessenen und progressiven Eigentumsverhältnissen genutzt wurde.

Eigentumsverhältnisse im postfordistischen Kapitalismus

Die klassische Begründung für die radikale Lösung der Eigentumsfrage durch Enteignung und Schaffung gesellschaftlichen Eigentums fußt auf zwei Aussagen: wachsende Vergesellschaftung der Produktion auf der einen und wachsende Konzentration und Zentralisation von Eigentum bei Verelendung des Proletariats auf der anderen Seite. Die Erweiterungen dieses Ansatzes durch die Imperialismustheorie, die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie die Theorie der »Allgemeinen Krise« beinhalteten zwar Modifizierungen, schrieben diesen Trend einer Zuspitzung des Grundwiderspruchs, des Zutreibens auf einen Höhepunkt durch die historische Extrapolation von realen Tendenzen in der Eigentumsentwicklung fort.

Diese Prognose hat sich so nicht bestätigt. Und obwohl die meisten Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts auf diesem Gebiet registriert und beschrieben wurden, fanden sie entweder ungenügende Berücksichtigung oder ihre Bedeutung für die Potenzen und die Zukunft des Kapitalismus wurden falsch eingeschätzt. Welche Modifizierungen der Eigentumsverhältnisse sind hervorzuheben?

In der Tat hat sich eine gewaltige *Konzentration und Zentralisation* vollzogen. Es entstanden und entstehen internationale Monopole und staatsmonopolistische Komplexe, die sich teilweise einer nationalen Regulierung entziehen oder diese sich unterzuordnen vermögen. Durch neue Formen des Finanzkapitals wird der Prozeß der Verfügung über fremdes Eigentum, das Abladen von Kosten und Risiken der Kapitalverwertung auf die Gesellschaft weiter vorangetrieben. Einerseits wird der Besitz zum Beispiel von Aktien und Fonds weit gestreut, andererseits bleibt die Verfügung über diese Kapitalmassen in der Hand weniger Banken und Fondsgesellschaften. Aber diese Entwicklung verlief keineswegs so linear auf einen Punkt zu, wie ursprünglich angenommen wurde. Mit dem enormen Wachstum der

»Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an ihre Stelle, bevor nicht die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«
Karl Marx: Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 9.

kapitalistischen Wirtschaft und dem Entstehen neuer Wirtschaftszweige wurde die Konzentrations- und Zentralisationsbewegung vielfach durchbrochen. Große Monopolgebilde zerbrachen wieder oder wurden im weltweiten Maßstab in Frage gestellt. Die Innovationsdynamik hat in Verbindung mit neuen Zweigen der Produktion immer wieder neuen Raum geschaffen für die Entstehung von kleinen und mittleren Unternehmen und nicht-kapitalistischen Eigentumsformen. *Marx* unterschätzte Umfang und Dynamik der Neuerungen vor allem auf dem Feld der Konsumgüter, die zu einer Vielzahl von neuen Produktionszweigen mit sehr differenzierten Produktionsstrukturen führten. Die sich immer wieder durchsetzende Bewegung von Konzentration und Zentralisation ist damit nicht aufgehoben, die Vergesellschaftung der Produktion stellt sich jedoch weit differenzierter dar als vorausgesagt. Neben den Eigentumsformen, die für das 19. Jahrhundert typisch waren, entstanden vielfältig andere, nicht typisch kapitalistische Formen: genossenschaftliches, staatliches, Eigentum der Länder, kommunales, internationales, öffentliches Eigentum in gemeinnützigen Bereichen, gemischte Formen. Daneben hat sich ein beträchtlicher Bereich des kleinen und mittleren Kapitals und von einfachen Warenproduzenten (einschließlich Freiberufler) erhalten und weiterentwickelt. Obwohl häufig selbst nicht-kapitalistische Unternehmen faktisch wie kapitalistische agieren oder der Verwertung von privatem Kapital ›zuarbeiten‹ müssen, bleibt festzuhalten, daß damit dem konkreten Grad des gesellschaftlichen Charakters der Produktion in einer spezifischen Weise entsprochen wird.⁶

»Die volle Entwicklung des Kapitals findet also erst statt ... sobald ... der ganze Produktionsprozeß ... nicht als subsumiert unter die unmittelbare Geschicklichkeit des Arbeiters, sondern als technologische Anwendung der Wissenschaft (bestimmt ist). (...) Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswerts. Die Surplusarbeit der Masse hat aufgehört, Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie die Nichtarbeit der wenigen für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes. Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen ...«
Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 595, 601.

Die *Transnationalisierung der Wirtschaft* hat eine neue Dimension erreicht. Auch das Eigentum gewinnt transnationalen Charakter, Verfügung und Aneignung sind in einen internationalen Kontext gestellt. Der Zusammenhang zwischen Eigentum, Verfügung und Aneignung wird dadurch verwickelter und undurchsichtiger.

Der *private Charakter der Aneignung* erfährt wesentliche Modifizierungen. Es haben sich Formen der gesellschaftlichen Aneignung entwickelt, die so nicht antizipiert worden waren. Das Kapital ist eingebunden in nationale und internationale Regulierungsformen. Auch wenn es diese teilweise zu beherrschen oder zu kompensieren vermag und heute daran arbeitet, diese Einbindung zurückzudrängen (Deregulierung), so bleibt doch der Tatbestand einer Relativierung der absoluten Verfügungsmacht bestehen. Zwischen dreißig und fünfzig Prozent der gesellschaftlichen Produktion ist über Steuern und Abgaben der direkten Verfügung und Aneignung.

Wir sind mit einem *Bedeutungszuwachs nicht-gegenständlicher Produktivkräfte* (Informationen, Wissen) und der damit verbundenen Infrastruktur sowie die Einbeziehung neuer Naturelemente in den Kreis der Produktivkräfte (Gene, Funkfrequenzen, Weltraum usw.), das heißt mit der Konstituierung von Eigentum über Dinge, die bisher nicht Gegenstand von Eigentumsverhältnissen waren⁷, konfrontiert. In bezug auf bestimmte dieser neuen Produktivkräfte einschließlich der gesellschaftlichen Wissens- und Informationsmassive geht die Gesellschaft stillschweigend von einem staatlichen Eigentum aus, das vom Staat verkauft werden kann (zum Beispiel UMTS – Lizenzen, Umweltzertifikate, Lizenzen zur Genmanipulation). Die Produktion erfolgt in wachsendem Maße unter Rückgriff auf Produktions-

mittel und Strukturen, die zunächst (zum Beispiel in Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen) öffentliches Eigentum sind. Die gesellschaftliche Produktion vollzieht sich bereits in gewissem Maße im Rahmen öffentlichen Eigentums, die private Aneignung erfolgt entweder durch Enteignung der Gesellschaft, mit und ohne Entschädigung oder durch stillschweigende private Verfügung. In der bereits erwähnten Arbeit von Rifkin wird ausführlich geschildert, wie Information, Wissen, Erfahrung und Kultur in den kapitalistischen Kreislauf einbezogen werden und von »neuen Tycoons« nicht nur als Produktionsmittel privatisiert werden, sondern auch zu einer totalen Beherrschung und Manipulation der Konsumentenseite führen.⁸

Die Arbeiterklasse ist kein Proletariat mehr, das nichts anderes zu verlieren hat als seine Ketten. Trotz einer neuen Armut und sogar verstärkter Tendenzen einer Armut in der Arbeit (working poor) haben die arbeitenden Klassen heute sehr wohl viel zu verlieren. Dazu gehören ein beträchtliches Vermögen an dauerhaften Konsumgütern, ein – im Vergleich zum vorigen Jahrhundert – hohes Lebensniveau, soziales Forderungsvermögen, das heißt Ansprüche auf soziale Absicherungen im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter, ein erhebliches Maß an gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten über parlamentarische Demokratie, Gewerkschaften sowie betriebliche Institutionen der Mitbestimmung. Wichtige Ziele der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts wurden im Rahmen des fordistischen Kapitalismus verwirklicht.

Dies sind in der Tat Modifizierungen der Eigentumsverhältnisse, handelt es sich dabei doch um Formen von Verfügung und Aneignung. Eine einheitliche Entwicklung der Klasse, eine Art ›Vermasung‹ hat nicht stattgefunden. Dafür setzte eine Fragmentierung ein, das heißt deutliche innere Differenzierung, die Herausbildung und Durchsetzung begrenzter Teilinteressen. Daneben haben sich zum Beispiel unter dem Stichwort »Arbeitskraftunternehmer« neue Formen von Arbeitsbeziehungen entwickelt, deren Ziel »neben der Reduktion der Kosten der verstärkte Zugriff auf bisher nur unzureichend verwertete menschliche Fähigkeiten ist«⁹, also auf die Totalität von physischen, geistigen, kommunikativen und kreativen Kräften, die jedoch auch erweiterte Spielräume und Autonomien der abhängig Beschäftigten einschließen und worin natürlich auch Chancen einer progressiven Entwicklung liegen.

Die *Verelendungstendenz zeigt sich in einer ganz anderen Weise*, als dies erwartet worden war. Während Lohnquote und Arbeitnehmerquote in den entwickelten kapitalistischen Ländern seit einhundert Jahren keine dramatischen Veränderungen in Richtung einer Zuspitzung der Polarisierung erfahren haben (sie schwanken um 60 bis 70 beziehungsweise 80 bis 90 Prozent), verläuft heute ein gefährlicher sozialer Riß zwischen den zwei Dutzend der reichsten Länder und der übrigen Welt. Der Abstand im Pro-Kopf-Einkommen (zu dem die innere soziale Differenzierung noch hinzukommt) zwischen dem reichsten und dem ärmsten Drittel hat sich seit zirka hundert Jahren versechsfacht und wächst rapid weiter; die Zahl der absolut Armen wird von 1,2 (1987) auf 1,9 Milliarden 2015 steigen.¹⁰ Wenn es heute ein »Proletariat« gibt, dann in wachsendem Umfang in den Entwicklungsländern.

»Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihre kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert«
Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 791.

Insgesamt muß eine starke innere Differenzierung des kapitalistischen Eigentums und die Entstehung anderer Eigentumsformen konstatiert werden. Zunehmend notwendig sind die Unterscheidung von formal juristischem Eigentum, von Besitz, Verfügung und damit Entscheidungsgewalt und Macht sowie der Aneignung in Form von Einkommen. Diese innere und äußere Differenzierung der Eigentumsverhältnisse hat wesentliche Bedeutung für die Entscheidungsmechanismen in der Wirtschaft. Vielfache Interessen, Bedingungen, Einflüsse und Institutionen werden in widersprüchlicher Weise wirksam. Das formal juristische Eigentum ist zwar auch formal mit einer Verfügungsgewalt verbunden, in der ökonomischen Realität jedoch häufig an ein Management delegiert, das nicht mehr auf der Identität von Eigentümer und Unternehmer beruht, sondern sich als eine relativ selbständige Form der Machtrealisierung entwickelt hat und daraus Aneignungsansprüche ableitet.

»Die Abschaffung der gesellschaftlichen Klassen ... hat zur Voraussetzung einen Höhegrad der Entwicklung der Produktion, auf dem Aneignung der Produktionsmittel und Produkte und damit der politischen Herrschaft, des Monopols der Bildung und der geistigen Leitung durch eine besondere Gesellschaftsklasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist.«

Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd.19, S. 225.

Die Realisierung des kapitalistischen Eigentums ist einer internen und einer externen Brechung unterworfen. Unter der *internen* Brechung wird hier zum einen das zunächst formale *Miteigentum* von Arbeitnehmern an Produktionsmitteln verstanden, zum Beispiel in Form von Belegschaftsanteilen, Aktien und Aktienfonds. Zum zweiten entwickelt, der – so formal sie oft sein mag – die Möglichkeit der Begrenzung einer rein profitorientierten Entscheidungsgewalt innewohnt. Unter *externer* Brechung sei die staatliche und überstaatliche Rahmensetzung für Entscheidungsbefugnisse über Produktionsmittel und Produktion verstanden, zum Beispiel in der Form von Normen, Auflagen und Genehmigungsverfahren, sowie der staatliche Eingriff in die Aneignung, bei der Primärverteilung durch die gesetzliche Verankerung der Tarifhoheit und durch die Gestaltung der Sekundärverteilung.

So sind in einer Aktiengesellschaft formal-juristisch die Besitzer von Aktien Eigentümer; sie realisieren Eigentum, indem sie Stimmrechte wahrnehmen, Dividendenzahlungen erhalten oder Aktien veräußern. Aber dieses formal-juristische Eigentum ist nicht notwendig mit tatsächlicher Verfügungs- und Entscheidungsgewalt verbunden. Die Verfügung ist teilweise Fondsverwaltern und Banken übertragen und als weitere Schicht schiebt sich das Management zwischen die Eigentümer und das Objekt des Eigentums. Hinzu kommt ein Netz von rechtlichen Regelungen, externen privaten und öffentlichen Kontrollinstanzen, Wirtschaftsprüfern, Rating-Agenturen usw., die auf die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt Einfluß ausüben.

Diese Brechung des Eigentums hat Auswirkungen auf die Aneignungsprozesse. Wohl erhält der Aktienbesitzer Zahlungen, aber nur mit beträchtlichen Abschlägen für das Management und für die Verwaltung der Aktien durch Banken und Fondsverwalter. Andererseits sind diese Aneignungsverhältnisse auch durch die Zahlung von Sozialabgaben seitens der kapitalistischen Unternehmen gebrochen. Insgesamt haben diese Umverteilungsvorgänge beträchtliche Dimensionen erreicht.

Diese Brechungen schließen Fremdverfügung und -aneignung ein. Staatliche Machtpositionen und staatliche Verfügung über Einkommensanteile wurden selbst zu einem Feld der sozialen und Konkurrenzauseinandersetzung. Dieser staatliche Bereich (Bund, Länder

Kommunen und immer stärker der supranationale Bereich) ist relativ selbständig und er liegt nicht ausschließlich im direkten Zugriff des Kapitals, sondern ist aufgrund der parlamentarischen Demokratie auch anderen Einflüssen ausgesetzt.

Soziale Auseinandersetzungen und kapitalistisches Eigentum

Obwohl der soziale und natürliche Zustand unserer Welt und gefährliche Tendenzen seiner weiteren Entwicklung ein radikales Umsteuern notwendig erscheinen lassen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß es deshalb keinen Verzicht auf soziale Auseinandersetzungen im Kapitalismus geben kann.

Ausgangspunkt für eine realistische Politik ist die Tatsache, daß es keine monolithisch strukturierten, sondern verschieden ausgeprägte Eigentumsverhältnisse im nationalen und internationalen Rahmen gibt. Das heißt, die Eigentumsfrage läßt sich nicht nur als ein schlechthin *gesam*gesellschaftliches Problem betrachten. Es gibt keinen einheitlichen Reifegrad der Vergesellschaftung, weder auf der Ebene eines Landes noch gar der Welt. Staatliches, kommunales oder genossenschaftliches Eigentum existieren auch im Kapitalismus. Privatkapitalistisches Eigentum vermag nach wie vor ein »effektiver« gesellschaftlicher Rahmen der Produktivkraftentwicklung auch dann zu sein, wenn diese Entwicklung von unsozialen Zügen begleitet wird. Es kann also auch nur eine ähnlich differenzierte Strategie zur notwendigen gesellschaftlichen Alternativen führen. Der internationale Charakter von Produktion, Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen und ihrer Widersprüche kann offenbar auch nicht bedeuten, daß nur eine global umfassende, einheitliche Gesamtstrategie gesellschaftliche Fehlentwicklungen und Sackgassen vermeidet.

Die Felder einer sozialistischen Eigentumpolitik im Kapitalismus sind somit differenzierter und vielfältiger als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Vor allem muß ein Unterschied gemacht werden zwischen den Ländern mit einer langen kapitalistischen industriellen und demokratischen Tradition und Ländern, die davon abgekoppelt wurden.

Für die hochentwickelten kapitalistischen Staaten lohnt es sich, die Überlegungen zu einer alternativen Wirtschaftspolitik, wie sie dort bereits lange vor dem Kollaps des Sozialismus zum Beispiel in Frankreich, Schweden und Italien ausgearbeitet worden waren, erneut zu prüfen, beruhen sie doch auf jahrzehntelangen Erfahrungen in der praktischen wirtschaftspolitischen Arbeit auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Wirtschaft: Gewerkschaftsarbeit, parlamentarische und außerparlamentarische Opposition und Regierungsbeteiligung. Diese Erfahrungen besagen, »daß die Hoffnung, hauptsächlich über eine umfangreiche Verstaatlichung und durch mehr staatlichen – und das heißt zentralstaatlichen – Einfluß eine andere gesellschaftliche Entwicklungsrichtung einleiten zu können ... nicht mehr zu finden ist. (...) Ein wichtiges Steuerungsinstrument im Rahmen von demokratischen Umbaukonzepten der Wirtschaft ist eine meist als basisnah begriffene demokratische Kontrolle von strukturbestimmenden Entscheidungen in Unternehmen. Dabei steht der Mobilisierungsaspekt vielfach im Vordergrund: Demokratische Gestaltung ökonomischer Strukturen muß auf der Ebene ansetzen, wo die unmittelbare

- »1. Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
2. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
3. Die Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfall der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.«
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 14.

Betroffenheit angesiedelt ist, wo eine Mitwirkung an Entscheidungen spürbare Auswirkungen für die Entscheidungsträger mit sich bringt.«¹¹

Neben der Berücksichtigung der Existenz eines beträchtlichen öffentlichen Sektors, von genossenschaftlichem Eigentum, von kleinem und mittlerem Eigentum muß bei den privatkapitalistischen Formen die oben charakterisierte Differenzierung der Realisierung von Eigentum nach interner und externer Brechung berücksichtigt werden. Dies kompliziert einerseits die Situation, aber andererseits eröffnen sich damit neue Chancen einer alternativen Politik. In einer Zeit, da die Rücknahme bestimmter sozialer Positionen droht, wird diese Auseinandersetzung und die kreative Suche nach Alternativen an Bedeutung gewinnen.

Für die Theorie und Praxis einer solchen alternativen Eigentums politik ist auch die Besinnung auf Arbeiten und Diskussionen der deutschen Sozialdemokratie seit den zwanziger Jahren unter dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie von Bedeutung¹². Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Politik wurden nicht nur erörtert, sondern teilweise auch praktisch ausgelotet, bevor die Sozialdemokratie, mit Ausnahme ihres linken Flügels, zum Beispiel der Autoren der »Herausforder Thesen« von 1980 in der Bundesrepublik¹³, allmählich immer weiter von diesen Vorstellungen abrückte¹⁴.

Die Hauptrichtungen einer solchen Politik sind die Zurückdrängung der ausschließlich profitorientierten privaten *Verfügung* über die Produktionsmittel (gleichgültig ob diese Privateigentum oder formal öffentliches Eigentum sind), und damit der Hegemonie des Kapitals, und die Beeinflussung der *Aneignung*, das heißt Vermögens- und Einkommensverteilung (siehe die folgende Übersicht).

	Einfluß von »unten« (betriebliche/ basisdemokratische Ebene)	Einfluß von »oben« (parlamentarische Demokratie)
Verfügung	zum Beispiel: – Mitbestimmungsmodelle – Vermögenspolitik – Beteiligungsmodelle	zum Beispiel: – soziale Bindung – demokratische Kontrolle – staatliche Regulierung
Aneignung/ Verteilung	zum Beispiel – Tarifpolitik – betriebliche Formen	zum Beispiel – Steuer und Abgabepolitik, – soziale Sicherungssysteme

Über dieses Agieren in den bestehenden Strukturen hinaus ist die Entwicklung von praktikablen Kriterien notwendig, welche Eigentumsformen aus der Sicht progressiver sozialpolitischer Ziele im konkreten Einzelfall anzustreben. Diese Frage steht angesichts der Bemühungen, auf die Misere öffentlicher Haushalte mit dem Verkauf öffentlichen Eigentums zu reagieren, in vielfältiger konkreter Weise vor der Kommunal- und Landespolitik wie der Bundespolitik. Dies betrifft nicht nur bereits existierende kommunale und staatliche Aufgaben und Betriebe, sondern vor allem auch das Eigentum an den neuen Produktivkräften, die zunehmend im Zentrum der Verwertung stehen. Die bloße Verweigerung gegenüber der Privatisierung muß

deshalb durch eine konkrete, an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung ausgerichteten Strategie ersetzt werden.

Diese Überlegungen gehen davon aus, daß andere Eigentumsverhältnisse, ganz oder stückweise geschaffen werden müssen und daß dieser Prozeß im Kapitalismus bereits Realität ist und weiter Raum greifen muß. Art und Umfang der jeweiligen Schritte und ihrer Formen werden von Fall zu Fall konkret zu bestimmen sein; entscheidend bleibt immer das Kriterium des sozialökonomischen Fortschritts.

Unübersehbar sind jedoch auch die Grenzen dieser Politik. Bezogen auf die Vermögenspolitik in verschiedenen Ländern stellt eine jüngste Analyse fest: »Insgesamt gilt das ernüchternde Fazit: Investivlöhne, Gewinn- und Kapitalbeteiligungen, wie sie in den verschiedenen Ländern praktiziert werden, halten bei weitem nicht das, was ihre Protagonisten versprechen. Sie werden als Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik massiv überschätzt und mit viel zu vielen Ansprüchen überfrachtet. Eine Wunderwaffe gegen zunehmende Vermögenskonzentration, für mehr Einkommensgerechtigkeit, mehr Beschäftigung und höheres Wirtschaftswachstum sind sie wahrlich nicht.«¹⁵

Die Zukunft des Eigentums

Die antikapitalistischen Bewegungen, vor allem auch die Arbeiterbewegung, haben zur Zeit noch keine angemessene Antwort auf die neue Situation in der sozialen Auseinandersetzung gefunden.¹⁶ Weder gibt es Klarheit in bezug auf das Zerbrechen der traditionellen Arbeitsbeziehungen und auf die Transnationalisierung von Kapital und Wirtschaft, noch gilt dies in bezug auf die Implosion des sowjetischen Sozialismusmodells und der Krise der sozialistischen Bewegung.

Aber diese Situation relativiert nicht die Tatsache, daß der fordistische Kapitalismus in einer Krise steckt, verbunden mit wieder wachsender Ungleichheit zwischen den Klassen und heute mehr denn je zwischen den Ländern des kapitalistischen Zentrums und der Peripherie des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Und dieser Trend scheint sich nicht abzuschwächen. Das heißt, die Anerkennung der Effizienz von Privateigentum und Marktregulierung auf vielen Gebieten oder die Anerkennung der Tatsache, daß auch kapitalistisch geprägte Entwicklungen ihre Laufzeit vielleicht noch nicht beendet haben, bedeutet keineswegs, die neoliberale Politik von Privatisierung und Deregulierung als die Lösung dieser Probleme zu betrachten. Sie bedeutet auch nicht, von der Vision einer Gesellschaft, verbunden mit gesamtgesellschaftlicher Rationalität und Planung auf der Basis gesellschaftlichen Eigentums, abzurücken.

Zwei Gruppen von Fragen hinsichtlich anderer Eigentumsverhältnisse bedürfen der Antwort: *erstens* Fragen des Übergangs zu solchen neuen Verhältnissen sowie *zweitens* Fragen nach den neuen Verhältnissen selbst.

Zum ersten Fragenkomplex wäre vor allem darauf zu verweisen, daß sich trotz aller durch die Globalisierung der Produktion bedingten Vereinheitlichungstendenz der Produktionsverhältnisse zeigt, daß ein dadurch vielleicht wiederbelebter Ansatz zur gewaltsamen weltrevolutionären Überwindung alter Eigentumsverhältnisse praktisch

»Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum überführt werden. Für die Entschädigung gilt Art. 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.«
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 15.

»Das Grundgesetz garantiert weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt noch eine nur mit marktkonformen Mitteln zu steuernde ›soziale Marktwirtschaft‹. Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes besteht lediglich darin, daß sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden hat. Dies ermöglicht dem Gesetzgeber die ihm jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern er dabei das Grundgesetz beachtet.«
 Entscheidungsversammlung des Bundesverfassungsgerichts, BVerfGE 4, 7 ff., 17 f, sogenanntes Investitionshilfeurteil.

»(Der Artikel 15 [Sozialisierungsermächtigung] bleibt) ... das fortbestehende Angebot an denjenigen, der die augenblickliche Wirtschaftsordnung ablehnt, innerhalb der grundgesetzlichen Ordnung und nicht außerhalb dieser für seine Ziele zu kämpfen.« von Ingo Münch, Philipp Kunig: Grundgesetz-Kommentar, Bd. 1, München 1992, S. 907.

in eine Sackgasse führt. Politische Veränderungen sind nur als ein Prozeß, stufenweise, im Zick-Zack, mit Versuchen und Irrtümern denkbar. Er wird nach allen Erfahrungen längere Zeiträume in Anspruch nehmen.

Es »... wäre gut möglich«, mutmaßt *Hobsbawm*, »daß die Debatte, die den Kapitalismus und den Sozialismus als sich gegenseitig ausschließende, konträre Gegensätze darstellte, von zukünftigen Generationen nur als Relikt der ideologischen Kalten Religionskriege des 20. Jahrhunderts gesehen wird«¹⁷. Daraus folgt der Abschied vom Gedanken eines ausschließlich sprunghaften »revolutionären Übergangs« von der alten Formation zu einer anderen Gesellschaft und von strikten Grenzen zwischen ihnen.

Theoretisch und praktisch können der Kampf um politischen Macht von Sozialisten, die Schaffung neuer oder modifizierter gesellschaftlichen Verhältnisse und die Schaffung einer neuen Produktionsweise getrennt betrachtet werden. Der nationale Stand der Produktivkraftentwicklung, soziale, kulturelle und politische Traditionen und konkrete Kräfteverhältnisse bestimmen, auf welchen Gebieten welche Eigentumsveränderungen in Angriff genommen werden. Die Hegemonie von Sozialisten im Rahmen eines Bündnisses oder selbst von Sozialisten in einem Einparteiensystem muß nicht Sozialismus bedeuten.

Die chinesischen Kommunisten erklären, eine sozialistische Marktwirtschaft aufzubauen, aber eine Hauptrichtung ihrer praktischen Politik besteht in der Schaffung auch kapitalistischen Eigentums in vielen Wirtschaftsbereichen bei Beibehaltung der Dominanz der staatseigenen Wirtschaft in den wichtigen Branchen und Schlüsselbereichen.¹⁷ Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft spricht durchaus für diesen Weg, trotz aller Widersprüche. Neue gesellschaftliche Verhältnisse sind aber auch in Form eines »aufgeklärten Kapitalismus«, einer progressiveren Variante des ›Rheinischen Kapitalismus‹, einer Verstärkung des sozialen Fortschritts denkbar. Und für die Zukunft muß die Option einer neuen Produktionsweise mit der Dominanz neuer Eigentumsverhältnisse weiterhin denkbar bleiben.

Die Eigentumsfrage muß nicht gewaltsam gelöst werden, auch wenn ein bestimmtes Kräfteverhältnis erforderlich ist und letztlich politische Macht oder Teilhabe an ihr voraussetzt. Der Übergang kann mit juristisch legalen Mitteln erfolgen, wie sie beispielsweise im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind. Und die der Restauration des Kapitalismus in Ostdeutschland vorausgehende Wende hat gezeigt, welche Formen der Verquickung von spontanen, revolutionären Umbrüchen, Gewalt und Gewaltverzicht denkbar sind. Gerade der 89er Herbst in der DDR beweist, daß auch in einem hochentwickelten Land Massendemonstrationen und Massenstreiks – also der Luxemburgsche Weg zum Sozialismus – keine überholten Formen der sozialen Auseinandersetzung sind, auch wenn ein Warten hierauf Unsinn wäre. Aber wer würde andererseits negieren, daß ein Volk in einer Diktatur oder die Bewohner der Slums und Müllhalden in Asien, Afrika und Südamerika oder ein Volk vielleicht im Angesicht einer Kriegskatastrophe einen gewaltsamen Weg wählen muß? Auch das deutsche Grundgesetz kennt das Widerstandsrecht. In reichlich fünfzig Jahren wird sich die Weltbevölkerung fast

verdoppelt haben und sich in städtischen Molochen konzentrieren; Arbeitslosigkeit und Elend werden dramatische Ausmaße annehmen, verbunden mit dem Fehlen elementarer Bildung und mit nackter Existenzangst.

Die Hoffnung auf einen zivilen und friedlichen Weg der Veränderung in diesen Ländern dürften angesichts dessen nicht allzu groß sein. Vielleicht mündet aber auch ein gewaltsamer Weg nicht in Bürgerkrieg und Chaos, in neue Diktaturen oder faschistische Abenteuer, sondern eröffnet sozialistischen Kräften einen demokratischen Weg zur Hegemonie. Sozialisten und ihre Verbündeten werden nicht auf eine Katastrophe hoffen, die sie an die Macht spült, sondern sich im Kapitalismus als demokratische Alternative anbieten und praktisch bewähren. Von den konkreten historischen und nationalen Bedingungen, unter denen Sozialisten Hegemoniepositionen erreichen, wird entscheidend mitbestimmt, wie und welche Eigentumsverhältnisse konkret gestaltet werden.

Mit Bezug auf den *zweiten* Fragenkomplex nach den neuen Verhältnissen muß zunächst festgehalten werden, daß die Aufhebung der kapitalistischen Form des Eigentums und der Ausbeutung gerechte, sozialistische Ziele bleiben. Die Schaffung von Eigentumsverhältnissen, welche die Würde und Selbstverwirklichung des Individuums ermöglichen, das Umwerfen aller Verhältnisse, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«¹⁹, ist wünschenswert und notwendig. Entscheidend bleibt jedoch für praktische Politik, welche Eigentumsverhältnisse unter bestimmten historischen Bedingungen das höchste Maß an Produktivkraft- und Wohlstandsfortschritt ermöglichen. Die weitgehende Akzeptanz des Kapitalismus – selbst die Ärmsten dieser Welt in den unterentwickelten Ländern wollen heute an ihm teilhaben und nehmen Ausbeutung und Ungerechtigkeit in Kauf – zeigt, daß die Menschen nur eine Gesellschaft akzeptieren, die dies ermöglicht. Die vielleicht höhere soziale Gerechtigkeit im Sozialismus des vorigen Jahrhunderts war mit einer Stagnation der Wohlfahrtsentwicklung und drohendem Rückschritt verbunden. Neue Verhältnisse müssen eine höhere soziale, innovative und allokativen Effizienz aufweisen, sollen sie nicht erneut zum Untergang verurteilt sein.

Differenziertheit und Komplexität der Produktivkräfte erfordern auch zukünftig ebenso differenzierte Eigentumsverhältnisse, wie sie in der gegenwärtigen Gesellschaft existieren. Damit bleibt die Koordination der Wirtschaft über Marktbeziehungen unentbehrlich. Die nahezu totale Vereinheitlichung des Eigentums im Sozialismus des vorigen Jahrhunderts, die Enteignung mit dem Ziel der Verstaatlichung und die damit verbundene weitgehende Eliminierung der Märkte hat sich als Sackgasse erwiesen. Die gesamtgesellschaftliche Rationalität und Planung müssen historisch weiter an Bedeutung gewinnen, werden aber die marktförmige Regulation nicht ausschließen. Es bleibt eine theoretische und praktische Aufgabe, jene Felder zu finden, wo gesellschaftliche Rationalität und solidarische Beziehungen und damit differenzierte Formen des gesellschaftlichen Eigentums eine höhere Effizienz aufweisen, als die Allokation über Markt- und Konkurrenzbeziehungen. Welche Aspekte müssen dabei eine Rolle spielen?

»Aber diese Frage ist nicht mehr eine des prinzipiellen Gegensatzes von Markt und Plan, von modellhaften Vorstellungen einer sozialistischen Ökonomie mit völlig anderen Eigentumsverhältnissen bzw. genauer Vorstellung einer Systemgrenze, vor der noch eine ›soziale Marktwirtschaft‹ im Rahmen des ›rheinischen Kapitalismus‹ existiert und hinter der die neue ›sozialistische Marktwirtschaft‹ beginnt.«
Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999, S. 264.

(A) Es sei an *Marx'* Feststellung in den *Grundrissen* erinnert, daß die Wertproduktion erst dann überwunden werden kann, wenn die un-mittelbare Arbeit aufgehört hat, die Hauptquelle des Reichtums zu sein. Dieser Reifegrad ist nicht erreicht, und ob und wann dieser Punkt der Entwicklung erreicht wird, ist heute eine weitgehend offene Frage.

Die ökonomischen Wirkungen des Eigentums hinsichtlich der Effizienz sind an die ›Güte‹ von Entscheidungen geknüpft, an Bildung, Information und Voraussicht. Entscheidungen werden individuell gefällt; in der gesellschaftlichen Produktion bedürfen sie einer Koordination, entweder über Märkte im Nachhinein oder durch kollektive Abstimmungsverfahren im Voraus. Auch kollektive Entscheidungen und die Ergebnisse von Planungsprozessen können falsch sein und müssen deshalb Korrekturen zulassen. Je stärker Sachkunde, Wissen und Informiertheit allgemein entwickelt sind, um so besser werden demokratisch gefällte Entscheidungen sein. Je stärker der Grad der Vergesellschaftung ist, um so mehr wird es erforderlich, Mechanismen zu finden, die zu einer Identität von individuellen Interessen mit den Interessen der übrigen Mitglieder der Gesellschaft führen.

(B) Die differenzierte Ausprägung des Grades der Vergesellschaftung bedingt die Vielfalt von Eigentumsverhältnissen nach Art der Produktionsmittel, Gütertypen und Wirtschaftsbereichen. In welchen Bereichen sich welche Eigentumsverhältnisse durchsetzen könnten, soll hier im einzelnen nicht diskutiert werden, aber die häufig pauschale Benennung von Banken, Grund und Boden, Transport- und Informationssystemen, Grundstoffwirtschaft usw. reicht dafür keineswegs aus. Bei politischen Entscheidungen darüber spielen historisch konkrete, nationale Bedingungen sowie ethische und soziale Gesichtspunkte eine Rolle.

(C) Staatliches Eigentum hat sich unter vielfältigen Bedingungen historisch bewährt, so zum Beispiel in Zeiten von Katastrophen oder Kriegen, aber auch beim Aufbau bestimmter neuer Wirtschaftszweige, das heißt immer dann und dort, wo eine Konzentration von ökonomischen Potentialen innerhalb kürzester Zeit notwendig war oder wo es sich um sogenannte öffentliche Güter mit einem geringen Grad der Rivalität in der Nutzung handelt. Dies gilt sowohl im Kapitalismus wie im Sozialismus. Es steht außer Frage, daß dieser Vorzug auch weiter eine Rolle spielen wird. Allerdings muß davon gesellschaftliches Eigentum unterschieden werden, weil dieses *gesellschaftliche*, also nicht nur *zentrale* Verfügung und Aneignung einschließt. Staatliches Eigentum kann gesellschaftliches Eigentum nur werden, wenn sich Demokratieformen entwickeln, die diese Eigenschaften gewährleisten²⁰.

Gesellschaftliches Eigentum kann sich auf unterschiedlichem Wege herausbilden und unterscheidet sich dann auch in seinen Formen. Denkbar ist der Weg einer Assoziation »von unten«, entweder über die Bildung von Genossenschaften oder in der Form von schrittweiser Ausdehnung der Mitarbeiterbeteiligung. Denkbar ist auch der Weg »von oben« durch Enteignung.²¹ Aber was bedeutet in diesem Zusammenhang Enteignung? Die Enteignung der Aktienbesitzer? Dies träfe natürlich auch kleine Aktienbesitzer. Oder hieße dies, Übernahme der Fonds- und Aktienverwaltung durch den Staat? Oder

»Ohne Einbuße der Leistungsfähigkeit sollten folgende Gebiete sofort sozialisiert werden: Banken, Versicherungen, Eisenbahnen, Bergwerke, Elektroenergieerzeugung, Eisen- und Stahlindustrie sowie Bau- und Baumaterialindustrie.«

Joseph A. Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen 1987 (1942), S. 366f.

die staatliche Verwaltung von Aufsicht und Management? Darauf kann es keine allgemeine Antwort geben. Die hängt von den konkreten sozialen und ökonomischen Erfordernissen ab. Enteignung heißt zunächst nur die Abschaffung einer Eigentumsform, sie beantwortet noch nicht die Frage, ob es richtig ist, bei der einfachen Form der Verstaatlichung zu bleiben, oder ob nicht zum Beispiel eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, die Kommunalisierung, eine Verpachtung oder der Verkauf von staatlichen Anteilen in Erwägung zu ziehen sind.

(D) Dort, wo individuelle, dezentrale Entscheidungen effizient sind, kann individuelles, privates Eigentum auch bestehen bleiben, gleichgültig ob es als Kleineigentum einfacher Warenproduzenten oder als kapitalistisches Eigentum oder als gemischten, zum Beispiel halbstaatliches Eigentum existiert. Verfügung ist teilbar; jeder Privatunternehmer verfügt schon heute nur in bestimmten Spielräumen, die durch den Staat, die Kommune, die Gewerkschaft usw. vorgegeben sind, über sein Eigentum.

(E) Der Zusammenhang von Eigentumsform, Produktivkraftentwicklung und technologischer Betriebsweise legt den Schluß nahe, besonders jene zu fördern, die demokratische Strukturen ermöglichen und verbessern. Sozialistische Kräfte können dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht neutral gegenüberstehen und ihn als ein gegebenes Datum der sozialen Entwicklung hinnehmen. Dies trifft heute in hohem Maße auf die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu. Es besteht durchaus die Möglichkeit – wie heute im Kontext von Open-Source-Projekten diskutiert –, daß sich eine gesellschaftliche Entwicklung vollzieht, die von vornherein nur mittels öffentlichem Eigentums realisierbar ist und die Bedeutung privater Formen derart minimiert, daß deren explizite Aufhebung gar nicht mehr notwendig erscheint.

(F) Die Offenheit der Zukunft erfordert ein hohes Maß an Kritik- und Korrekturfähigkeit von Eigentumsverhältnissen. Diese Verhältnisse müssen entwicklungsfähig bleiben, unter Umständen ineinander wandel- und wieder rückführbar. Dies hat weitreichende theoretisch wie praktische Konsequenzen. Sie bedeuten den Abschied vom Modellsozialismus, vom Entwerfen einer »Blaupause« der ferneren Zukunft. Das Aufrechterhalten der Vision vom Sozialismus wird gerade auch in der Eigentumsfrage von der Möglichkeit verschiedener Optionen und Suchprozesse ausgehen müssen. Wenn die fortschrittliche Geschichtstheorie sich heute völlig zu Recht weigert, die nahezu weltweite Restauration des Kapitalismus als das Ende der Geschichte anzuerkennen, so muß dies auch im Denken in bezug auf eine zukünftige Gesellschaft gelten.

(G) Für viele unterentwickelte Länder geht es auch in den nächsten Generationen kaum um Sozialismus. Für diese Länder geht es vor allem angesichts explodierender Arbeitslosigkeit um Eigentumsverhältnisse, die zunächst überhaupt Existenzsicherung durch Arbeit ermöglichen. Für sie wäre eine Bodenreform (also Enteignung und Privatisierung) und die Schaffung der Möglichkeit des Verkaufs der Arbeitskraft ein enormer Fortschritt auch in sozialer Hinsicht. Nationale Selbstbestimmung und das Recht auf Schutz der nationalen Wirtschaft vor der überlegenen internationalen Konkurrenz, unter

Umständen auch die Schaffung einer nationalisierten Industrie, sind dafür wesentliche Bedingungen. Und vielleicht bedarf es für diesen Fortschritt der Hegemonie sozialistischer Kräfte.

- 1 Bodo Zeuner: Das Politische wird immer privater, in: Heinrich, M./Messner, D. (Hrsg.), Globalisierung und Perspektiven linker Politik, Münster 1998, S. 284.
- 2 Karl Marx: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 22.
- 3 Vgl. zu den Begriffen Eigentum, Aneignung, Besitz auch: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Hamburg, Berlin 1994 ff., Bd. 1, S. 234 ff., Bd. 2, S. 171 ff., Bd. 3, S. 79 ff.
- 4 So zum Beispiel jüngst in der ansonsten sehr informativen Arbeit von Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999, S. 264 und bei Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden, Frankfurt/New York 2000. Rifkin wirft fundamentale Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung des Eigentums auf, aber den Eigentumsbegriff verwendet er in einer widersprüchlichen und mißverständlichen Weise, so daß es leicht wird, das Eigentum »verschwinden« zu lassen. Andererseits ist sein Buch davon durchdrungen, daß Zugang oder Verfügung (access), also Realisierungsformen von Eigentum, immer bedeutungsvoller werden.
- 5 Diese Diagnose wird m. E. auch bestätigt durch Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz, Berlin 2000, insbesondere S. 183 ff. und 248 ff.
- 6 Vgl. dazu bereits Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd. 19, S. 225, wo er sich dagegen wendet, Verstaatlichungen im Kapitalismus »sozialistisch« zu nennen, sie jedoch, wie auch die Aktiengesellschaften, als »teilweise Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte« bezeichnet.
- 7 Schon die Erfindung von Windmühlen führte zu einem Streit zwischen Adel, Pfaffen und Kaiser darüber, wem eigentlich der Wind gehöre. Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 395.
- 8 Vgl. Jeremy Rifkin: Access ..., a. a. O., insbesondere S. 193, 264 ff., 300 ff.
- 9 G. Günter Voß: Arbeitskräfte zu Unternehmern! Neue Masken für ein altes Spiel?, in: spw, Heft 117 (Januar/ Februar 2001), S. 21.
- 10 Vgl. World Bank: World Development Report 1999/2000, www.worldbank.org/wdr/2000/pdfs/intr.pdf, p. 14.
- 11 Wirtschaftspolitische Alternativstrategien in Westeuropa, IMSF Forschung und Diskussion 2, Frankfurt/M. 1989, S. 12, 14 f.
- 12 Vgl. dazu den Übersichtsartikel von Fritz Vilmar, Wirtschaftdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: spw, 2/2000, Heft 112 (April 2000), S. 27 ff.
- 13 Vgl. Aktualität der Herforder Thesen, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 43 (September 2000), S. 173 ff.
- 14 Der SPD-Vorsitzende und Kanzler Gerhard Schröder spricht von der Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung als einem Weg zur »Teilhabegesellschaft«; vgl. Gerhard Schröder: Mitarbeiterbeteiligung als ein Weg zur Teilhabegesellschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 6/2000.
- 15 Jan Prieue, Frank Havighorst: Auf dem Weg zur Teilhabegesellschaft? Reihe Wirtschaftspolitische Diskurse, Nr. 123 (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 1999, S. 82.
- 16 Die Situation gleicht der vor hundert Jahren, als die Auseinandersetzung um Revolution oder Reform und den Inhalt der Sozialisierung von Bernstein, Kautsky, Luxemburg, später Korsch und anderen geführt wurde. »Anfang der 1930er Jahre waren so die verschiedenen marxistischen Standpunkte in Sachen Enteignung ausformuliert«; Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, a. a. O., Bd. 3, Stichwort Enteignung, S. 454. Einen guten Überblick, ausgehend von jüngeren Vorstellungen, liefert Uli Schöler: Ein Gespenst ..., a. a. O.
- 17 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, Wien 1995, S. 695.
- 18 Vgl. Jiang Shuxian: Langer Marsch zum Sozialismus oder Übergang zum Kapitalismus, in: isw-report 43, Juli 2000, S. 17 ff.
- 19 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW, Bd. 1, S. 385.
- 20 Harry Nick sieht hier die Hauptursache des Scheiterns des Sozialismus in der DDR: »Die Ursache (des Scheiterns) war ... nicht ... die Verstaatlichung schlechthin. Das Übel bestand vielmehr darin, daß die praktische Politik sich im Grunde darauf verließ, daß mit der Verstaatlichung »die Eigentumsfrage« gelöst sei, wie sie auch davon ausging, daß mit der Verfügung über die staatlichen Machtmittel »die Machtfrage« gelöst sei.« Harry Nick: Das Eigentum und der Sozialismus, in: Marxistisches Forum, Heft 1, Berlin 1995, S. 1.
- 21 Auch dies ist eine alte Frage, die heute nicht durch das wechselseitige Ausschließen beantwortet werden kann; vgl. auch Karl Korsch: Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus, in: Sozialistische Schriftenreihe 1, Hannover 1919, S. 18 ff.

ULLA PLENER

Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil III: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990 - 2000)

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war von einem doppelten Umbruch gekennzeichnet: dem seit Mitte der siebziger Jahre in erhöhtem Tempo fortschreitenden technologischen Umbau der kapitalistischen Produktionsweise mit den bekannten ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Folgen und dem Abgang des Realsozialismus von der historischen Bühne in Europa. Beide Vorgänge steigerten die Aggressivität des global agierenden Kapitals, nicht zuletzt gegenüber den Lohnarbeitenden und ihren gewerkschaftlichen Vertretungen. Vor diesem Hintergrund wird der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit immer lauter – und eine gemeinwohlorientierte und demokratisch strukturierte Wirtschafts- und Sozialordnung national, regional und international immer dringender.

Mit dem Scheitern des sozialistischen Versuchs blieben auch viele kapitalismuskritische Konzepte – so auch die sozialdemokratische Ur-Idee der Wirtschaftsdemokratie als Weg, soziale Gerechtigkeit und schließlich eine am Gemeinwohl orientierte Gesellschaftsordnung zu verwirklichen – auf der Strecke. Aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein scheint sie vollständig verdrängt zu sein. Sie ist aber noch nicht tot; sie wird noch immer von Gewerkschaften und linken Parteien sowie einigen mit diesen verbundenen Wissenschaftlern verfochten. Und es gibt sogar nicht wenige praktische Ansätze, die in Richtung eines am Gemeinwohl orientierten demokratischen Wirtschaftens weisen.¹

Gewerkschaften, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie

Träger der Wirtschaftsdemokratie-Idee als Erfordernis sozialer Gerechtigkeit waren bisher vor allem die Gewerkschaften. Im jüngsten Grundsatzprogramm des DGB, das 1996 in Dresden angenommen wurde², sind Aussagen dazu immer noch enthalten, und zwar in der »Dreieinigkeit« der ethischen Motivation, der politökonomischen Begründung und der Ansprüche an den Staat als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen.

Ein wichtiges Ziel des DGB bei der »Gestaltung der Ökonomie« ist dabei »mehr soziale Gerechtigkeit« zu verwirklichen. Damit unmittelbar verbunden ist die Idee der *Demokratisierung der Wirtschaft*. »Politische Demokratie muß durch wirtschaftliche und soziale Demokratie auch in der Arbeitswelt ergänzt und gefestigt werden« (DGB-Programm: S. 14; ähnlich auch S. 3 und 7). Den inhaltlichen Schwerpunkt bildet dabei die *Mitbestimmung*. Ihr Ausbau gehöre »zum Kern einer sozialen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« (DGB-Programm: S. 21). Weitere Mitbestimmungsrechte



Ulla Plener – Jg. 1933, Dr. sc. phil., Historikerin, Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät. Foto: privat

1 Natürlich erlaubt der beschränkte Platz hier nur eine exemplarische Dokumentation der Befunde.

2 Vgl. DGB: Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongreß am 13.-16. November 1996 in Dresden, Düsseldorf 1997.

werden auf vier Ebenen angepeilt: am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen/Konzern und auf europäischer Ebene. Herausgefallen ist die im Programm von 1981 geforderte Mitbestimmung auf (nationalstaatlicher) gesamtwirtschaftlicher Ebene in der dort konkret benannten Form der nationalen und regionalen Wirtschafts- und Sozialräte. Nach wie vor wird, wenn auch unverbindlicher als noch 1981, die *öffentliche Wirtschaft* als »ein wichtiges Instrument einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik« bezeichnet (DGB-Programm: S. 24).

Dem Staat bleibt die gesamtgesellschaftliche Verantwortung übertragen. In verschiedenen Zusammenhängen bezieht sich das Programm immer wieder auf den Sozialstaat, der »als Fundament einer gerechteren Gesellschaftsordnung verteidigt werden« müsse (DGB-Programm: S. 7). Hier liegt der Akzent auf der *Sozialpflichtigkeit des Staates*. Von der Sozialpflichtigkeit des *Eigentums* ist jedoch nur verborgen und von der Verantwortung des Staates, diese durchzusetzen, nur verhalten die Rede. Ziemlich unbestimmt heißt es: »Betriebswirtschaftliche Rationalität und gesamtwirtschaftliche Vernunft, Markt und Staat und gesellschaftliche Regulation dürfen in Zukunftsentwürfen keine unüberwindbaren Gegensätze sein« (DGB-Programm: S. 20). Da schleicht die DGB-Katze um den heißen Brei ›Staat und Wirtschaft‹ sehr vorsichtig herum ...

Die im Grundsatzprogramm des DGB immer noch enthaltenen wirtschaftsdemokratischen Ideen werden von seinen Gewerkschaften und Repräsentanten nicht thematisiert. Es gibt auch keine Initiativen, die die Idee am Leben erhalten, sie – und darum geht es zunächst vor allem – ins gesellschaftliche Bewußtsein heben würden. In den Bildungsprogrammen der Einzelgewerkschaften finden sich keine Themen explizit zur Wirtschaftsdemokratie, weder historisch noch aktuell.

Eine *Ausnahme* bildete die *Gewerkschaft HBV*. In ihren *Programmatischen Grundlagen* vom Mai 2000 für den Diskussionsprozeß im Vorfeld der *ver.di*-Gründung (März 2001) heißt es: »Unsere gewerkschaftliche Vision beinhaltet eine durchgängige Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft«, was bedeute, »daß die Bürgerinnen aktiv an politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen teilnehmen können« und »daß die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen für alle gesellschaftlichen Bereiche gilt, auch am Arbeitsplatz, im Betrieb und in den Unternehmen«. Es geht auch explizit um »Kontrolle wirtschaftlicher Macht«. Inwieweit diese Forderungen von *ver.di* übernommen und aktiv verfochten werden, bleibt abzuwarten.

Überlegungen zur Demokratisierung der Wirtschaft äußerte *Horst Schmitthener*, für Sozialpolitik zuständiges geschäftsführendes Mitglied des IG Metall-Vorstands, der dort allerdings ein Einzelkämpfer zu sein scheint.³ Ansonsten gehen Gewerkschaften und ihre Führungskräfte bei Aktionen und Initiativen, die der Zukunft gewidmet sind, an der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie als Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit vorbei. So zum Beispiel das »Flaggschiff« des DGB, die IG Metall, bei der am 10. Oktober 2000 eingeleiteten Aktion »*fair-teilen. Initiative für soziale Gerechtigkeit*«. In der dazu herausgegebenen Denkschrift⁴ wird soziale Gerechtigkeit auf »Beteiligung an allen gesellschaftlichen Entwicklungen (die im einzelnen nicht benannt werden – UP.) ... als grundsätzliches Recht jedes und jeder Einzel-

3 Auf der Konferenz im April 1999 zur 100-Jahres-Bilanz der Sozialdemokratie referierte *Schmitthener* zum Thema Wirtschaftsdemokratie. Er erklärte zwar, das Konzept sei eine sympathische, aber unrealistische bzw. problematische Losung, trug aber immerhin einige Überlegungen dazu vor: – vgl. Horst Schmitthener: Ein sozialdemokratischer Weg zur Wirtschaftsdemokratie?, in: A. Klönne, E. Spoo, R. Butenschön, (Hrsg.): Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Hamburg 1999, S. 143-145.

4 IG Metall-Vorstand: *fair-teilen. Initiative für soziale Gerechtigkeit*, Frankfurt/M. 2000 (Text: Gisela Pettersson); vgl. auch die Rezension von Heinz Schäfer in »UTOPIE kreativ«, H. 126.

nen« reduziert. Die dabei »in jedem Fall« erforderlichen »materiellen Voraussetzungen für gleiche Rechte« (erst dann bestünde »eine ›soziale Demokratie«) würden »durch die kritisierten Schief lagen bei der Verteilung von Volkseinkommen und -vermögen« sabotiert, und die Ursachen dafür lägen »sowohl in der herrschenden Politik als auch in den bestehenden Strukturen«, die einige Zeilen weiter als »unzeitgemäß« bezeichnet, aber an keiner Stelle benannt oder gar erläutert werden (*fairteilen*: S. 10).

Gewerkschaftliche Positionen zu sozialer Gerechtigkeit und Demokratie, die ihre Wurzel – die Ökonomie, die Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln – offenlegen und damit *wirtschaftsdemokratische Ideen* aufgreifen, werden in diesem Land im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert vor allem im Rahmen des »Forums Gewerkschaften« der Hamburger Zeitschrift *Sozialismus* vertreten; so unter anderem von *Thomas Adler* und *Bernd Riexinger* in ihren 1998 vorgelegten *Thesen zur Bildung einer organisierten linken Strömung in den Gewerkschaften*. Sie wollen »eine Öffnung der gewerkschaftlichen Diskussion über neue Eigentumsformen, gesellschaftliche Regulierung, demokratische Kontrolle der Ökonomie, ein neues Verhältnis von Markt und Plan, kurz über neue fortschrittliche Formen der Vergesellschaftung auf dem heutigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte«⁵.

Die aktuellen gewerkschaftlichen Positionen zum Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie in der Wirtschaft können wie folgt zusammengefaßt werden:

Erstens: Der *ethische Aspekt der Menschenwürde* als eine Grundlage der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist noch präsent. Aber der gewichtigste Inhalt, der für die »alte« Arbeiterbewegung immer auch und vor allem in der *Freiheit von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten* bestand, wird kaum noch thematisiert.

Zweitens: Die *politökonomische Begründung* der sozialen Gerechtigkeit, in deren Zentrum die demokratischen Grundsätzen widersprechenden ungerechten Eigentumsverhältnisse standen und die deshalb auf eine veränderte – demokratische – Verteilung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln zielte, ist weitgehend aus dem Blick gerückt. Es geht nicht mehr um eine andere Verteilung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln, sondern vorwiegend um Verteilungsprobleme sekundärer Art. Es geht auch nicht mehr um demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des Großkapitals, auch wird kaum noch an das im Grundgesetz festgeschriebene Gebot der Sozialpflichtigkeit dieses Eigentums erinnert, geschweige denn diese energisch – durch öffentliche, das Alltagsbewußtsein beeinflussende Aktionen und Initiativen – eingefordert. Das öffentliche Eigentum wird einigermaßen zahm noch verteidigt, aber ohne dafür die Öffentlichkeit zu mobilisieren.⁶

Als einzige Säule der Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft wird noch die Mitbestimmung der Lohnarbeitenden am Arbeitsplatz, im Betrieb und Konzern/Unternehmen gefordert. Unter Verweis auf Europäisierung und Globalisierung wurde die Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Mitbestimmung im nationalstaatlichen Rahmen fallengelassen. Ideen einer »Sozialisierung von unten« werden von gewerkschaftlicher Seite nicht unterbreitet;

5 *Sozialismus*, H. 9, 1998; vgl. auch Ewald Wehner: *Mitbestimmung oder Mitgestaltung? Die Auseinandersetzungen um ein neues Betriebsverfassungsgesetz und die Rolle der Hans-Böckler-Stiftung*, in: Ebenda, H. 10., 1999; ders.: *Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft. Thesen zur aktuellen Mitbestimmungsdiskussion*, in: Ebenda, H. 2, 2000; Bernd Riexinger: *Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften*, in: UTOPIE kreativ, H. 111.

6 Zur »Politik zum Erhalt der öffentlichen Wirtschaft« hatte der Landesbezirk des DGB Berlin-Brandenburg (1999) ein lesenswertes Memorandum *Für einen zukunftsorientierten und leistungsfähigen öffentlichen Wirtschaftssektor in Berlin* vorgelegt, in dem es abschließend heißt: »Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern die Politik in der Stadt auf, im Sinne des Gemeinwohls verantwortlich mit öffentlichem Eigentum – dem Eigentum aller Bürgerinnen und Bürger – umzugehen, öffentliche Unternehmen nicht zu privatisieren, sondern sie statt dessen zu einem regional starken Wirtschaftssektor zu entwickeln, der die ökonomische Entwicklung der Stadt fördert, damit auch einer soliden Finanzpolitik nutzt und dem Gemeinwohl dient.« Jedoch hat das Memorandum (ebenso wie die von *Scholz* vorgelegten Thesen zur sozialen Gerechtigkeit) in der Berliner und Brandenburger Öffentlichkeit, auch in den Gewerkschaften, keine Rolle gespielt.

Idee und Praxis der Genossenschaften öffentlich nicht artikuliert und nicht unterstützt.

Drittens: Die *Verantwortung des Staates* ist inzwischen weitgehend auf die soziale Sicherung reduziert worden. Zwar wird seinem vollkommenen Rückzug aus der Wirtschaft widersprochen, aber seine Aufgabe, gegenüber dieser die gesamtgesellschaftlichen Anliegen (die gesamtwirtschaftliche Vernunft statt der eigensüchtigen Interessen der einzelnen Großkapitale) zu vertreten, bleibt diffus. Die diesbezüglichen konkreten Forderungen der früheren DGB-Grundsatzprogramme, insbesondere die nach Kontrolle der Konzern- und Bankenmacht durch staatliche und gesellschaftliche Gremien, werden nicht mehr öffentlich vertreten.

Alles in allem scheint der überwiegende Teil gewerkschaftlicher Führungskräfte das (offizielle) sozialdemokratische »Modernisierungskonzept« übernommen zu haben. Anstelle der bis 1989 verfochtenen Emanzipation der Lohnarbeitenden und mit ihnen der Gesellschaft vertreten viele von ihnen die »vertrauensvolle Zusammenarbeit« mit Vertretern des Kapitals im Sinne einer »Mitgestaltung des wirtschaftlichen Standorts Deutschlands«. ⁷ Die dazu kritisch eingestellten Gewerkschafter haben bis jetzt, von Einzelideen abgesehen, noch keine »eigenen Konzepte« mit dem »Mut zur Utopie« (*Detlef Henschel*) vorgelegt.

7 Vgl. Bernd Riexinger: *Auswege ...*, a. a. O.; Jens Becker, Harald Jentsch: *Mitbestimmungsidee und Gewerkschaftspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, in: UTOPIE kreativ, H. 111; vgl. auch Frank Deppe: *Zäsuren im Übergang in das 21. Jahrhundert. Neue Herausforderungen für die Konstituierung einer gewerkschaftlichen Linken*, in: Redaktion Sozialismus/Redaktion express (Hrsg.): *Perspektiven der Gewerkschaftslinken – Diskussionen, Positionen, Materialien, Beilage zur Zeitschrift Sozialismus*, H. 7/8, 1999.

8 Vgl. Horst Dietzel: *Über den dritten Weg zur neuen Mitte? Eine Zäsur in der Entwicklung der SPD*, in: *Utopie kreativ*, H. 107.

9 Vgl. *Dritte Wege – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung*, Bonn/Berlin 1999.

Die SPD: für »modernisierte Gerechtigkeit durch Ungleichheit«

Im noch gültigen Berliner Programm der SPD von 1989 heißt es, daß »die Würde des Menschen und die soziale Gerechtigkeit (eine) Demokratisierung der Wirtschaft (verlangen)«, und in der Wirtschaftsdemokratie »gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung (haben). Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen« (SPD-Programm: S. 41).

Von alledem ist bei der offiziellen SPD heute keine Rede mehr. Dafür steht ein Kommentar zum Blair-Schröder-Papier ⁸ der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD vom September 1999. ⁹ Darin bildet nicht mehr die im Berliner (wie schon im Godesberger) Programm enthaltene ethische Wertetrias »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« den Ausgangspunkt.

Nunmehr ist es ein »magisches Vieleck«: »Fairneß, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung«, das ebenso ernst genommen werden soll wie »wirtschaftliche Effizienz und ökologische Nachhaltigkeit« (Kommentar: S. 28). Bei einer solchen Verlagerung der Motivation und des Schwerpunkts sozialdemokratischen Wirkens muß »ein modernes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit« her, und dieses lautet: »Unterschiede in Einkommen und Vermögen sind in dem Maße gerechtfertigt, wie sie Leistungen fördern, die letzten Endes den Freiheitschancen aller ... zugute kommen und die daher auch der freien Zustimmung aller fähig sind« (Kommentar: S. 30). Soziale Gerechtigkeit könne nicht bedeuten »die schlichte Herstellung von Vermögens- und Einkommensgleichheit« oder »die simple Formel, daß sozial gerecht ist, was die

Einkommens- und Vermögensungleichheit verringert« (Kommentar: S. 29.).¹⁰ Wirtschaftsmacht aufgrund ungerechter, undemokratischer Eigentumsverhältnisse als Boden von Chancenungleichheit und Ungerechtigkeit werden von der SPD offiziell nicht mehr vertreten. Zur »Modernisierung der Wirtschaft« gehört nicht mehr deren Demokratisierung – entsprechend ist *Wirtschaftsdemokratie kein Thema* (selbst der Begriff kommt nicht vor).

Dem entspricht bezeichnenderweise eine unbestimmte, fast verschämte Begrifflichkeit des Dokuments: Es geht um »weniger Begüterte«, um »untere soziale Schichten«, »Privilegierte«, »Bessergestellte«, »Reiche«, »Vermögende«, »Starke«. Die Begriffe »Kapitalismus«, »Konzerne«, »Eigentum an Produktionsmitteln« kommen nicht vor, dafür stehen: »Markt«, »Marktwirtschaft«, »Produktivvermögen«.¹¹

Die SPD sieht sich noch immer in der Tradition der Linken, indem sie verbal am *Primat der Politik* festhält (Kommentar: S. 32). Aber die politische Verantwortung des Staates wird nun eingeschränkt auf die Gebiete Recht und Bürgersicherheit, Bildung und Wissenschaft, Infrastruktur und Kultur sowie soziale Sicherheit.¹² Für die heutige Führung der SPD gilt offenbar, daß sie sich von der sozialdemokratischen Ur-Idee verabschiedet hat, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen und dafür eine grundlegende, die Eigentumsverhältnisse einschließende Demokratisierung der Gesellschaft, darunter in erster Linie der Wirtschaft, anzustreben.

Gegen die Revision sozialdemokratischer Grundideen durch heutige Führungskräfte der SPD wenden sich nicht wenige in dieser Partei aktive, ihr nahe stehende oder mit ihr früher verbundene Wissenschaftler und Publizisten. Sie halten an der Tradition der Arbeiterbewegung fest, die Gesellschaft als Ganzes, das Wohl des Gemeinwesens, der Allgemeinheit im Blick zu haben und Partei zu ergreifen für die »politische Ökonomie der Arbeitskraft«.¹³ Sie widersetzen sich dem Paradigmenwechsel, den die SPD-Führung vom Berliner Programm zu neoliberalen Positionen vollzogen hat¹⁴, und verbinden auch und gerade angesichts der Probleme, die der Umbruch in den Produktivkräften auf allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens hervorruft, die geforderte soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftsdemokratischen Ideen. So wird in den *Bremer Beiträgen zum neuen Grundsatzprogramm der SPD* festgestellt, daß »Wirtschaftsdemokratie ... die zentrale Herausforderung des vor uns liegenden Jahrhunderts (ist)«¹⁵.

Ethisch bleiben wirtschaftsdemokratische Ideen vom traditionell angestrebten Allgemeinwohl und der Emanzipation des Einzelnen gegen das egoistische Profitstreben auf Kosten der Vielen motiviert.¹⁶ Die konkreten Aussagen linksorientierter sozialdemokratischer Wissenschaftler zur Demokratisierung der *Wirtschaft* stehen in diesem Zusammenhang. Sie drehen sich vor allem um die notwendige staatliche und/oder gesellschaftliche Kontrolle und Regulation wirtschaftlicher Abläufe und um den weiteren Ausbau der Mitbestimmung.

Jochim Schuster hält das Konzept der Wirtschaftsdemokratie für ein wesentliches Element alternativer Regulation, auch unter heutigen Bedingungen der weiteren Internationalisierung und der fortschreitenden neuen (>postfordistischen<) Produktions- und Arbeitsweise, die »die gewachsenen Ansprüche der Bevölkerung an umfassender Partizipation mit den Anforderungen des neuen Akkumulationsregimes

10 Birgit Mahnkopf hat diese gewonnenen Sätze prägnant zusammengefaßt in: Birgit Mahnkopf: Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: Prokla, H. 4 (Dezember 2000).

11 Um so reichhaltiger werden Fremdwörter gebraucht, so daß die Verfasser sich veranlaßt sahen, ein Glossar anzufügen.

12 Vgl. auch Michael Felder: Verwaltungsmodernisierung, die Transformation von Staatlichkeit und die neue Sozialdemokratie, in: UTOPIE kreativ, H. 121/122.

13 Vgl. Oskar Negt: Warum SPD? 7 Argumente für einen nachhaltigen Macht- und Politikwechsel, Göttingen 1998; Rudolf Hickel, Interview, in: Ausblick, MitgliederMagazin der HBV, H. 3/2000.

14 Birgit Mahnkopf: Formel 1 ..., a. a. O. Susi Möbbeck: Was bleibt vom Berliner Programm?, in: spw, H. 99; Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff gesellschaftlicher Vernunft. Kritische Anmerkungen zum Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm, in: spw, H. 89; Peter v. Oertzen: Zwischen Tradition und Modernisierung. Otto Brenner und die moderne deutsche Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 1, 1998.

15 Bremer Beiträge zum neuen Grundsatzprogramm der SPD, Bremen (November) 2000, S. 25; vgl. auch Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer

alternativen Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren, in: Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg 1999: Wirtschaftsdemokratie sei »der Inbegriff ökonomischer Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autoritärer Entscheidungen demokratische treten« (S. 189), legitimiert durch Partizipation Betroffener und des Staates; sie sei kein Gegenkonzept zur Marktwirtschaft, aber primär am Gemeinwohl orientiert.

16 Vgl. Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff ..., a. a. O., S. 19; Rudolf Hickel: Interview, in: Ausblick, Mitgliedermagazin der HBV, H. 3/2000.

17 Vgl. Joachim Schuster: Wirtschaftsdemokratie – Kernelement einer linken Reformalternative, in: UTOPIE kreativ, H. 93.

18 Vgl. Uwe Kremer: Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie, in: spw, H. 100, S. 25.

19 Vgl. Susi Möbbeck: Was bleibt ..., a. a. O.; Oskar Negt: Wir müssen noch einmal von vorn anfangen (Interview), in: Neues Deutschland, 31. Dezember 1999; Rudolf Hickel: Neuverschuldung – um die Konjunktur nicht zu killen (Interview), in: Neues Deutschland, 10. November 1998.

20 Oskar Negt: Die fünf großen Krisen. Verwerfungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/2000, S. 605.

verbindet und gleichzeitig die Notwendigkeit der Gegenmachtbildung gegen die vorherrschenden Kapitalinteressen im Blick behält«¹⁷. *Joachim Schuster* und *Uwe Kremer* plädieren dafür, die Idee der Wirtschafts- und Sozialräte, 1981 - 1989 von DGB-Gewerkschaften als zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Beratungs- und Steuerungsgremien gefordert, wieder aufzunehmen, wobei es darum ginge, nicht neue Gremien oder Bürokratien zu bilden, sondern vorhandene Strukturen – vor allem die Industrie- und Handelskammern – zu demokratisieren, »um Bereiche wie Innovationsberatung, Technologieförderung und Weiterbildung, aber auch die Tätigkeit von staatlichen Regionalbehörden ... einem regional-demokratischen Einfluß zu unterwerfen und damit den Unterbau für eine demokratische Modernisierung der Volkswirtschaft zu schaffen«¹⁸.

Andere sozialdemokratische Wissenschaftler befassen sich vor allem mit der Verpflichtung und den Möglichkeiten des nationalen Staates, soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftsdemokratischen – und gesetzlichen – Mitteln herbeizuführen. *Susi Möbbeck* will im Programm der SPD am emanzipatorischen Charakter des Sozialstaates festhalten; *Oskar Negt* meint, »die Erfüllung der Ideen der Gerechtigkeit muß staatlich legalisiert« werden; *Rudolf Hickel* spricht von der »Pflicht des Staates«, die Wirtschaft – auch europaweit – zu koordinieren und ihr einen Gesamtrahmen vorzugeben.¹⁹ Generell meint *Oskar Negt*, daß die Veränderungen in der »Arbeitswelt« und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit nicht anders zu bewältigen seien als »durch schwerwiegende Eingriffe in die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen«.²⁰ *Frank Deppe* hält politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Kapitaleigentum für nötig – gesetzliche Regelungen zur Demokratisierung der Wirtschaft, der nationalen Ökonomie und der transnational wirkenden Konzerne für erforderlich.²¹ In die gleiche Richtung zielen die Aussagen von *Rudolf Hickel* und *Michael R. Krätke*.²²

Die zitierten Wissenschaftler plädieren nicht nur dafür, den öffentlichen Wirtschaftssektor zu erhalten²³, sondern auch für eine konkrete Utopie²⁴. In den Zusammenhang einer solchen, ohne demokratische Veränderungen in der Wirtschaft nicht denkbaren Utopie ordnen sich ihre Gedanken über die notwendige »Umkehr der Blickrichtung« ein. »Es ist notwendig, die ökonomischen Vorgänge ... von unten her zu betrachten; vom Schicksal der lebendigen Arbeitskraft, den Bedürfnis- und Interessenstrukturen lebendiger Menschen«, meint *Oskar Negt*. Wir seien aufgefordert, darüber nachzudenken, »wie sich ein neues Gemeinwesen von unten bilden kann«, darüber, wie über »neue Lebensformen« die Gesellschaft umgekrempelt, gerechter gestaltet werden kann.²⁵ Von einer anderen Überlegung her, aber wohl in die gleiche Richtung denkt *Detlev Albers*: Im wirtschaftsdemokratischen Europa müsse der Beteiligung, Aktivierung und Mitbestimmung der Bürger ein zentraler Platz eingeräumt werden, wofür die Informations-gesellschaft neue Möglichkeiten erschleße; eine »vitale europäische Bürgergesellschaft« sei nötig, um den »Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft« zu erreichen.²⁶

In einer Rede im Dezember 1995 forderte *Oskar Negt* die Gewerkschaften auf, zwischen zwei Ökonomien zu unterscheiden: neben der vom egoistischen Profitstreben bestimmten Ökonomie, die einer Min-

derheit dient und »von der Plünderung des Gemeinwesens« lebt, gibt es eine zweite, die »zu ihrer regulativen Idee das Wohl und Wehe des Gemeinwesens« hat, eine »Ökonomie des ganzen Hauses ist.«²⁷ Nichts anderes meint Wirtschaftsdemokratie.

Die PDS: für soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung der Wirtschaft

Wie steht die PDS zur sozialdemokratischen ›Ur-Idee Wirtschafts-demokratie‹? Diese Frage erhält ihre besondere Spannung vor allem daraus, daß die PDS wie die SPD aus der Arbeiterbewegung kommt und sich – anders als die SPD heute – ausdrücklich als demokratisch-sozialistische Partei versteht.

Das gültige Programm der PDS vom Januar 1993²⁸ enthält Aussagen mit Bezug auf die Ur-Idee, nur sind sie nicht so prägnant und konzentriert formuliert wie im Berliner Programm der SPD von 1989.

Der *ethische Gesichtspunkt* der Menschenwürde bildet hier nicht den Ausgangspunkt, sondern die gegenwärtigen *Bedrohungen der Zivildisziplin*, die der *kapitalistischen* Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise entspringen. Es müsse »darum gehen, die von Profit(streben) und Kapitalverwertung bestimmte Entwicklung der Volkswirtschaften und der Gesellschaften zugunsten einer Entwicklung zu überwinden, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt ist«, wobei besonders »die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums« zugunsten der »Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen« überwunden werden müsse.²⁹ Die »alternativen Entwicklungswege« (Kapitel 4) setzen auf *allseitige Demokratisierung der Gesellschaft*. Die *Wirtschaft* sei »sozial und ökologisch« umzugestalten; die dafür notwendige Voraussetzung – die Entscheidungsstrukturen in ihr zu demokratisieren – ist nicht ausdrücklich genannt. Inhaltlich taucht die Forderung, sehr allgemein formuliert, auf: Die wirtschaftliche Entwicklung soll demokratisch kontrolliert und gesteuert werden – von wem und wie, bleibt offen. Die *Anforderungen an den Staat*, speziell die Wirtschaft betreffend, sind nicht explizit, eher versteckt formuliert.

Viel präziser und konkreter im Sinne der Ur-Idee sind die Thesen der Programm-Kommission der PDS zur programmatischen Debatte vom November 1999.³⁰

Der *ethische Aspekt* der Menschenwürde ist angesprochen im Zusammenhang mit dem Sozialismusverständnis und der angestrebten Emanzipation des Menschen, die die verwirklichte Einheit seiner politischen und sozialen Rechte ermöglicht. Deshalb ist soziale Gerechtigkeit im Verständnis der Thesen *der Grundwert* des Sozialismus und soziale Gleichheit deren Kern – diese verstanden nicht als Gleichmacherei, sondern als überwundene soziale Ungleichheit.

Den *politökonomischen Aspekt* einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft verbinden die Thesen-Autoren, wie schon das PDS-Programm (und gewerkschaftliche Äußerungen), mit »mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in Betrieben und Unternehmen«, wobei die Mitbestimmung der Betriebsräte auch auf wirtschaftliche Angelegenheiten ausgeweitet werden soll. Ohne Mitbestimmung in Unternehmen bleibe die Demokratie unvollständig, aber – und da bleiben die PDS-Thesen den vormaligen Vorstellungen der Gewerkschaften und

21 Vgl. Fank Deppe: *Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 192/193.

22 Vgl. Rudolf Hickel: *Neuverschuldung ...*, a. a. O.; Michael R. Krätke: *Nach 20 Jahren – Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken* (1. Teil), in: spw, H. 107, S. 59.

23 Vgl. Uwe Kremer: *Moderner Sozialismus ...*, a. a. O., S. 24; Joachim Schuster: *Wirtschaftsdemokratie ...*, a. a. O.; *Rudolf Hickel* plädiert dafür, öffentliche Investitionen, auch einen öffentlichen Beschäftigungssektor, vom Staat zu schaffen und zu finanzieren (zit. nach: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5/2000, S. 638); *Frank Deppe* fordert unter Bezug auf *Robert Heilbroner*, daß aus dem öffentlichen Sektor Lösungen und Gegenmaßnahmen für Probleme kommen müssen, die im privaten Sektor entstehen (Fank Deppe: *Fin de Siècle ...*, a. a. O., S. 129).

24 Vgl. Fank Deppe: *Fin de Siècle ...*, a. a. O., S. 176; Oskar Negt: *Wir müssen noch einmal ...*, a. a. O.; Ders.: *Die fünf großen Krisen ...*, a. a. O., S. 605; Michael R. Krätke: *Nach 20 Jahren ...*, a. a. O., S. 59.

25 Vgl. Oskar Negt: *Wir müssen noch einmal ...*, a. a. O.; *Ende oder Anfang einer Utopie? fragt Oskar Negt*, in: *Frankfurter Rundschau*, 17. März 1990. Er sei überall, wo er redete, auf »ein intensives Interesse an Perspektiven, an utopischen Entwürfen, an unkonventioneller Organisationsphantasie« getroffen; die Menschen wollten in dem »fragmentierten Durcheinan-

der der Gesellschaft die Vorstellung eines Ganzen angeboten bekommen. Selbst ein nicht ganz schlüssiges und zutreffendes Ganzes ist besser als die zerfaserte Wirklichkeit, wie sie die Welt der Medien anbietet und wie sie jeder in seinem Alltag ohnehin erfährt. Herstellung von Zusammenhang ist eine Anforderung, die an die politische Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft zu stellen ist« – Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff ..., a. a. O., S. 20.

26 Detlev Albers: Sozialdemokratie und der Handlungsraum Europa. Über Not und Notwendigkeit der neuen Programmatik (Thesen vom Oktober 1999), (Mimeo).

27 Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff ..., a. a. O., S. 19.

28 Hier zitiert nach: Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm, Berlin 1998.

29 Auf welchem Wege das geschehen soll, ob durch Demokratisierung (»Vergesellschaftung«) der »Verfügung über das Eigentum« – an Produktionsmitteln – oder durch »Umwandlung ... in gesamtgesellschaftliches Eigentum« (Nationalisierung/Verstaatlichung auf dem Wege der umfassenden Enteignung), ist in der Partei umstritten.

30 Hier zitiert nach: Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes der PDS, Berlin, Sonderheft, (23.) November 1999.

31 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Reform-Alternativen: sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000, S. 70.

der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie treu: »Demokratisierung der Wirtschaft geht über Mitbestimmung von Belegschaften in ihren Unternehmen hinaus. Sie muß letztlich darauf zielen, die Eigentumsstrukturen zu verändern, um die Ungleichverteilung wirtschaftlicher Macht und die daraus resultierende Dominanz der Kapitalinteressen einzuschränken und die Basis für gesellschaftliche Kontrolle und Regulierung im Interesse der Menschen zu eröffnen und zu erweitern« (Thesen: S. 22).

Im Abschnitt *Neue Regulationsweise* (Thesen: S. 20f.) geht es (ohne daß es so gesagt wird) um *weiterentwickelte Ideen zur Wirtschaftsdemokratie*. Eine für das Überleben der Menschheit und die Lösung anstehender sozialer und ökologischer Probleme notwendige »neue Entwicklungsweise« bedürfe »einer veränderten wirtschaftlichen Regulation und institutioneller Reformen, ohne die neue Trends eines sozialen und ökologischen Umbaus nicht gestaltbar sind. Der ökonomische Kern des Übergangs zu einer neuen Regulationsweise ist die Überwindung der Profitdominanz.« Nichts anderes meint die Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie. *Es geht um eine demokratische, am Allgemeinwohl orientierte Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftstätigkeit*. Sie kann auch »neue (demokratische) Regulationsweise« genannt werden.

In diesem Zusammenhang sind in den Thesen (auch im Vergleich zum Berliner SPD-Programm) weiterführende Aussagen zur Demokratisierung der Verfügung über Kapitaleigentum formuliert: »Jeglicher Einfluß von Staat und gesellschaftlichen Akteuren auf die Verfügung über das Kapitaleigentum, über die Mittel der Wirtschaft, auf die Ziele ihrer Anwendung, auf die Bedingungen von Produktion und Dienstleistungen sowie auf die Verteilung ihrer Ergebnisse ist Eingriff in den kapitalistischen Aneignungsprozeß, in das Kapitaleigentum.« Die »heute zugunsten der ökonomisch Mächtigen vorherrschende Richtung solcher Eingriffe« müsse umgekehrt werden (Thesen: S. 20). Im Maße erfolgreicher Reformen wird eine neue Regulierung möglich. Es werden drei Richtungen solcher Regulationsweise umrissen, darunter Zuwachs staatlichen Handelns sowie »Stärkung und rechtliche Institutionalisierung des Einflusses von unten auf (Entscheidungen in – UP.) Staat und Wirtschaft« (Thesen: S. 21).

Es geht beim »Aufbrechen von Herrschaftsstrukturen«, der »Vorherrschaft der Kapitalverwertung« unter anderem darum, mit den (dort beschriebenen) »Maßnahmen zur Wirtschaftsdemokratie« Schritte zu einer wirksamen Kontrolle internationaler Konzerne, auch auf europäischer Ebene, zu gehen. Dabei bleibe »der nationalstaatliche Rahmen nach wie vor und auch noch auf absehbare Zeit maßgebliche Handlungsebene sozialistischer Politik«. Dem entsprechend erhalte *staatliches Handeln* einen Bedeutungszuwachs und müsse »mit emanzipatorischen Gestaltungsansprüchen« verbunden sein.

Im Jahr 2000 gab die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung den Band *ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil* heraus, dessen Aussagen mit denen der Thesen vom November 1999 weitgehend übereinstimmen.³¹ Die Grundintention linker Alternativen – demokratisch – fehlt im Titel. Zu den Eigentumsfragen heißt es dort, daß es wahrscheinlich auf diese »nicht eine einzige Antwort« gebe. »Wir halten für das Entscheidende, die Verfügung über das Kapitaleigentum in demokratischen Reformen nach und nach einschneidend zu verän-

dem. Dies ist Veränderung der Eigentumsverhältnisse« (ReformAlternativen: S. 76). Gegen Ende des Bandes – im vorletzten Kapitel – wird schließlich am Kapitelschluß Wirtschaftsdemokratie (auch in der Abschnittsüberschrift) ausdrücklich thematisiert – als »Ausdehnung der Partizipation über die staatliche Ebene hinaus« (ReformAlternativen: S. 320 ff.). Wirtschaftsdemokratie bedeute, heißt es da ganz in der Tradition »klassischer« wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen, »demokratische Rechte, Einflußnahme und Teilhabe nicht auf die politische Sphäre und auf die Bereiche außerhalb der Wirtschaft zu begrenzen, sondern sie auch auf die Wirtschaft, auf die Erwerbsarbeit als entscheidende Lebenssphäre der Menschen zu erweitern und inhaltlich auszufüllen« (ReformAlternativen: S. 321).

Mitbestimmung könne als Hauptinhalt der Wirtschaftsdemokratie angesehen werden, letztere gehe aber vor allem in zweifacher Beziehung über die Erstgenannte hinaus: Sie sehe Veränderungen in den Eigentumsstrukturen vor, »um die Ungleichverteilung wirtschaftlicher Macht und die darauf beruhende Dominanz der Kapitalinteressen einzuschränken und die Basis für eine gesellschaftliche Kontrolle und Regulierung im Interesse der Menschen zu erweitern« – hierzu gehöre »die Stärkung verschiedener Formen des öffentlichen oder Gemeineigentums«. Und es geht bei ihr um gesamtwirtschaftliche Ziele und Lösungen. (ReformAlternativen: S. 322, 324)

In der weiteren Diskussion wäre diese Aussage mit den Ausführungen zur »neuen Regulationsweise« zusammenzuführen und nicht zuletzt die immer wieder auftauchenden Begriffe »gesellschaftliche Regulierung« und »gesellschaftliche Akteure« zu konkretisieren, wobei möglicherweise *eine moderne Variante der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie* unter dem Begriff »*gemeinwohlorientiertes demokratisches Wirtschaften*« formuliert werden könnte.

In weiteren Publikationen aus dem Umkreis der PDS stehen bei wirtschaftspolitischen Themen im Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie besonders zwei Themen im Vordergrund: das Eigentumsproblem und demokratisches »Wirtschaften von unten«.

Bezogen auf das Eigentumsproblem meint Uli Schöler (SPD), heute verliere »die von Marx und Engels ... in den Mittelpunkt gestellte »Eigentumsfrage« ihre Zentralität«. Er argumentiert zum einen mit der nach dem Scheitern des Realsozialismus erwiesenen Unabdingbarkeit und Reformfähigkeit von Marktssystemen »auf der Basis von gemischten Eigentumsformen, das heißt vor allem auch von privatem Eigentum an Produktionsmitteln«³², und zum anderen mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion in kapitalistischen Großunternehmen, an der »das Individuum mit einem entwickelten Wissens-, Kenntnis- und Ausbildungsstand ... beteiligt« sei.³³

Während dem ersten Argument grundsätzlich zugestimmt werden kann – mit der notwendigen Präzisierung, daß beim »privaten Eigentum an Produktionsmitteln« zwischen kleinem, mittlerem und Großeigentum zu unterscheiden ist und es beim letzteren um gesamtgesellschaftlich relevantes Eigentum an/in (alten und neuen) Schlüsselindustrien geht –, wird das zweite von der Wirklichkeit in Frage gestellt. »Die Möglichkeit zur Gestaltung des Arbeitsprozesses« usw. ist nur dem »eingeräumt«, der Arbeit hat, und das hängt auch heute davon ab,

32 Vgl. Uli Schöler: Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens, in: UTOPIE kreativ, H. 120, S. 957.

33 Uli Schöler: Ein Geistesverschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999, S. 177.

ob er ökonomisch abhängiger Lohnarbeitender oder in seinen Entscheidungen, auch über Vergabe oder Entzug von Arbeitsplätzen, weitgehend freier Eigentümer an Produktionsmitteln (beziehungsweise dessen Vertreter oder Beauftragter) ist. Der »Skandal der Masenarbeitslosigkeit« zeigt an, wie zentral das Eigentumsproblem heute nach wie vor ist. Und übrigens lernen die Ostdeutschen seit zehn Jahren nichts so gründlich und so hautnah wie die absolute Zentralität des Eigentums, und das sowohl aufgrund der Arbeits- (weil Eigentums-) losigkeit als auch des (gegen *Uli Schöler* schlagenden) Prinzips »Rückgabe (des Eigentums) vor Entschädigung«.

34 Vgl. Workshop der Bundestagsfraktion der PDS (Neues Deutschland, 13. März 2000); Hans Luft: Das Eigentum und ein Einspruch gegen den Verkauf öffentlicher Unternehmen, in: Neues Deutschland, 23./24. Januar 1999.

35 Vgl. AG Wirtschaftspolitik beim PV der PDS (Hrsg.): Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Positionen der PDS zur Wirtschaftspolitik. Analysen und Vorschläge, H. 5/6, 1999, darin Harry Nick zur Eigentumpolitik, S. 73ff.

36 Harald Werner: Anmerkungen über Gesellschaftsvertrag, Klassenkompromiß und Wirtschaftsdemokratie am Ende einer Epoche, in: Harald Werner (Hg.): Wirtschaftsdemokratie. Eine alte Antwort neu befragt, Bonn 1994, S. 72.

37 Edda Seifert: Sozialisten und Rapsmühlen, in: Neues Deutschland, 8. Januar 2000.

38 Judith Dellheim: Wirtschaftspolitik der PDS ›von unten‹. Konzepte sind daran zu messen, ob sie konkrete Veränderungen ermöglichen, in: Neues Deutschland, 25. Februar 2000.

39 Harry Nick: Zur Eigentumpolitik der PDS (Thesen vom Februar/März 2000 für die Diskussion in der Grundsatzkommission der PDS), S. 4f. (Mimeo).

Ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt der PDS-Positionen zum Eigentum ist (hier stimmen sie mit *Schöler* und Genossen überein) die Akzeptanz der Vielfalt von Eigentumsformen, wobei besonders Genossenschaften und öffentliches (kommunales, Länder- und Bundes-) Eigentum als gemeinschaftliche Eigentumsformen – und darüber hinaus kleine und mittlere Unternehmen – unterstützt und gefördert werden sollen.³⁴ In diese Überlegungen reiht sich auch das Konzept eines öffentlich finanzierten/geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) ein, der zugleich unter wirtschaftsdemokratischen Aspekten als Form öffentlichen, gemeinschaftlichen Wirtschaftens, verbunden mit »Engagement von unten«, gesehen wird.³⁵

Beim demokratischen »Wirtschaften von unten« geht es um die »Verlagerung der Steuerungs- und Entscheidungsbefugnisse in die Gesellschaft«. Berührungspunkte beziehungsweise inhaltliche Übereinstimmungen mit der von sozialdemokratischen Autoren beschriebenen »Bürgergesellschaft«, »Blick von unten« sind unübersehbar. Um anstehende ökologische und soziale Umbauprozesse zu realisieren, müsse durch Demokratisierung der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft »mehr gesellschaftliche Kreativität und Dynamik« erschlossen werden, und dafür sei die aktive Teilnahme breiter Kreise der Bevölkerung notwendig. »Institutionen dieses Demokratietyps (müssen) letztendliche Entscheidungsorgane über öffentlich vorbereitete Alternativen sein.«³⁶

Konkreter werden da schon einige Wortführer der Debatte: *Edda Seifert* fordert zum Beispiel, »praktische Kraft in das Entstehen von Keimzellen einer neuen Produktionsweise beziehungsweise in die Unterstützung bereits vorhandener zu investieren«. »Die Alternative muß als Realität einer anderen Wirtschaftsweise an der Basis der Gesellschaft wachsen ...«³⁷

Unter einem etwas anderen Aspekt plädiert *Judith Dellheim* für eine »Wirtschaftspolitik der PDS von unten«: Man sollte sich »darüber verständigen, wie die Wirtschaftspolitik zu gestalten ist, um Gruppen, Akteure und Initiativen zu organisieren und zu unterstützen, die konkrete soziale, ökologische und globale Probleme lösen wollen«³⁸. Nach *Harry Nick* sind »Strategien ... einer ›Wirtschaft von unten‹ (nötig), die ganz selbstverständlich sowohl gemeinwesenorientierte Unternehmen wie auch die kleinen und mittleren Unternehmen einschließen«³⁹.

Verallgemeinernd meinen *Joachim Bischoff* und *Hasko Hüning*, daß es sowohl für die PDS als auch für die Gewerkschaften darum ginge, gemeinsam mit der Sozialdemokratie, deren Reformpotential freizusetzen wäre, und den durch sie repräsentierten sozialen Schichten eine

andere Entwicklungsrichtung der Gesellschaft – *Kontrolle ökonomischer Macht und gemeinwohlorientierte Regulierung der Ökonomie* – zu eröffnen.⁴⁰

Reale Chancen und Ansätze für wirtschaftsdemokratische Idee und Praxis

Wirtschaftsdemokratische Überlegungen können sich auf objektive Tendenzen und Realitäten in der kapitalistisch bestimmten Gegenwartsgesellschaft stützen. Nach *Uli Schöler*: Es lasse sich heute »schon feststellen, daß im Schoße dieser alten Gesellschaft Voraussetzungen heranreifen, die über sie hinausweisen – ›Vergesellschaftungstendenzen‹ von oben wie von unten«. Mit »von oben« beschreibt er »eine Tendenz, die zwingend gesellschaftliche Entscheidungen erheischt«; »von unten« heißt bei ihm »in den gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen«. Nicht zuletzt deshalb hält er die »Neuvermessung des ›Gesellschaftlichen‹«⁴¹ für notwendig. Die folgenden vier Tendenzen beziehungsweise Realitäten sollten in einem solchen Zusammenhang gesehen werden.

Zum *ersten* sind es *Tendenzen in der modernen Produktivkräfteentwicklung*, die – nach *Marx*⁴² – in Richtung auf die Herausbildung von Keimen einer sozialistischen Alternative innerhalb des heutigen Kapitalismus weisen. *Hans-Gert Gräbe* verweist zunächst generell auf die »Austrocknung des zivilgesellschaftlichen Substrats« durch den Neoliberalismus in den neunziger Jahren, was die Frage aufwerfe, »ob neoliberale Politik nicht eher das auf die Spitze getriebene Alte als der Beginn einer neuen Epoche ist«, der »große Krach« also nicht hinter uns liege, sondern noch bevorstünde; und weiter: »ob die aktuellen technologischen Umbrüche noch einmal in primär am Profit orientierten Formen der Produktionsorganisation stabil aufgefangen werden können oder diesmal Grundpfeiler kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse erschüttert werden«. Es gebe genügend Anzeichen dafür, »daß der Stand der Produktivkräfte die Transzendierung dieser Strukturen auf die Tagesordnung« stelle.⁴³

Uwe Kremer stellt noch weitere »sozialistische Potentiale« im heutigen Kapitalismus fest, worunter er vor allem »Elemente gemeinschaftlicher Regelungen« versteht. Auch er geht von Veränderungen in der Produktivkraftentwicklung beziehungsweise in der kapitalistischen Akkumulation aus. Der moderne Kapitalismus bringe auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technologie, der Qualifikation und der kulturellen Kompetenz, der individuellen Ansprüche wie auch der ökonomischen Regulierung Potentiale hervor, die eine demokratische und verantwortlich-bewußte Gestaltung von Produktion und Konsumtion erfordern und ermöglichen. Formationstheoretisch betrachtet, scheinen »erst jetzt die Elemente und Potentiale einer sozialistischen Produktionsweise heranzureifen«.⁴⁴

Zum *zweiten*: *Die soziale Basis für demokratische Veränderungen in der Wirtschaft wird breiter*. Nicht wenige Autoren beziehungsweise Gruppen ziehen aus den Problemen, vor denen die Menschheit steht, den Schluß, daß die kapitalistische Produktionsweise an ihre physischen Grenzen stößt mit der Folge, daß die soziale Basis für demokratische (gemeinschaftliche) Veränderungen breiter werde – breiter als die traditionelle Arbeiterbewegung. Damit werden *gemeinsame*,

40 Vgl. Joachim Bischoff, Hasko Hüning: Zwischen Sozialdemokratie und Deutschtümelei? Die neue PDS nach Cottbus, in: Sozialismus, H. 11/2000, S. 9.

41 Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand ..., a. a. O., S. 266 ff.

42 »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.« Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 9.

43 Vgl. Hans-Gert Gräbe: Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt, in: UTOPIE kreativ, H. 117.

44 Vgl. Uwe Kremer: Moderner Sozialismus ..., a. a. O., S. 21; ähnlich auch Ulrich Weiß: Marx und der mögliche Sozialismus, in: UTOPIE kreativ, H. 120. Zu demokratischen Potenzen der Regionalwirtschaft vgl. Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive, Münster 2000; zur Mitbestimmung in der regionalen und kommunalen Wirtschaftspolitik Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): ReformAlternativen ..., a. a. O., S. 325.

45 Vgl. Manifest »Für eine Soziale Republik Europa und internationale Solidarität« der sozialistischen und sozialdemokratischen Linken vom 7. November 1999, in: spw, H. 110, S. 47-49.

46 Carola Möller, Brigitte Bleibaum, Ulla Peters, Lilo Steitz, Alena Wagnerowa: Wirtschaften für das »gemeine Eigene«. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin 1997.

47 Vgl. Interessengemeinschaft Arbeit, Gesundheit und Soziales bei der PDS (Hrsg.): Anders leben, anders arbeiten – Genossenschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung (Tagungsbericht), Berlin (Mai) 2000. Zum ÖBS vgl. »Bete und Arbeite«, in: Neues Deutschland, 29./30. Mai 1999; Mehr Masse oder mehr Klasse (Diskussion), in: Neues Deutschland, 11. Februar 2000; Jörg Nienlandt, Mathias Brodkorb: Ausbau der Zivilgesellschaft. Non-Profit-Organisationen und Dritter Sektor. Beilage zur Zeitschrift Sozialismus, H. 9/2000. Bettina Parry: Wenn die Kumpel ihre Zeche selbst betreiben, in: Neues Deutschland, 29./30. Mai 1999.

48 Vgl. Christoph Spehr: Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation, Berlin 2001.

49 Vgl. Michael Brie: Ein Grundkonsens ist möglich! In: Disput, H. 6/2000, S. 4.

50 Ulrich Eith: Renaissance der sozialen Frage?, in: Michael Brie, Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000, S. 67. Robert Lederer stellt (unter Berufung auf Noelle-Neumann in: FAZ, 25. Februar 1998) fest, daß

kollektive Bedürfnisse reflektiert, die nur gemeinsam befriedigt werden können; sie steigern das Verlangen, das gesellschaftliche Leben nach neuen Normen zu gestalten. Es wachse das Verlangen nach weiteren Bürgerrechten, besonders nach Mitentscheidung bei Problemlösungen, und nach universellen sozialen Rechten. Sie stützten die Logik der gemeinsamen menschlichen Entwicklung auf der Grundlage des Allgemeinwohls, in der der Mensch Subjekt, nicht Objekt der Entwicklung ist.⁴⁵

Es ist auch auf das in der Literatur der neunziger Jahre vielfach festgestellte (und schon in den siebziger und achtziger Jahren bei den DGB-Gewerkschaften registrierte) ansteigende Beteiligungsinteresse der geistig und materiell produktiv tätigen Menschen zu verweisen – als Ergebnis und Bestandteil der fortschreitenden Individualisierungsprozesse einerseits und der wachsenden, nur »kollektiv« zu lösenden Probleme andererseits.

Ein Zeichen der breiter werdenden sozialen Basis für demokratisches Wirtschaften ist die Vielzahl der konkreten, auf gemeinschaftliche Arbeit gründenden, nicht profitorientierten Projekte.⁴⁶

In diese Reihe gehören Genossenschaften verschiedenster Art, »non-Profit-Organisationen« innerhalb des »zwischen Markt und Staat« angesiedelten nichtprofitorientierten »Dritten Sektors« sowie weitere gemeinschaftlich betriebene Unternehmen.⁴⁷ Möglicherweise ergeben sich daraus in Zukunft ideelle und reale Berührungspunkte zur Idee der »Freien Kooperation« von *Christoph Spehr*, in der Freiheit und Gleichheit des Einzelnen in der Gemeinschaft zusammenfallen sollen.⁴⁸

Zum *dritten* können sich die Forderungen in Richtung demokratischen Wirtschaftens auf *kritische Einstellungen zur profitbestimmten Wirklichkeit* nicht geringer Bevölkerungsteile (und damit verbundene) positive Meinungen über Gemeinschaftlichkeit oder auch Sozialismus stützen. Aus Umfrageergebnissen der letzten Jahre schlußfolgert zum Beispiel *Michael Brie*, daß »bei breiten Schichten der Bevölkerung (insbesondere in Ostdeutschland) ein Modell von Demokratie« zu identifizieren sei, »das man im Unterschied zum Modell liberaler ... Demokratie als demokratischen Sozialismus bezeichnen kann.«⁴⁹ *Ulrich Eith* dokumentierte Umfrageergebnisse über Einstellungen zum Staat. Danach meinen 66 Prozent der Ostdeutschen und 42 Prozent der Westdeutschen, der Staat sei »auf jeden Fall« dafür verantwortlich, Arbeitsplätze zu schaffen; völlig unzufrieden mit der Wahrnehmung dieser Verantwortung sind im Osten 48 Prozent, im Westen 25, eher unzufrieden im Osten 34, im Westen 36 Prozent.⁵⁰

Nach einer Studie aus dem Allensbach-Institut, so *Detlef Hensche*, wünschen sich gute 72 Prozent der Deutschen einen fürsorglichen Staat, eine solidarische Umverteilung.⁵¹ Längsschnittstudien des Leipziger Jugendforschers *Peter Förster* ergaben in Sachsen zehn Jahre nach dem Anschluß der DDR an die ehemalige Bundesrepublik, daß von den ostdeutschen Jugendlichen (heute um 27 Jahre alt) die Vereinigung zunehmend akzeptiert, das heutige gesellschaftliche System aber als kaum zukunftsfähig bezeichnet wird.⁵² Schließlich soll noch auf die Erkenntnisse von *Thomas Gensicke* über die in den letzten Jahren zu beobachtende starke Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements hingewiesen werden, worunter er »vielfältige, über die Er-

werbstätigkeit hinausgehende, freiwillige und unentgeltliche oder nur mit geringer Aufwandsentschädigung verbundene Tätigkeiten (versteht), die ihren Schwerpunkt nicht im privat-familiären Raum haben und die nicht hauptsächlich dem Spaß und der Erholung gewidmet sind«⁵³.

Zum vierten enthalten *internationale Aktionen sozialer Bewegungen*, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften gegen die neoliberal bestimmte Globalisierung, für eine menschenwürdige Weltordnung im letzten Jahrfünft des vergangenen Jahrhunderts Ansätze für wirtschaftsdemokratische Ideen – und Ermutigung, dafür öffentlich einzutreten. Sie können hier nur aufgezählt werden:

die Bewegung der Sapatisten in Mexiko (seit 1994)⁵⁴;

die Protestbewegung gegen das von den OECD-Staaten im Interesse der international agierenden Konzerne verhandelte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), die 1998 zum Scheitern des MAI führte⁵⁵;

die am 3. Juli 1998 in Paris gegründete ATTAC-Bewegung, die für die Einschränkung der Macht internationaler Konzerne, für die demokratische Kontrolle des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) kämpft⁵⁶;

die Massenproteste gegen die Gipfeltreffen der G7 der EU, des IWF und der Weltbank in Seattle, Köln, Prag, Nizza und anderen Orten sowie jüngst gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Davos;

die Initiative des französischen Soziologen *Pierre Bourdieu* für die Einberufung von »Generalständen der sozialen Bewegungen in Europa«, die anstrebt, in Europa wirkende soziale Bewegungen – der Gewerkschaften, Arbeitslosen, Obdachlosen, Staatenlosen, Frauengruppen, Homosexuellen, Umweltvereinigungen usw. – in einem Netzwerk zu sammeln⁵⁷;

die »Weltversammlung der Städtebewohner« Ende Oktober 2000 in Mexiko-Stadt – das erste große internationale Treffen der Nichtregierungs- und Basisorganisationen im Wohnbereich gegen neoliberale Globalisierung⁵⁸;

das erste Weltsozialforum unter dem Motto »eine andere Welt ist möglich« in Porto Alegre (Brasilien) vom 25. bis 30. Januar 2001 – der bisherige Höhepunkt der weltweiten Bewegung gegen neoliberale Globalisierung⁵⁹.

Zusammengefaßt mit *André Gorz*: »Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, in der – wie vor 150 Jahren – »alles Feste verdampft« (Kommunistisches Manifest). Institutionelle Politik und politische Institutionen wirken kaum gestaltend auf die selbstläufigen Prozesse ein, die der Neoliberalismus in Gang gesetzt hat. Was sich entwickelt, sind soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, zehntausende von Selbsthilfegruppen, tausende von Gruppierungen, die sich transnational vernetzen, die Autorität, Legitimität, Zuständigkeit und Politik offizieller Experten bestreiten, politischen Druck ausüben, der selbst für die größten Konzerne und die mächtigsten Staaten gelegentlich unwiderstehlich wird.

All das genügt noch nicht, um den Zusammenbruch ganzer Gesellschaften, neue und alte Formen von Barbarei, von Versklavung, von Raub- und Religionskriegen und »ethnischen Säuberungen« usw. zu verhindern. Man kommt aber zu nichts, wenn man nicht versucht, hinter den widersprüchlichen Tendenzen der gegenwärtigen Entwicklung

relative bzw. große Mehrheiten von befragten West- und Ostdeutschen den Staat für verantwortlich sowohl bei Arbeitslosigkeit, als auch für die Absicherung von Altersversorgung und Krankheitsfolgen erklärten. 1994 gaben 60 Prozent der befragten Westdeutschen der Freiheit einen klaren Vorsprung gegenüber 30 Prozent für möglichst große Gleichheit und soziale Gerechtigkeit; 1998 stimmten 47 Prozent für den Vorrang der Freiheit, 42 Prozent für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in Ostdeutschland waren 1994 50 und 1998 60 Prozent für den Vorrang der Gleichheit – vgl. Robert Lederer: *Freiheit und Sozialismus*, Münster 2000, S. 218.

51 Ich meine unverändert, daß Solidarität mehrheitsfähig ist. IG-Medien-Vorsitzender Detlef Hensche zu ver.di, linker Gewerkschaftspolitik, dem Zeitwohlstand und dem Bündnis für Arbeit, in: *Neues Deutschland*, 17./18. März 2001.

52 Beim Vergleich der politischen Systeme von DDR und BRD schneidet erstere bescheiden ab, erhält im sozialen Bereich aber immer noch die besseren Noten. Fast jeder zweite hegt weiterhin sozialistische Ideale (aber nur neun Prozent glauben an deren Verwirklichung). Eine reformsocialistische Alternative zum gegenwärtigen System würde ein Drittel der Befragten bevorzugen, ein weiteres Drittel lehnt sie strikt ab; aktiv einsetzen würden sich dafür die wenigsten: die Bereitschaft zur politischen Teilnahme sank seit 1990 auf neun Prozent – vgl. *Neues Deutschland*, 29. September 2000 (zu ähnlichen Ergebnissen kommt die seit 1990 unter Ostdeutschen unter

Leitung von Jürgen Hofmann laufende Untersuchungsreihe »ident«).

53 Thomas Gensicke: Bürgerschaftliches Engagement im Osten und im Westen Deutschlands, in: UTOPIE kreativ, H. 93, S. 34.

54 Vgl. Frigga Haug: Kampf gegen den Neoliberalismus, in: spw, H. 100, S. 29.

55 Vgl. Jens Martens: MAI – die dritte Säule weltwirtschaftlicher (De-) Regulierung, in: spw, H. 100.

56 ATTAC – Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoens (Vereinigung für eine Besteuerung finanzieller Transaktionen zu Gunsten der Hilfe für Bürger). Sie ist mittlerweile in Frankreich in 150 regionalen oder lokalen Verbänden organisiert und in mehr als 20 weiteren Ländern aktiv. In Deutschland wurde sie im Mai 2000 als »Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte« konstituiert.

57 Diese Initiative soll »Staaten und Regierungen bedrängen und wirksame Maßnahmen durchsetzen für eine Kontrolle der Finanzmärkte und eine gerechtere Verteilung des Reichtums der Nationen – und zwar im Innern ebenso wie zwischen ihnen«. Eine solche Sammlung könnte »einen gemeinsamen schöpferischen Prozeß in Gang bringen und so den vielen Menschen, die sich in dieser Welt nicht mehr erkennen, eine realistische Utopie eröffnen, in der sich durchaus manchmal unterschiedliche und eigenständige, aber dennoch auf gemeinsame Ziele hinwirkende

latente Möglichkeiten zu erkennen, eine ganz andere weltweite Zivilisation aufzubauen.«⁶⁰

Zusammenfassung: Für ein Konzept gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens

Soziale Gerechtigkeit als eine zentrale Forderung der sozialistisch orientierten Linken umfaßt dreierlei:

Erstens: Ihr ethisches, allgemeinmenschliches Anliegen ist, dem emanzipatorischen Ansatz der sozialistischen Idee entsprechend, die gleiche Würde aller Menschen, ihr Freisein von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten eingeschlossen, und das Wohl des ganzen Gemeinwesens, das Allgemeinwohl.

Zweitens: Soziale Gerechtigkeit ist – im Unterschied zur moralisch (oder auch juristisch) bestimmten Gerechtigkeit – eine politökonomische Kategorie. In die »gerechte Verteilung« schließt sie – über die Verteilung von »Gütern für gutes Leben« hinaus – die »Verteilung« (Demokratisierung) der Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln ein, ganz nach Friedrich Engels: »Was moralisch gerecht ist, ja selbst was dem Gesetz nach gerecht ist, kann weit davon entfernt sein, sozial gerecht zu sein. Über soziale Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit wird durch eine einzige Wissenschaft entschieden – durch die Wissenschaft, die sich mit den materiellen Tatsachen von Produktion und Austausch befaßt, die Wissenschaft von der politischen Ökonomie.«⁶¹ Deshalb kann soziale Gerechtigkeit nicht anders realisiert werden als durch eine Wirtschaftsordnung, in der die Würde jedes einzelnen Menschen auch im oben genannten Sinne gewahrt (in der also seine Einflußnahme auf Entscheidungen am Arbeitsplatz und bei wirtschaftlichen Abläufen gewährleistet) und das Ziel allen Wirtschaftens das Allgemeinwohl ist.

Drittens: Dem Staat als Träger gesamtgesellschaftlicher Anliegen (des Allgemeinwohls) kommt die Aufgabe zu, soziale Gerechtigkeit, auch durch entsprechende Gesetze, zu »organisieren«.

Das Wirtschaftsdemokratiekonzept, wie es sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikern in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts vorschwebte, enthielt diese Gesichtspunkte. Es sollten die Prinzipien der (politischen) liberalen Demokratie mit Erfordernissen der sozialen (auf die Ökonomie ausgeweiteten) Demokratie politisch praktikabel verbunden werden; es war ein evolutionärer Weg hin zu einer Gesellschaft vorgesehen, in der soziale Gerechtigkeit, eine alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens umfassende Demokratie und das solidarische Miteinander der Gesellschaftsmitglieder dominieren sollten. »Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet«, so hieß es, »die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich aus dem Kapitalbesitz (also Eigentum an Produktionsmitteln – UP.) aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit«⁶². Entsprechende Erwartungen wurden an den Staat gerichtet und praktische Schritte »von unten« aus der Gesellschaft heraus eingeleitet.

Die Erfahrungen des letzten Jahrhundertviertels und der Gegenwartszustand der Welt machen diese Art Demokratisierung der Wirtschaft dringender denn je erforderlich, wenn die Menschheit überleben soll. In diese Richtung zielende Überlegungen in den Gewerk-

schaften, in der SPD und bei der PDS lassen sich davon leiten. Bei allen dabei auftretenden Unterschieden: Auf einen Nenner gebracht, geht es um eine andere als die heutige, nämlich demokratische, am Allgemeinwohl orientierte Regulationsweise der Wirtschaft – um ein *gemeinwohl-orientiertes demokratisches Wirtschaften* –, die sowohl ›von oben‹ (mit staatlichen Mitteln) als auch ›von unten‹ (aus der Gesellschaft heraus) zu gestalten ist. Besonders (aber nicht nur) bei der PDS schließen Vorschläge zur Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft das Eigentum an Produktionsmitteln von gesamtgesellschaftlichem Gewicht mit ein und werden mit den (noch bis 1989 vertretenen) gewerkschaftlichen Überlegungen, die Verfügung über dieses Eigentum zu demokratisieren, verbunden.

Die von linken Gewerkschaftern und Sozialdemokraten sowie Sozialisten außerhalb und in der PDS bezüglich der Wirtschaft unterbreiteten Vorschläge und Forderungen ergeben zusammen *Konturen eines Konzepts gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens* für die Gegenwart und nahe Zukunft. Dazu gehören unter anderem:

der Schutz und die Mehrung öffentlichen Eigentums bei demokratischer Kontrolle;

die staatliche Beteiligung an den von der öffentlichen Hand subventionierten Unternehmen;

verbindliche, demokratisch legitimierte Rahmenvorgaben gegenüber der Wirtschaft;

gesetzliche Regelungen für Kontrolle, Regulierung und Demokratisierung der Wirtschaft (politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Großes Eigentum an Produktionsmitteln, wenn es die Sozialpflichtigkeit verletzt, nach Artikel 14 und 15 GG);

die praktische Umsetzung des Konzepts eines öffentlich geförderten, nicht profitorientierten Beschäftigungssektors;

die Unterstützung von Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und anderen Formen kollektiven Wirtschaftens in allen Bereichen als Wirtschaftsdemokratisierung ›von unten‹;

die Ausweitung der Befugnisse kommunaler Selbstverwaltung, einschließlich der Aufsicht über und der Beteiligung an finanziell gestützten Unternehmen;

die Förderung des regionalen – sozial und ökologisch orientierten – Wirtschaftens, auch durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung;

die Ausweitung der Mitbestimmung auf allen Ebenen (Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen/Konzern, im öffentlichen Dienst, Medien usw.);

die Konkretisierung der Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten als beratende, kontrollierende, gestaltende Einrichtungen für die regionale, Landes- und Branchenebene – nicht als bürokratische, sondern von gesellschaftlichen Kräften/Verbänden getragene, offene und transparent arbeitende Gremien.

Vermutlich sind diese (und ähnliche weitere) Vorschläge, wenn sie – schrittweise – realisiert werden, geeignet, »der Machtzusammenballung des ›Kapitalismus‹ des obersten Stockwerks ... durch gesellschaftliche Regulierung und Grenzsetzungen entgegenzuwirken« und »die profitgetriebene (kapitalistische) Steuerung durch gesellschaftliche Regulierungen und Entscheidungen« so weit zurückzudrängen, daß das kapitalistische Profitprinzip seine Dominanz verliert.⁶³

Bemühungen im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben wiederfinden und verbünden könnten« – Das Manifest: Charta 2000. Vgl. auch Pierre Bourdieu: Gegen die Politik der Entpolitisierung. Für eine organisierte Mobilisierung internationaler gesellschaftlicher Kräfte, in: Sozialismus, H. 3/2001, S. 45, 47.

58 Vgl. Knut Unger: Städtische Sozialbewegungen verschaffen den »Geistern« Gehör. Internationales Netzwerk will den Folgen der Liberalisierung entgegenwirken, in: Neues Deutschland, 2. November 2000; Manifest für eine Soziale Republik Europa vom November 1999 über die steigende Urbanisierung in der Welt und die wachsenden kollektiven Ansprüche in diesem Zusammenhang, in: spw, H. 110.

59 Es zählte über 4700 Delegierte und mehr als 15 000 Teilnehmer in 400 Workshops, mehreren Camps. Die wichtigsten gemeinsamen Forderungen waren: Schuldenerlaß für die Entwicklungsländer, Tobinsteuer, Abschaffung der ›inoffiziellen Weltregierung‹ aus IWF, Weltbank und WTO.

60 André Gorz: Eine ganz andere Weltzivilisation denken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/2000, S. 617.

61 Friedrich Engels: Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk, in: MEW, Bd. 19, S. 247.

62 Protokoll des Hamburger ADGB-Kongresses 1928, Berlin 1928, S. 21.

63 Vgl. Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand ..., a. a. O., S. 263f.

64 Vgl. Grundsatzprogramm des DGB 1996, a.a.O., S. 3, 5, 20.

Die Vorschläge und Forderungen werfen eine Vielzahl von Fragen zum Nachdenken und Diskutieren auf. Eine sei herausgegriffen. Da die konfrontative (sich auf die kapitalistische Produktionsweise gründende) Entwicklung die Grundlagen der menschlichen Existenz zerstört, heißt die zivilisatorische Forderung: von der Konfrontation zur Kooperation. Wie gehen da die Linken mit einem Grundgedanken des geltenden DGB-Grundsatzprogramms um, der da heißt: Vorrang der gesellschaftlichen, der gesamtwirtschaftlichen Vernunft und deshalb Setzen auf Dialog- und Konsensfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen, auf das Bestreben, soziale Gegensätze und Konflikte auszugleichen?⁶⁴ Sollte er nicht (auch) im Zusammenhang mit der ethischen Motivation und der angestrebten Gewaltlosigkeit gewerkschaftlichen Wirkens seit dem 19. Jahrhundert gesehen werden? Im »Zeitalter der Extreme« (*Hobsbawm*) hat diese Position die Aggressivität des Großkapitals nicht zu bändigen vermocht. Trotzdem sollte die von Gewerkschaften verfochtene, heute mehr denn je überlebenswichtige gesamtgesellschaftliche Vernunft der nach wie vor konfrontativen Kapitalstrategie entgegengehalten und ständig der Öffentlichkeit vor Augen geführt werden, um ihr bewußt zu machen, auf welcher Seite die Verantwortung für das Nichtzustandekommen eines dem Gemeinwohl dienenden Konsenses bei wirtschaftlichen, ökologischen, sozialpolitischen Entscheidungen liegt – nämlich auf der des Kapitals.

Fritz Vilmar meint zurecht: Heute sind »weit und breit keine Bataillone, ist keine solide Machtbasis erkennbar für eine wirtschafts-demokratische Strategie, obgleich die ... Fehlleistungen des Kapitalismus nach einer alternativen Wirtschaftspolitik geradezu schreien«. Aber »gute, glaubwürdig vertretene Konzepte (verleihen) auch Macht, wie schon Marx ... wußte: Ideen können zur materiellen Gewalt werden. Daher rufen wir sie in dieser Zeit in Erinnerung«⁶⁵.

65 Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff ..., a. a. O., S. 215.

Es wird Zeit, die Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie, das *demokratische gemeinwohlorientierte Wirtschaften*, als ein dringendes gesellschaftliches Bedürfnis *in das öffentliche Bewußtsein* zu heben, damit sie zu einer breiten demokratischen Bewegung führt, die gesellschaftsverändernd wirksam wird. Denn, um mit *Frank Deppe* zu schließen, die Erfahrung lehrt, »daß die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft des Kapitals und seiner Funktionäre nur durch Kampf und den Druck sozialer und politischer Auseinandersetzungen hergestellt werden kann« und »daß alle Fortschritte der Demokratisierung, der Humanisierung und der Zivilisierung, der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, die im 20. Jahrhundert im und gegen den Kapitalismus realisiert wurden, immer auch Resultate des Klassenkampfes und der Intervention der sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen sind«. »Ohne solche sozialen Kämpfe und Bewegungen, die erst dann hegemonial werden, wenn sie sich mit einem – auch von Intellektuellen konzipierten – Projekt der Veränderung, der Zukunftsgestaltung, der Emanzipation verbinden, sind Veränderungen bestehender Herrschafts- und Machtverhältnisse überhaupt nicht denkbar.«⁶⁶ Ein solches Projekt könnte (sollte) das Konzept der Wirtschaftsdemokratie – des gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens – sein.

66 Frank Deppe: Fin de Siecle ..., a. a. O., S. 93, 185, 176.

Rudolf Hirsch Um die Endlösung

Prozeßberichte

dietz berlin

317 Seiten
gebunden mit Schutzumschlag
39,80 DM
ISBN 3-320-02020-X

In seinem Werk lebt Rudolf Hirsch fort als eine unersetzbare erinnernde und mahnende Stimme. Ruhelos bis in sein hohes Alter, berichtete er von den Prozessen gegen die Peiniger der Juden und all der anderen Opfer des Naziregimes.

Dagmar Albrecht

Mit meinem Schicksal kann ich nicht hadern...



Sippenhaft in der Familie Albrecht von Hagen

192 Seiten mit 26 Abbildungen
Broschur
24,80 DM
ISBN 3-320-02018-8

Was führte Albrecht von Hagen an die Seite Graf von Stauffenbergs, was geschah mit seiner Familie auf dem Pommerschen Landgut?
Ein Schicksal aus Deutschlands dunkelster Zeit wird der Vergessenheit entrissen.

dietz berlin

MEINHARD CREYDT

Sonderweg und Abweg. Zur Kritik einer deutschen Vergangenheitsbewältigung

Meinhard Creydt – Jg. 1957,
Dr. phil., Soziologe und
Psychologe, Berlin.

1 Die Darstellung des dem Kapitalismus immanenten Bewußtseins der Akteure und der ihm zugehörigen Subjektivität (vgl. Creydt 2000, Teil 2 und 3) sowie deren jeweiliger historisch spezifischer Verarbeitungsformen mißbrät so zum für die Ferne irgendwie interessanten, für ›das Eigene‹ irrelevanten Wissen.

2 *Losurdo* zeigt die totalitäre Tradition der Arbeitshäuser und Besserungsanstalten. Er weist auf die mit dem Ersten Weltkrieg eingeleitete ›totale Mobilmachung‹ hin, auf die auch von Liberalen propagierte »Opferung von Millionen von Individuen auf dem Altar der Rettung des Staates oder des Vaterlands« (Losurdo 1993: 60). Bereits vorher zielte die nackte Gewalt nicht nur gegen die ›Eingeborenen‹ in den Kolonien. Selbst das liberale England richtete Konzentrationslager für die rebellischen Buren ein, »in denen die Sterbeziffer, wegen der furchtbaren Lebensbedingungen und der damit zusammenhängenden Ausbreitung von Krankheiten und Epidemien, einen hohen Prozentsatz erreichte« (Losurdo 1993: 68). Im

Kritisch oder links zu sein, heißt in Deutschland heute oft, eine besondere, aus der deutschen Geschichte herrührende Charakterisierung der Gesellschaft anzunehmen. Während die anderen führenden Länder als kapitalistisch zu charakterisieren seien, trete bei Deutschland der Sonderweg in den Vordergrund.¹ Der gesellschaftstheoretische Zugang zum Nationalsozialismus steht den moralischen Wonnen entgegen, die sich daraus gewinnen lassen, daß allein ein schlechtes Gewissen als gut gilt.

Die nationalsozialistische Katastrophe verleitet dazu, vom Ergebnis her retrospektiv und finalistisch allein die in diesem Traditionszusammenhang stehenden Momente zu versammeln. An Kaiserreich und Weimarer Republik fokussiert dieses Denken allein die Vorgeschichte des Nationalsozialismus. Der historischen Kritik der Sonderwegsthese (vgl. *Blackbourn/Eley* 1984) zufolge wird die Bedeutung vormoderner Mentalitäten und Strukturen für das Kaiserreich und die Weimarer Republik überschätzt (vgl. *Grebing* 1986: 129) und die Aktivitäten des deutschen Bürgertums im Kaiserreich werden unterschätzt.

Zugleich relativiert sich der Unterschied des deutschen Bürgertums zum französischen und englischen mit der Kritik an den Übertreibungen in bezug auf ihren revolutionären Charakter. *Hoffmann* (1996: 244) bezieht die deutsche Geschichte im Kaiserreich, das Bündnis des Bürgertums mit den traditionellen Mächteliten auf die Abwehr der erstarkenden Sozialdemokratie und auf die »im internationalen Vergleich frühe Trennung der Arbeiterbewegung von der bürgerlich-nationalen Bewegung«. »Es ist mehr die Verbindung von der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise als ein jahrhundertalter Sonderweg, die den Sieg des Nationalsozialismus erklärt« (*Hobsbawm* in: *taz* vom 25. September 1996). *Leo Löwenthal* (1980: 33) berichtet als deutscher Emigrant von den Ausmaßen des Antisemitismus in den USA in den dreißiger Jahren: Er habe »auf einmal entdeckt, daß es hier (in den USA – MC.) etwas gibt wie wirklichen everyday-Antisemitismus und daß man sich nicht ungehemmt und frei als Jude in allen gesellschaftlichen Bereichen bewegen kann. Das war eine böse Enttäuschung. Daß Hotels und Clubs, ja auch ganze Berufszweige für Juden einfach verschlossen sind, das gab es in dem Ausmaß in Deutschland nun doch nicht.«

Aufschlußreich sind auch *Domenico Losurdos* (1993: 516ff., 2000: Teil 4) Argumente zur Kritik stereotyper antideutscher Deutschlandbilder und zu den internationalen Ursprüngen der nazistischen Ideologie.² Bereits vielen Spielarten des Nominalismus zufolge werden

wirkliche oder vermeintliche Besonderheiten gegen die Allgemeinheit des Begriffs ›Mensch‹ ausgespielt (vgl. *Losurdo* 1988, *Losurdo* 1989: 597ff.). Sozialdarwinistische, eugenische³ und rassistische Überzeugungen waren auch außerhalb Deutschlands weit verbreitet.

Suggeriert wird in der Sonderwegstheorie und ihrer Inanspruchnahme zur Vergangenheitsbewältigung, daß tief und durch lange Kontinuität in der deutschen Geschichte verwurzelte Kräfte zuallererst den Nationalsozialismus erklären können. Die Betonung relevanter Momente in der deutschen Geschichte, die nicht auf den Nationalsozialismus zulaufen, erscheint diese Position der Tiefe als gedanklich oberflächlich und moralisch verharmlosend. Das monolithisch und als ewig gleich unheilvoll stilisierte Deutschland kulminierte in Auschwitz. »Alles was ersten Ranges ist, muß causa sui sein. Die Herkunft aus etwas Anderem gilt als Einwand, als Wert-Anzweiflung« (Nietzsche KSA 6: 76). Zur Seite geschoben und mit Moralbässen überdröhnt werden jene vergleichsweise unaufwendigeren, gewissermaßen weniger blendenden als einleuchtenden Erklärungen des Nationalsozialismus.

Ein erstes Erklärungsmoment betrifft die Anomisierung der deutschen Gesellschaft durch Weltkrieg, Revolutions- und Bürgerkriegswirren, Hungerjahre, Inflation und so weiter und entsprechende, eben dann auch magische und voluntaristische Bewußtseins- und Mentalitätsformen:

Es »bestand in großen Teilen der Bevölkerung keine erlebte, reale Zeitperspektive mehr. Es reichten sich in der Zeit nur noch Knoten von Abhängigkeiten, die vielleicht der deus ex machina zerschlagen konnte; aufzulösen waren sie nur in der Illusion, privatistisch, in einer Grundstimmung seelischer Irrealität« (Brückner 1978: 74). Notwendig schien eine totale Veränderung ohne viel Rechenschaft über die Gegebenheiten. Deren imaginäre Überwindung war das Ziel. Atmosphärisch konnte dies nur der Nationalsozialismus bieten mit einem »quasi-revolutionären Sprung aus der Zeit, aus der Fessel der Zeit« (Ebenda), der mit Ökonomie oder Menschenwerk weniger zu tun hatte, eher mit Erscheinungen »reineren Ursprung(s) ..., z. B. das biologische Kraftvolumen des Volkes« (Ebenda) betreffend.

Ein zweites Erklärungsmoment bezieht sich auf die einem Land zu einer bestimmten Zeit mögliche Perspektive. Deutschlandspezifisch war hier erstens die durch die hoch organisierte Arbeiterbewegung begründete Blockade einer gravierenden Senkung der Arbeitslöhne. Damit wäre unter Umständen die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals abgemildert bis aufgefangen worden. »Diese reformistische Arbeiterbewegung, der es in der Tat gelang, die Löhne auch während der Krise weitgehend aufrechtzuerhalten, galt es zu zerschlagen« (Leppert-Fögen 1974: 301). Zweitens lag immanent betrachtet die Strategie räumlicher Expansion nahe (vgl. Karuscheit 1995) – im Unterschied zu anderen führenden kapitalistischen Nationen mit starker Weltmarktstellung, Kolonialbesitz, Insellage (Großbritannien) oder eigener riesiger Ausdehnung des Binnenmarkts (USA).

In einem dritten Erklärungsmoment ist die besondere Betroffenheit Deutschlands (gegenüber Frankreich und England) durch die Weltwirtschaftskrise zu nennen:

Westen weit verbreitet war die Auffassung von der Oktoberrevolution nicht als objektiver Konflikt und als Resultat von sozialen Widersprüchen, sondern als »Ergebnis der Aggression äußerer Krankheitserreger zum Schaden eines ansonsten gesunden Organismus« (Losurdo 1993: 62). Die Gleichung von Bolschewismus und Judentum genoß bei den Bürgerkriegsgegnern des Bolschewismus und ihren ausländischen Unterstützern hohe Popularität. »Zu Unrecht verklärt die Bilanz der Geschichte des Totalitarismus apologetisch die Geschichte des Okzidents mit seinen totalen Institutionen und mit seinen Massakern in den Kolonien, und diese Art von Bilanz geht sogar problemlos über die Tatsache hinweg, daß sich der Nazismus zur Rechtfertigung seiner Politik der Unterdrückung und der Ausmerzung manches Mal auf die angelsächsische Welt berufen hat« (Losurdo 1993: 72). *Henry Fords* ›Der internationale Jude‹ war ein bei den Nazis beliebtes Buch und »im Verlauf des Krieges vergleicht Hitler selbst seine Politik der Eingeborenen Osteuropas gegenüber ... mit dem Kampf gegen die Indianer Nordamerikas« (Losurdo 1993: 72). *Hannah Arendt* (1955: 289) weist darauf hin, daß »Englands öffentliche Meinung für einige Jahrzehnte den fruchtbarsten Boden für eine Unzahl von unsinnigen biologischen Weltanschauungen, die alle an Rasse doktrinen orientiert waren«, abgab. »Wollte man für Frankreich eine ähnliche Geschichte der rassistischen Verseuchung skizzieren, wie sie in zahlreichen Texten für Deutschland vorliegt, dann könnte man

ebenfalls eine eindrucksvolle Galerie von Namen zusammenbringen« (Losurdo 1989: 520).

3 *Jeremy Rifkin* hat jüngst (in: FAZ vom 18. November 2000) auf die in den USA in den zwanziger Jahren verbreiteten eugenischen Überzeugungen hingewiesen und zitiert US-Präsident *Theodore Roosevelt*: »Eines Tages werden wir erkennen, daß die oberste Pflicht guter Bürger darin besteht, ihr Blut der Nachwelt zu hinterlassen. Und daß es nicht nur darum gehen kann, die Fortpflanzung von Bürgern des falschen Typs zu erlauben. (...) Kriminelle sollten sterilisiert werden, und Minderbegabten sollte verboten werden, Nachkommen zu hinterlassen.«

Die Arbeitslosigkeit betrug (in Prozent):

in	Deutschland	Großbritannien	USA	Frankreich
1930	22,7	16,1	13,0	2,9
1931	34,3	21,3	23,3	6,5
1932	43,8	22,1	34,0	15,4

(nach Petzina 1977: 16f.)

Die Industrieproduktion (1913 = 100):

in	Deutschland	Großbritannien	USA	Frankreich
1929	108,3	104,4	182,6	144
1932	51,8	70,7	81,2	92

(nach Varga 1982: 33)

Der Unterschied Deutschlands zu den USA lag in einem anderen historischen Kontext, auf den die Krise traf: »Die USA waren von den >desintegrierenden und mobilisierenden Wirkungen (des Ersten Weltkrieges – MC.), ohne die die faschistische Bewegung kaum möglich gewesen wäre«, kaum betroffen. Es fehlte an einer starken und radikalen Arbeiterbewegung; langanhaltende ökonomische Prosperitätsphasen hatten eine konfliktdämpfende Wirkung (in Deutschland, wo solche langanhaltenden Prosperitätsphasen fehlten, wurde die Krise 1930 dagegen als Höhepunkt einer langfristig sich abwärts bewegenden, allenfalls stagnierenden Entwicklung aufgenommen) ...« (*Grebing* 1986: 180).

Ein viertes Erklärungsmoment betrifft den besonders von *Burkhard Lutz* (1984) herausgearbeiteten Dualismus (und die Spaltung der Arbeitsbevölkerung) zwischen industrieller und kleinproduzentenhafter Welt und die besonderen Versprechen, die im Nationalsozialismus für Bauern, kleine Gewerbetreibende, Handwerker usw. lagen (vgl. *Lepert-Fögen* 1974; *Karuscheit* 1995).

Ein fünftes Erklärungsmoment ist eine für große Teile der Bevölkerung relevante Angst vor dem, was ihnen als bolschewistische Frontalinfragestellung der gesamten Gesellschaft galt: In der Weimarer Republik hat man es bis 1923 mit einer Kommunistischen Partei zu tun, die als Massenpartei offen Aufstände mitträgt, auch danach von ihrer antagonistischen Haltung zum System keinen Hehl macht und damit kontinuierlich Wählerstimmen gewinnt. Dementsprechend hart wird auch von der Gegenseite der Kampf gegen linke Kräfte geführt. *Karl Retzlaw* (1974: 171, 222) spricht von allein »nach amtlichen Angaben« 557 Opfern der Freikorpsstruppen nach ihrem Einmarsch in München zwischen dem 1. und dem 8. Mai 1919 und gibt in bezug auf das Frühjahr 1921 die Zahl von »5.000 bis 6.000 revolutionär-sozialistischen politischen Häftlingen in den Gefängnissen« an. »In den letzten drei Jahren der Republik wurden 170 Kommunisten von der Polizei erschossen. Die einseitige Haltung der Justiz war offensichtlich; sie war Klassenjustiz gegenüber den Kommunisten. Solche Umstände haben die Kommunisten weiter radikalisiert. Selbst die unsinnige und verheerende These der KPD-Führung: »*Brüning* hat eine absolute Diktatur eingerichtet, wie sie die Nationalsozialisten nicht absoluter schaffen können«, wurde nun von den Mitgliedern der Partei kritiklos akzeptiert« (*Weber* 1991: 29). Die faschistische Selbstdarstellung als »Retter vor dem Bolschewismus« übertrieb die Gefahr einer nicht wirklich auf der Tagesordnung stehenden Revolution. Gleichwohl hat

die These vom Faschismus als präventiver Konterrevolution einiges für sich. In Deutschland, Italien und Spanien war »die Arbeiterbewegung insgesamt relativ stark und schränkte zweifellos durch politischen Druck im Rahmen der Demokratie den Handlungsspielraum der Unternehmer nicht unerheblich ein. Vor allem aber war in Deutschland wie in Italien eine halbe Revolution bzw. eine halbrevolutionäre Situation der Machtergreifung des Faschismus vorausgegangen. Die revolutionäre Arbeiterbewegung hatte in Deutschland zwischen 1919 und 1923 wiederholt punktuelle Erfolge errungen, ohne sich jedoch durchsetzen ... zu können ... *Harold Laski* sagt mit Recht, die deutsche Bourgeoisie »ließ sich durch den deutschen Kommunismus erschrecken, weil er mit der Revolution spielte und daher die Bourgeoisie in Furcht versetzte, ohne die zu ihrer Unterwerfung nötige materielle Macht je zu besitzen« (*Fetscher* 1971: 44).

Ein sechstes Erklärungsmoment betrifft die besondere Bedeutung von Gewalt und Kampf für die Kerngruppe der nationalsozialistischen Bewegung (vgl. *Creydt* 1995). Die im und nach dem Ersten Weltkrieg populäre und von *Max Weber* bis *Martin Heidegger* artikulierte Kriegsideologie (vgl. *Losurdo* 1995) wird hier radikalisiert. Nicht nur demobilisierte und demoralisierte Armeeangehörige stellten ein einschlägiges Reservoir dar. Rund jeder dritte Reichstagsabgeordnete von 1936 gehörte früher der ehemaligen Truppe in Deutsch-Südwestafrika, einem Freikorps oder einer Verschwörergruppe an (vgl. *Schmitt-Egner* 1980: 385; *Salomon* 1962: 29).

Ein siebtes Erklärungsmoment bilden die auch heute durchaus aktuellen Elemente eines nicht nur rechtsradikalen Denkens. Sie betreffen die Akzeptanz von Nation (vs. Weltmarkt), Führung (vs. »Illusion der Herrschaftslosigkeit und Überwindung von Hierarchie«), Kameradschaft (vs. Konkurrenz). Die Notwendigkeit einer Führungselite ist in der Weimarer Republik auch auf der linken Seite mit bedenkenswerten Argumenten präsent, etwa bei *Kurt Hiller* oder *Leonard Nelson*. *Hermann Heller* hat den politischen und ethischen Wert der Nation 1925 in einer Weise begründet, die eine Rezeption und Auseinandersetzung in der PDS auch heute lohnen würde. *Hans-Dietrich Sander*, Herausgeber der vergleichsweise als rechtes Theorieblatt zu bezeichnenden *Staatsbriefe* spricht von der »oft beschworenen aber nur wenig bewährten Kameradschaft, die garantieren muß, daß einer sich auf den anderen verlassen kann und daß man einen anderen, der etwas kann, was man selbst nicht kann, nicht beneidet, sondern bewundert, oder nicht mit Verachtung auf einen anderen herabsieht, der nicht kann, was man selbst kann. Die Kameradschaft muß jegliches Konkurrenzdenken übersteigen« (*Sander* 1995: 21f.). Hinzu tritt heute neben allen kritikablen Motiven für Ausländerfeindlichkeit die Ablehnung von kultureller und sozialer Spaltung durch Ausländerbeschäftigung und -einwanderung (vgl. *Creydt* 2001). Die Multikulti-Idyllisierung paßt zur Harmlosigkeit gegenüber der sozialen Segregation und Indifferenz (vgl. zur Kritik der einschlägigen Idealisierung von »Differenz«, »Vielfalt«, Lebensstilenklaven und Minderheiten *Creydt* 1999). Dies war nicht immer so: Der Internationale Sozialistenkongreß 1907 in Stuttgart erklärte es »zur Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die im Gefolge des Massenimportes unorganisierter Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung ihrer

4 Beliebt ist ein »pompantes Reden vom Besten der Menschheit und der Unterdrückung derselben ... solcherlei ideale Wesen und Zwecke sinken als leere Worte zusammen, welche das Herz erheben und die Vernunft leer lassen, erbauen, aber nichts aufbauen; Deklamationen, welche nur diesen Inhalt bestimmt aussprechen, daß das Individuum, welches für solche edle Zwecke zu handeln vorgibt und solche vortreffliche Redensarten führt, für ein vortreffliches Wesen gilt, – eine Aufschwellung, welche sich und anderen den Kopf groß macht, aber groß von einer leeren Aufgeblasenheit« (Hegel TWA Bd. 3: 289f.).

Lebenshaltung zu wehren. (...) Der Kongreß erkennt die Schwierigkeiten, welche in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwicklungsstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und an niedere Lebenshaltung gewöhnte Arbeiter aus Ländern mit vorwiegend agrarischer und landwirtschaftlicher Kultur erwachsen ...« (zit. n. *Gött* 1999/28).

Die gegenwärtige ›Bekämpfung des Rechtsradikalismus‹ mogelt sich meist mit kosmopolitischen und demokratischen Illusionen und Gutmenschenrhetorik über die hier angesprochenen realen Probleme hinweg und ›löst‹ Schwierigkeiten, indem sie von ihnen absieht.⁴ Die sehr ›fundamentalen‹, weit in die Vergangenheit ausholenden Interpretationen des Nationalsozialismus verdanken ihr Prestige einer Ausblendung der skizzierten notwendigen Momente jeder Erklärung des Nationalsozialismus. »Die französische Linke hat sich an alles angepaßt, sogar an die Marktwirtschaft und an die Mode. Nur einen einzigen Pfeiler ihrer früheren Unversöhnlichkeit hat sie behalten: ihren Antifaschismus und ihren Antirassismus. Und der dient ihr nun als eine Art Paravent. Um sich besser an alles anpassen zu können, stellt man etwas als höchste Gefahr dar und zeigt daran, wie wunderbar unversöhnlich man ist. Es handelt sich also um eine Art Köder ...« (*Finkelekrut* 1993: 200).

Vom monströsen Ereignis Auschwitz wird auf ebenso monströse Ursachen geschlossen. Hinzuweisen ist demgegenüber auf eine Erklärung der Judenvernichtung, die in historischen Konstellationen im Unterschied zu überhistorischen Substanzen (Antisemitismus) denkt: »Die Verschränkung beider Elemente: der ursprünglich auf Austreibung gerichtete Antisemitismus und die Vernichtung ›lebensunwerten Lebens‹ – eine Praxis, die bis zum Jahre 1941 nicht Juden als Juden zu ihren Opfern machte – lehrt, daß weder der Antisemitismus allein zur ›Endlösung‹ führte noch die nationalsozialistische Euthanasie Juden von Anfang an als ›lebensunwertes Leben‹ zu vernichten trachtete. Erst die Verbindung beider – ein Umstand, der einer ereignis- und handlungsgeschichtlichen Rekonstruktion oder einer politikorientierten Historik zu seinem Verständnis bedarf – führt zu dem, was in der nationalsozialistischen Judenvernichtung gipfelte. (...) Die Tat erwächst weit mehr aus den von den Nazis in antisemitischer Absicht herbeigeführten Umständen und Folgen der barbarischen Konzentration der Juden im Osten; Umstände und Folgen, die wiederum mittels sozial- und rassenhygienischer ›Maßnahmen‹ ›bereinigt‹ wurden, d. h. mittels der fabrikmäßigen Ermordung in Fortführung jener Praxis, die aus der Vernichtung ›lebensunwerten Lebens‹ erwachsen war« (*Diner* 1990: 104ff.).

Den Holocaust historisch zu erklären aus dem spezifischen Ineinandergreifen vieler auch in anderen Gesellschaften ›normaler‹, aber voneinander getrennter Ausgrenzungen und Verdinglichungen und deren Radikalisierung qua Kontextverschiebung und konstellativer Synergie und Emergenz (vgl. *Haug* 1986, *Heinsohn* 1995: 129ff., *Gutte/Huisken* 1997: 139ff., *Hecker* 1996), bedeutet nicht, die Singularität des Holocaust zu schmälern und die Differenz zwischen Diskriminierungs-, Fernhaltungs- oder Austreibungspraktiken und bürokratisch-quasiindustriell durchgeführtem Vernichtungs-rassismus zu übergehen. Die Aufmerksamkeit für diese Gefahr tendiert aber

ihrerseits allzu oft dazu, den Holocaust zu etwas »schlechthin Unverstehbarem« zu erheben, das »schließlich nur Gegenstand einer negativen Theologie werden« (*Kohlstruck* 1997: 32) kann, zum »numinosen Widerwert« (*Rudolf Otto*). Der besonderen Wirkung soll eine unvergleichbare Ursache substanzhaft zugeordnet werden, an der keine Verbindung zum sonst Gültigen aufgefunden werden darf. Bruch und Kontinuität mit »normalen« modernen bürgerlichen Gesellschaften brauchen aber ebenso wenig gegeneinander ausgespielt zu werden wie Entsetzen oder Trauer und die Erklärung.

Konkret und ihren Satelliten zufolge soll am deutschen Wesen zwar nichts genesen, aber alles verderben. Der Glaube an Gott scheint verloren, der an den (deutschen) Satan nicht. Mit einem »Manierismus der Wut« wird dem Ich ein »Sockel errichtet, von dem herab sich die ekelhaft-unverständliche Welt verachten läßt« (*Sloterdijk*). Mit satter Melancholie, seichtem Esprit und aggressiver Selbstgefälligkeit meinen sie einen archimedischen Punkt erwischt zu haben, auf den sie alles zu beziehen wissen. Der identifizierend-subsumtive Verstand, von wirklich jedem Thema innerhalb kürzester Zeit und mit halbscherischen Überleitungen auf Auschwitz zu kommen, operiert mit willkürlichen Gleichsetzungen und spekuliert auf ein dem Symbolismus und der Allegorie huldigenden Geschmack. Sofern dieser Verstand nicht den Nationalsozialismus gewissermaßen ästhetisiert⁵, schlägt er in Lächerlichkeit um: »Das Angestrengte, das über ihm war, der Umstand, daß er sich jeder kleinen Frage gegenüber in muskelstarke Position stellte, wie ein starker Mann, der mit Eisenkugeln spielen soll, das machte ihn lächerlich in ihren Augen ...« (*Jacobsen, Niels Lyhne*). Leider bleibt es nicht bei dieser Lächerlichkeit. »Auschwitz im Geflügelten Wort ist ein Mangel an Ehrfurcht vor denen, die dort verbrannt wurden« (*Marcuse* 1967: 9).

Vielen »antinationalen« Linken gerät ahistorisch der Faschismus zu einer Chiffre für allerhand ablehnenswerte Erscheinungen unserer Zeit und zum Anlaß für eine selbstgenügsame Gegnerschaft. Das Motto der einschlägigen Sinn- und Identitätsstiftung dieser Vergangenheitsbewältigung könnte fast lauten: »Ich bin stolz, kein Deutscher zu sein«. *Joseph Gabel* (1964) hat die hier vorherrschenden Denkformen (subsumtive Identifizierung und entkontextualisierender Vergleich) unter dem Titel »Psychologie des kommunistischen (das heißt stalinistischen – MC.) Denkens« treffend beschrieben.

Der Überbietungsdiskurs, die formelle Radikalisierung des Bestehenden, scheint einen unüberwindbaren Reiz für Leute zu haben, die bei aller rhetorischen Finesse und historischen Gelehrsamkeit, mit denen *Konkret* prunkt und renommiert, nicht wirklich denken wollen. Wie in den Idealen des Bestehenden nicht nur trotz ihrer erscheinenden Differenz zum Bestehenden, sondern gerade durch sie hindurch jede Bewegung verkehrt wird, die das Herrschende überwinden will und muß – dieser Gedanke (vgl. *Creydt* 2000), der eine wirkliche Kritik beinhalten würde, trifft auf tiefe Verweigerung. Die Fortsetzung des bloß Überbotenen schafft die Sicherheit, auf dem Boden des eigentlich Anerkannten zu operieren. Die Revisionisten wollten schon immer den Sozialismus einführen, indem sie die Verfassung »verwirklichen«, die Spontis meinten, die Subversion sich ereignen zu sehen, wo die Glücksversprechen eingelöst würden. Die »Antinationalen« nun

5 Das Vorgehen, die weniger aufwendige, »banalere« Erklärung des Nationalsozialismus zu vermeiden, hat auch eine ästhetische Seite, die sich dazu eignet, für den Zeitgeist Attraktion jenseits der Sache zu erzeugen: »Indem ich dem Gemeinen einen hohen Sinn, dem Gewöhnlichen ein geheimnisvolles Ansehen, dem Bekannten die Würde des Unbekannten, dem Endlichen einen unendlichen Schein gebe, so romantisiere ich es« (*Novalis* 1907: 304f.). Insgesamt eröffnet die Verdoppelung des Gegenstands in sich selbst und die aus ihm gezogene Abstraktion besondere Genüsse: »Der moderne Intellektuelle ... nimmt ... das Abstrakte, den Begriff oder die Idee an der Sache selbst gar nicht mehr wahr, als etwas, was an ihr ist, und zugleich von ihr verschieden. Seinem Bewußtsein gilt das Abstrakte als mit der Sache Vermischtes, beide werden miteinander verwechselt ...« (*Lefebvre* 1977: 127f.). Ohne den »Nervenschock dieser besonderen Duplizität ... finden das Interesse, die Begierde, die Liebe kein Objekt mehr. Sie sind unfähig zu leben, die menschlichen Wesen zu begreifen und zu lieben, wenn sie keinen ambivalenten, äquivoken oder berausenden Charakter haben – kein Extra, keinen doppelten Boden präsentieren. Die Dualität von Geist und Materie, von Idee und Wirklichkeit, Absolutem und Relativem, Metaphysischem und Sinnlichem, des Übernatürlichen und der Natur ist zur praktizierten Duplizität geworden ... unter dem Deckmantel des Denkens, der Poesie, der Kunst« (*Lefebvre* 1977: 131).

wollen die Gedenktagskultur und den Besinnungskult zur Permanenz und zum weltanschaulichen Zentrum allen Denkens radikalisieren. Wo man der herrschenden Wirklichkeit nichts anderes voraus hat als die fanatische Entschiedenheit, ihre Ideale zu verdinglichen und dann beim Wort zu nehmen, ereignet sich alles andere als Kritik, Aufhebung und Gesellschafts(um)gestaltung. Vielmehr rächt sich bei diesen Strebern der Vergangenheitsbewältigung der Vorsatz, den Punkt zum Zentrum zu radikalisieren, als Verschrobenheit und Verstiegtheit und fällt mit eben diesen Konsequenzen auf jene zurück, die es sich bei allem gedenkensinnigen Schwernehmen leichtmachen. Der Ausdruck Verschrobenheit erinnert an die »bildliche Redewendung von der verdrehten Schraube oder dem Schiefgewickeltsein«, insofern »die Schraube, einmal verdreht, der Wickel, einmal schief gewickelt, sich nicht mehr weiterdrehen oder weiterwickeln lassen, sondern sich um so mehr verklemmen, verwickeln oder versteifen, je mehr daran gerüttelt oder gewickelt wird« (*Binswanger* 1956: 48). In der »Verstiegtheit« ist das Verhältnis zwischen der Weite und der Höhe des Raums der jeweils vorhandenen Fähigkeiten Thema. Der Verstiegte steigt höher, als es seiner Umsicht und Weitsicht entspricht. Er versteigt sich. Wenn die antinationalen Edelmenschen nur entdecken würden, daß sie einer banal-normalen Versuchung und Fehlentwicklung unterliegen, wie viele andere anders auch, so wäre schon einiges gewonnen. Und viel gehört ja eigentlich gedanklich nicht dazu, die einfache Umkehrung ins Gegenteil – von der früheren prinzipiellen Massenfremdlichkeit zur narzißtischen Kränkung und der daraus erfolgenden Schmähung des einstigen Objekts der Begierde – wahrzunehmen (vgl. *Schneider* 1996).

Das über seinen legitimen Umfang hinausgetriebene Anliegen wird erst grenzen- und maßlos, dann absurd. *Carl Christian Bry* (1924/1988) hat in seinem aufschlußreichen Buch »Verkappte Religionen« die »Elephantiasis« schon in der Denkwelt der zwanziger Jahre beschrieben, die thematische Monomanie, aus einem Punkt die Welt zu kurieren. Auch *Hegel* kritisiert, daß »jeder Einfall sogleich zu etwas Allgemeinem gemacht, zum Götzen des Tages ausgebildet und die Aufstellung desselben zur Scharlatanerie getrieben wird, so daß er auch ebenso schnell vergessen wird und die Frucht verlorengelht, die er tragen würde, wenn er in seine Grenze eingeschränkt worden wäre. Dadurch würde er in seinem Maße anerkannt und soviel geschätzt und gebraucht, als ihm gehört, dahingegen er auf die andere Weise mit seiner ungebührlichen Aufblähung zugleich ganz zusammengeschrumpft und, wie gesagt, vergessen wird« (*Hegel* TWA Bd, 2: 565f.). *Bry* zufolge geht es im – deshalb kritikablen – geistigen Leben darum, »nicht die Person und ihren Wert zu verkünden, nicht Reklame zu machen, sondern so scharf zu profilieren, daß der Gedanke von all seinen unendlich vielen Brüdern von vornherein sich mehr abhebt, als es von Haus aus in seinem Wesen steckt« (*Bry* 1988: 37). Gerade letzteres ist für die ebenso stilistische wie politische Distinktionsmanie im Hause *Konkret* einschlägig.

Ich sehe hier ab von der Diskussion jener Zeitdiagnose, die eine Ausschwitz zum Symbol des 20. Jahrhunderts erhebende Vergangenheitsbewältigung in den Kontext eines heute breit gepflegten Opferkults stellt (vgl. *Füredi* 2000). Mißrät der Faschismusbegriff zum

Etikett, so dient er in seiner wohlfeilen Universalisierung als ebenso kitschiges wie reflexhaftes Mittel zur Erregung schlechten Gewissens und Empörungswohlgefühls. Mit der Entkoppelung des Faschismus von seiner gesellschaftlichen Konstitution geht zweierlei einher: Einerseits eine ontologisierende Verwechslung des Faschismus mit dem dann ebenfalls unmittelbar und ursprünglich wahrgenommenen ›Bösen im Menschen‹.⁶ Dies fordert wiederum eine sich anti-masochistisch verstehende und dumpf-rebellische Reaktion heraus, die den Faschismus verharmlost.

Literatur:

- Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M.
 Binswanger, Ludwig (1956): Drei Formen mißglückten Daseins, Tübingen.
 Blackburn, David/Eley, Geoff (1984): The Peculiarities of German History.
 Brückner, Peter (1984): Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären, Berlin (West).
 Bry, Carl Christian (1988): Verkappte Religionen, Nördlingen. Zuerst 1924.
 Creydt, Meinhard (1995): Die Geburt des Erfolges aus der nationalen Selbststeigerung und Läuterung im Kampf. Zu einem zentralen Moment nationalsozialistischer Ideologie, in: Kommune, H. 5.
 Creydt, Meinhard (1998): Neue Siege der Zeit über den Raum, in: Aktion, H. 2/98 (vgl. auch weitere Artikel desselben Autors zum Thema, in: Kommune, 1/99, Weg und Ziel, H.5/98, Kalaschnikow, 2/99, Hintergrund, 2/2000).
 Creydt, Meinhard (1999): Narzißmus als Sozialcharakter, in: H. Leidig (Hg.): Kritisierte Gesellschaft, Berlin.
 Creydt, Meinhard (2000): Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Gestaltungspessimismus und Utopismus im gesellschaftstheoretischen Denken, Frankfurt/M.
 Creydt, Meinhard (2001): Überbevölkerung und Zuwanderung, in: Kommune, H. 2 (i.E.).
 Diner, Dan (1990): Perspektivenwahl und Geschichtserfahrung, in: W. Pehle (Hg.): Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt/M.
 Fetscher, Iring (1971): Ist die Epoche des Faschismus beendet?, in: D. Horster/M. Nikolinakos (Hg.): Ist die Epoche des Faschismus beendet?, Frankfurt/M.
 Füredi, Frank (2000): Wie Auschwitz zum Symbol des 20. Jahrhunderts wurde, in: Novo, H. 44.
 Gabel, Joseph (1964): Psychologie des kommunistischen Denkens, in: Ders.: Formen der Entfremdung. Aufsätze zum falschen Bewußtsein, Frankfurt/M.
 Gött, Fritz (1999): Nationalbolschewismus? Eine Aufforderung zum Streitgespräch über die Ausländerpolitik. In: Aufsätze zur Diskussion, H. 68.
 Grebing, Helga (1986): Der ›deutsche Sonderweg‹, Stuttgart.
 Guette, Rolf/Huisken, Freerk (1997): Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht, Berlin.
 Haug, Wolfgang Fritz (1986): Die Faschisierung des Subjekts, Berlin (West).
 Hecker, Konrad (1996): Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung, München.
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1970): Theorie Werkausgabe, hg. v. Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel.
 Heinsohn, Gunnar (1995): Warum Auschwitz?, Reinbek bei Hamburg.
 Heller, Hermann (1992): Sozialismus und Nation, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 1, Tübingen.
 Hoffmann, Jürgen (1996): Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur, München.
 Karuscheit, Heiner (1995): Kampf für einen germanischen Massenstaat, in: Aufsätze zur Diskussion, H. 61.
 Kohlstruck, Michael (1997): Zwischen Erinnerung und Geschichte, Berlin.
 Lefebvre, Henri (1977): Kritik des Alltagslebens, Bd. 1, Kronberg/Ts.
 Leppert-Fögen, Annette (1974): Die deklassierte Klasse, Frankfurt/M.
 Losurdo, Domenico (1988): Realismus und Nominalismus als politische Kategorien, in: Ders./H.J. Sandkühler (Hg.): Philosophie als Verteidigung des Ganzen der Vernunft, Köln.
 Losurdo, Domenico (1989): Hegel und das deutsche Erbe, Köln.
 Losurdo, Domenico (1993): Marx und die Geschichte des Totalitarismus, in: Topos, H. 1.
 Losurdo, Domenico (1995): Die Gemeinschaft, der Tod, das Abendland – Heidegger und die Kriegs-ideologie, Stuttgart.
 Losurdo, Domenico (2000): Hegel und die Freiheit der Modernen, Frankfurt/M.
 Löwenthal, Leo (1980): Mitmachen wollte ich nie. Ein autobiographisches Gespräch mit Helmut Dubiel, Frankfurt/M.
 Lutz, Burkhard (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/M.
 Marcuse, Ludwig 1967: Argumente und Rezepte, München.
 Nietzsche, Friedrich: KSA: Kommentierte Studienausgabe, hg. v. Colli, Montinari. München 1980ff.
 Novalis (1907): Schriften, hg. v. J. Minor, Jena.
 Petzina, Dietmar (1977): Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden.
 Retzlaw, Karl (1974): Spartakus, Frankfurt/M.
 Sander, Hans-Dietrich (1995), in: Staatsbriefe, 1/95.
 Salomon, Ernst von (1962): Die Geächteten, Reinbek bei Hamburg.
 Schmitt-Egner, Peter (1980): Koloniale und faschistische Gewaltformen, in: Das Argument, H. 121.
 Schneider, Detlef (1996): ›Kritische Feindbeobachtung‹. Der Ärger der Linken mit dem Proletariat, in: SoZ-Magazin, Nr. 26.
 Varga, Eugen S. (1982): Die Wirtschaftskrisen, in: Ders.: Ausgewählte Schriften 1918 – 1964, Bd. 2, Köln.
 Weber, Hermann (1991): Aufstieg und Fall des deutschen Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 40.

6 Wo Auschwitz zur Metapher gerät, muß sich niemand wundern, daß nach Einschätzung von Jürgen Fuchs die Stasi-Bespitzelung in den Köpfen der DDR-Bevölkerung ein »Auschwitz in den Seelen« angerichtet habe und für den verstorbenen Kardinal Dyba die Abtreibung einen Holocaust beinhaltete.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

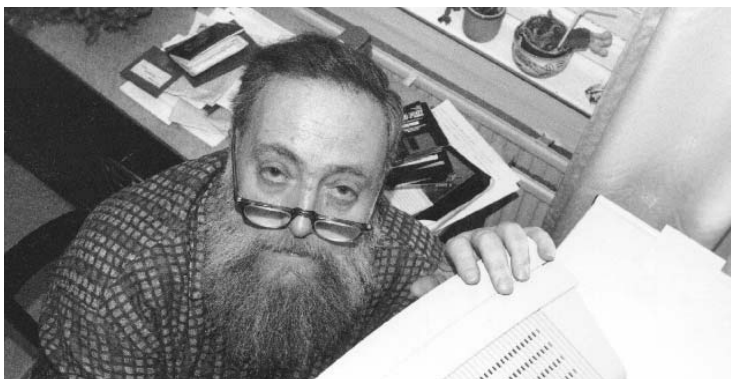


Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Die schlechte Nachricht zuerst: Ich habe gefehlt. Als ich letzstens an dieser Stelle über die PDS-Fraktion des Potsdamer Landtages herzog, indem ich behauptete, nur zwei ihrer Fraktionäre hätten jüngst gegen eine Diätenerhöhung gestimmt, war ich Opfer chusseliger Zeitungslektüre: Denn in Wahrheit stimmte – mannhaft, mannhaft (wenn ich die feministische Variante dieses Adjektivs wüßte, würde ich sie selbstverständlich auch anwenden ...) – die Fraktion geschlossen dagegen. Die zwei Abgeordneten, auf die ich mich bezogen hatte, waren zuvor auch gegen einen Kompromißvorschlag gewesen, den ihre Kollegen eingebracht hatten. Als sie damit nicht durchkamen, schlossen sie sich den beiden »Fundis« in der Fraktion an. Aber vermutlich wird das so auch wieder nicht stimmen, sondern es hat sich dann so ergeben.

Des langen Herumschreibens Sinn: Ich bitte um Entschuldigung.

Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, noch mein Mea Culpa in diese »Utopie ...« von denen, die ich übel beleumdet habe, zur Kenntnis genommen wird. Für diese Vermutung sprechen einmal die erbärmlich geringe Verbreitung dieser hervorragenden Zeitschrift und zum anderen der allseits bekannte Zeitmangel der in den Seelen hängenden Volksverteter, die – selbst wenn sie es wollten – gar nicht dazu kommen, sich theoretisch auszurüsten.

Beningeln wir, ehe wir uns dem politischen Gegner beziehungsweise künftigen Koalitionspartner zuwenden, noch ein bißchen die PDS. Es scheint – gemessen an ND-Leserbriefen und an Äußerungen der Parteiprominenz –, als sei die Lücke zwischen Basis und Spitze noch lange nicht geschlossen. Das wurde wieder deutlich, als

der Kühle aus dem Norden, Mecklenburg-Vorpommerns Minister Holter, letzters einer Zeitung sagte (und alle anderen meldeten es dann auch), die PDS solle sich bei der SPD wegen der Zwangsvereinigung entschuldigen. Weiß der Teufel, was Holter damit bezweckte. Gut, es könnte – sozusagen politisch gesehen – einigermaßen naheliegende Gründe dafür geben. Aber die sind ja nun dermaßen naheliegend, daß man sich geniert, sie zu nennen ...

Sollte der PDS-Minister allerdings wirklich gemeint haben, was er sagte und nicht ein koalitions-taktisches Spielchen gespielt haben, dann wären vielleicht einige Fragen angebracht. Eine zum Beispiel könnte lauten, ob er den Sonderparteitag vom Dezember 1989 verschlafen hat. Die Zwangsvereinigung hatte viele Vorgeschichten, eine hieß »Noske«. Wer das – wie es Helmut Holter offensichtlich tut – nicht bedenkt, ist mit schuld daran, daß wir – zehn Jahre nach Beginn des Erneuerungsprozesses! – gelegentlich schon wieder das Wort Zwangsvereinigung in schändliche Anführungszeichen gesetzt sehen!

Wenn ihm das Regieren noch etwas Zeit läßt, kann Minister Holter ja mal nachlesen, wie der nun wahrlich jeglichem Kommunismus oder gar kommunistischer Plattformen totalst unverdächtige Sebastian Haffner in seinem Buch »Die Geschichte eines Deutschen« die deutsche Sozialdemokratie beurteilt. Wahrlich, da gäbe es – gegenseitig – wohl viel zu entschuldigen.

Bei Kanzlers, lesen wir, war Kommunion, denn die neue Ehefrau nebst Tochter sind katholisch. Deutsche Sozis hatten es in dieser Hinsicht offenbar seit jeher schwer mit ihren Frauen. Schon mein Großvater selig, Zimmermann und SPD-Mitglied, hatte hinzunehmen, daß seine Frau – also meine Großmutter – ihre sechs Kinder heimlich zu Hause taufen ließ, wenn ihr Mann auf Montage war. Nun also Schröder, auch Sozialdemokrat. Im »Tagesspiegel« sinnierte Bernd Ulrich: »... Hat Schröder sich verändert, seit er Kanzler ist? Ja, sehr. Vielleicht durchs Beten. Seine Frau ist nämlich katholisch und ihre Tochter gerade zur Kommunion gegangen. Und jetzt wird eben gebetet bei Schröders ...«

Diese Information erreichte die Leserschaft, Gläubige wie Ungläubige, just am gleichen Tag, als auch des Betbruders Schröder arbeitslosenfreundliche Äußerung in allen Zeitungen Furore machte, es gebe kein Recht auf Faulheit. Schon wieder einer, der sich zu entschuldigen hätte.

**Michael Löwy:
Internationalismus und
Nationalismus: kritische Essays zu
Marxismus und »nationaler Frage«.
Mit einem Beitrag von
Enzo Traverso, ISP Köln 1999,
202 S. (29,80 DM)**

Dieses Buch ist zweifellos eine Rarität unter den Publikationen zur nationalen Frage, die in letzter Zeit den deutschsprachigen Büchermarkt überschwemmen. Seit nicht mehr zu kaschieren war, daß die angeblich »leninsche« Nationalitätenpolitik der stalinistischen und poststalinistischen Sowjetunion nicht nur keine Lösung der nationalen Frage im einstigen Völkergefängnis der Zaren gebracht, sondern nach kurzer Unterbrechung in den zwanziger Jahren hinter pseudosozialistischer Fassade die Assimilierung aller Nichtrussen noch zielstrebig und teilweise auch brutaler weiter betrieben hat, ist ein merkwürdiges Phänomen zu beobachten.

Sieht man einmal von den selbsternannten »linken Antinationalisten« unterschiedlicher Couleur ab, die Nationen und Nationales für »kollektive Halluzinationen« halten, tun sich auch Linke, die sich ernsthaft mit dieser heiklen Materie beschäftigen, schwer mit den marxistischen Versuchen, eine theoretisch stichhaltige und vor allem praktikable Konzeption zu entwickeln. Da die Bekundungen von Politikern und Ideologen »realsozialistischer« Vielvölkerstaaten, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten ihrer Länder seien entsprechend den »Lehren der Klassiker« befriedigend geregelt, sich nunmehr als Mischung von Verlogenheit und Selbsttäuschung entpuppt haben, läßt sich offenbar so mancher zu dem Trugschluß verleiten, eine Beschäftigung mit den vorgeblichen theoretischen Grundlagen der gescheiterten Politik erübrige sich. Selbst *Eric J. Hobsbawm* nennt zwar in seinem bekannten Werk »Nationen und Nationalismus« mehrfach Autoren wie *Karl Marx*, *Friedrich Engels*, *Otto Bauer*, *Karl Renner*, *Karl Kautsky*, *Rosa Luxemburg*, *Wladimir Lenin* und *Josef Stalin*, zitiert gelegentlich auch einige von ihnen, geht aber nicht näher auf ihre Konzeptionen ein.

Die kritische Auseinandersetzung mit diesen Auffassungen aber ist das Hauptanliegen der hier zu besprechenden als »Kapitel« bezeichneten und teilweise bereits in anderssprachigen Publikationen abgedruckten »Essays«. In den Kreis der Begründer marxistischer Konzeptionen einer Lösung der nationalen Frage beziehen *Löwy* und *Traverso* neben den auch von *Hobsbawm* genannten noch *Leo Trotzki* und die *Bauer*-Kritiker *Anton Pannekoek* und *Josef Strasser* ein.

Im ersten Beitrag (S. 13 - 24) geht es um den philosophischen Hintergrund des Internationalismus der »Kosmopoliten« *Marx* und *Engels*. Auch der zweite, von beiden Verfassern gemeinsam geschriebene Artikel (S. 25 - 44) behandelt, wie im Vorwort des Bandes formuliert, »Unzulänglichkeiten« der Begründer des Marxismus in der nationalen Frage. Dabei ist eine gewisse Tendenz nicht zu verkennen, auch die größten Verirrungen, etwa die Einstellung zu den »geschichtslosen Völkern«, wenn schon nicht zu rechtfertigen, so doch in einem milderen Licht erscheinen zu lassen, weil ja auch die »geschichtlichen Völker« (Franzosen, Deutsche, Engländer) ihren Anteil an »abschätzigen Bemerkungen« abbekommen hätten. Andererseits bleibt unerwähnt, daß sich *Engels*, dessen zeitweilig abgrundtiefe Verachtung speziell der nach seiner Überzeugung »im Interesse des Fortschritts« zur Germanisierung verurteilten Tschechen keineswegs nur als Jugendsünde abgetan werden kann, im reifen Alter zu der Einsicht durchringt, die er am 30. August 1892 dem Mitbegründer und führenden Mitglied der österreichischen sozialdemokratischen Partei *Victor Adler* mitteilte (Bd. 38, S. 445): »Das Zusammenwirken mit den Tschechen ist auch politisch eine Notwendigkeit. Die Leute sitzen mitten in Deutschland, wir sind an sie gebunden, wie sie an uns, und wir haben alles Interesse daran, da nicht ein jungtschechisch-russisch-panslawistisches Nest draus werden zu lassen ... Und da die Leute ja quoad nationale Autonomie auf tschechischem Gebiet (Hervorhebung mittels Kursivs von Engels - R. L.) alles von uns bekommen können, was sie wollen und brauchen, hat's auch keine Gefahr. (Du siehst, ich operiere in dieser Beziehung immer ohne Rücksicht auf die momentane politische Trennung von Deutschland.)«

Das 1974 als Einleitung zu einer französischen Anthologie mit Texten zur nationalen Frage verfaßte Kapitel 3 (S. 45–86) enthält unter dem Titel »Die Marxisten und die nationale Frage« vier Abschnitte, die jeweils *Marx* und *Engels*, *Rosa Luxemburg* und *Trotzki*, *Renner* und *Bauer* sowie *Stalin* (so die Reihenfolge) und *Lenin* gewidmet sind. Im ersten Abschnitt wiederholt sich verständlicherweise vieles aus den beiden ersten Kapiteln. Das Resümee zu *Marx*, gleich zu Beginn gegeben, lautet: »Bei *Marx* findet sich weder eine systematische Theorie der nationalen Frage, d. h. eine präzise Definition des Begriffs »Nation«, noch eine allgemeine politische Strategie für das Proletariat auf diesem Gebiet.«

Die Zusammenfassung der Konzeptionen von *Rosa Luxemburg*, *Trotzki*, *Pannekoek* und *Strasser* unter der Überschrift »Die radikale Linke gegen den nationalen Separatismus« ist nicht stringent. Denn *Rosa Luxemburgs* Theorien zur nationalen Frage beruhen nach *Löwys* Auffassung auf »vier grundlegenden theoretischen, methodologischen und politischen Irrtümern«: 1. Das ökonomisch von Rußland abhängige Polen könne nicht politisch unabhängig sein; 2. Da *Rosa Luxemburg* in der Nation im wesentlichen ein kulturelles Phänomen sah, plädierte sie lediglich für die »freie kulturelle Entwicklung« der Minderheiten, verweigerte ihnen aber das Recht der politischen Selbstbestimmung; 3. Sie unterschätzte allgemein die revolutionäre Potenz nationaler Bewegungen unterdrückter Völker; 4. Sie verstand nicht, daß nationale Befreiung auch der Wunsch des Proletariats ist.

Trotzkis Argumentation sei anfangs »etwas konfus«, doch sei er stets für das Recht auf Selbstbestimmung eingetreten, und 1917 habe er sich die leninistische Auffassung zu eigen gemacht.

Pannekoek und *Strasser* hätten den absoluten Vorrang der Klasseninteressen vor nationalen Interessen betont. *Bauers* »kantianisches und nichtmaterialistisches« nationales Programm hätten sie für im Kapitalismus nicht realisierbar gehalten.

Renners und *Bauers* Auffassungen werden unter der Überschrift »Das austromarxistische Zentrum und die kulturelle Autonomie« zusammengefaßt. Beide hätten den Separatismus abgelehnt, wenn auch aus »fast diametral

entgegengesetzten« Gründen. *Renner* sei es in erster Linie darum gegangen, den einheitlichen österreichisch-ungarischen Staat durch Zugeständnisse an die nationalen Minderheiten zu retten. Die Beurteilung *Bauers* ist extrem kritisch. Der Begriff des Nationalcharakters sei »rein metaphysisch und neukantianischen Ursprungs«. (Eine »ausgewogenere« Einschätzung *Bauers* enthält, wie *Löwy* im Vorwort des Bandes selbst vermerkt, Kapitel 4, worauf noch zurückzukommen ist.)

Die Überschrift des vierten Abschnittes »Lenin und das Recht auf Selbstbestimmung« erfaßt treffend das Wesen des Beitrags der Bolschewiki zur Schaffung der Grundlagen einer Konzeption zur Lösung der nationalen Frage in Rußland. Die weiteren Ausführungen verdeutlichen aber auch, daß *Stalin* von dieser Grundlage nicht erst abwich, als er sich die absolute Macht in der KPdSU und im Sowjetstaat erschlichen hatte. Schon sein Aufsatz »Marxismus und die nationale Frage« offenbare wesentliche inhaltliche Unterschiede zu *Lenins* Auffassungen. So seien die Begriffe »Nationalcharakter«, »Gemeinschaft der psychischen Wesensart« oder »Besonderheiten der Geistesprägung« »in keiner Weise leninistisch«, sondern von *Bauer* entlehnt. Die Idee einer Nationalpsychologie habe »mehr mit einer oberflächlichen und vorwissenschaftlichen Volkskunde als mit einer marxistischen Analyse der nationalen Frage zu tun«. Sicherlich trifft dies auf den jeweiligen konkreten Kontext dieser Formulierungen, nicht zuletzt in der allgemeinen Definition der Nation, zu. Allerdings erklärt *Stalin* (Werke Bd. 2, S. 271) auch, die »spezifische psychische Wesensart« habe sich »infolge ungleicher Existenzbedingungen von Generation zu Generation« herausgebildet. Natürlich sei die »psychische Wesensart«, der »Nationalcharakter« (Anführungszeichen hier von *Stalin* – R. L.) an und für sich »etwas Ungreifbares«, »insofern sie aber in der Kultur ihren Ausdruck findet«, sei sie greifbar und dürfe nicht ignoriert werden. Wie die Kultur »ihren Ausdruck« findet, bleibt jedoch offen.

Stalins vier angeblich obligatorische Merkmale benennende Definition der Nation und insbesondere die im Original kursiv gedruckte Behauptung »Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation«,

bezeichnet Löwy zu Recht als ein »ideologisches Prokrustesbett«, mit dem realiter existierenden Nationen dieser Status verweigert werden kann.

Bei *Lenin* fände sich nirgends eine solche »ultimativistische, rigide und willkürliche ›Definition‹ der Nation. Man kann noch weiter gehen. Ich habe bei *Lenin* überhaupt keine Definition gefunden. Die einzige Stelle, die etwas Definitorisches anklingen läßt, lautet: »Zur theoretischen Definition der Annexion gehört der Begriff ›fremdes Volk‹, d. h. ein Volk das seine Eigenart und den Willen zur selbständigen Existenz bewahrt hat« (Werke Bd. 24, S. 433).

Im Unterschied zu *Stalin*, der sich seitelang gegen die austromarxistische Kulturautonomie ereiferte, habe *Lenin* auch in dieser Frage jedweden Dogmatismus vermieden. In der Tat beinhalteten die Ansätze zu einer echten Lösung der nationalen Frage in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution eine sinnvolle Kombination von Gebiets- und Kulturautonomie.

Schließlich habe *Stalin* keinerlei Unterschied zwischen dem russischen Großmachtchauvinismus und dem Nationalismus der unterdrückten Völker gemacht, was neben der Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung eine unabdingbare Komponente von *Lenins* Konzeption war.

Das Fazit des (wie schon erwähnt, 1974 verfaßten) Textes, betitelt »Die Lehren der Geschichte«, ist durch den weiteren Gang der Geschichte teilweise überholt. So, wenn den Basken bescheinigt wird, »an der Spitze des revolutionären Kampfes« in Spanien zu stehen, oder den Tschechen, sie hätten durch die »freiwillige Föderation mit der slowakischen Nation« ihren »eigenen Staat« begründet. Höchst aktuell ist dagegen noch immer die Warnung vor den »Viren des Großmachtchauvinismus und der opportunistischen Kapitulation vor dem bürgerlichen Nationalismus – den Viren, die von der russischen und der chinesischen Bürokratie und ihren Gefolgsleuten auf der ganzen Welt verbreitet werden«. Trotz einer völlig veränderten weltpolitischen Lage ist leider auch dieser Nachsatz, denkt man an Tschetschenien, Tibet und Ostturkestan, nicht obsolet.

Kapitel 4, überschrieben »Die Nation als Schicksalsgemeinschaft« ist der Aktualität

von *Otto Bauers* Konzeption gewidmet. Man erfährt, daß *Bauer* nach dem Scheitern seines auf die Erhaltung der Einheit Österreichs orientierten Programms der Kulturautonomie 1918 selbst dessen Unadäquatheit eingesehen und das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung akzeptiert habe. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht *Bauers* Definition der Nation. Indem er diese als Ergebnis einer »geschichtlichen Schicksalsgemeinschaft« als »das nie vollendete Produkt eines stetig vor sich gehenden Prozesses« definiere, begeben er sich »in eine unerbittliche Gegnerschaft zum nationalen Konservatismus, zu den reaktionären Mythen von der ›ewigen‹ Nation und der rassistischen Ideologie.« Der Versuch einer »vollständigen Begriffsbestimmung«, vor dem, wie *Löwy* formuliert, *Bauer* nicht »zurückschreckt«, lautet: »Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen«. *Löwy* interpretiert dies im Sinne einer »inneren, in einer gemeinsamen Erfahrung wurzelnden kulturellen Einheit«. Wobei wieder offen bleibt, worin sich diese konkret äußert. Vielleicht wird man *Bauer* am ehesten gerecht, wenn man seine »Charaktergemeinschaft« dahingehend deutet, daß sich die Angehörigen einer solchen Gemeinschaft einig sind, daß sie dazugehören. Denn das ist schließlich das einzige Kriterium, das bleibt, wenn alle »objektiven« Merkmale versagen.

Die Kapitel 5 bis 7 (S. 95 - 141), von denen die ersten beiden 1989 und das letzte 1993 in Englisch erschienen, befassen sich nach *Löwys* im Vorwort geäußerter eigener Einschätzung mit der gegenwärtigen Zunahme des Nationalismus und den Möglichkeiten, daß sich ein neuer Internationalismus entwickelt. Er muß dabei einräumen, daß er »die explosive Welle interner nationaler Konflikte unter den Gemeinschaften des ehemaligen sogenannten ›sozialistischen Lagers‹ nicht vorausgesehen« habe.

Enzo Traverso behandelt in seinem »Sozialismus und Nation« betitelten Beitrag (S. 143 - 161) die zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter Marxisten geführte Kontroverse um die Zukunft der Nationen. Dabei zeigt sich, daß sich die Theoretiker der II. Internationale in dieser Hinsicht anders gruppierten als in der Frage der akuten politischen Lösung der nationalen

Frage. Während *Kautsky, Lenin, Stalin* und *Trotsky* entschieden für das Recht auf nationale Selbstbestimmung bis zur Lostrennung eingetreten seien, hätten *Bauer, Renner* und der Bundist Medem für national-kulturelle Autonomie plädiert, und *Rosa Luxemburg, Pannekoek* und *Strasser* sich vehement gegen jegliche Form von Separatismus gewandt. Hinsichtlich der Zukunft der Nationen ergäbe sich dagegen eine Zweiteilung. *Kautsky, Lenin, Pannekoek* und *Strasser* hätten die »Assimilation/Annullierung der Nationen in einer universalen und anationalen Gemeinschaft« nach dem Sieg des Sozialismus vorausgesagt, während *Bauer, Trotsky* und *Rosa Luxemburg* die Vision einer »Befreiung/Entwicklung« der Nationen gehabt hätten. Diese divergierenden Positionen könnten als unterschiedliche Interpretationen des Werks von *Marx* und *Engels* aufgefaßt werden, das »ausreichend verschwommen und enigmatisch« sei, um beide zu rechtfertigen. Ob dem so ist, sei dahingestellt. Auf *Lenin* trifft diese Einschätzung nur teilweise zu. Sie läßt unberücksichtigt, daß seine Auffassungen in der nationalen Frage von 1903, als er sich zum ersten Mal zu diesem Thema äußerte, bis 1917 in mancherlei Hinsicht eine grundlegende Wandlung durchmachten. So revidierte er wenige Wochen nach seinem Amtsantritt als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare seine seit 1903 immer wieder zum Ausdruck gebrachte Ablehnung des Föderalismus und bot der bürgerlichen Ukrainischen »Volksrepublik« einen Vertrag über »föderative oder ähnliche« Beziehungen an. Anfang Januar 1918 verfaßte er eine »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes«. Punkt 2 der Deklaration lautete: »Die Sowjetrepublik Rußland wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet«. Nach zweieinhalb Jahren praktischer Erfahrung als Regierungschef urteilte er in seiner berühmten Schrift »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus« nüchtern: »... nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern werden sich ... noch sehr, sehr lange sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten« (Werke, Bd. 31, S. 79).

Das in der heutigen Debatte zur Nation virulente Problem der Beziehung des Phänomens Nation zum übergeordneten des Ethnos, das in den im hier besprochenen Buch behandelten Positionen zur nationalen Frage keine Rolle spielte, wird nicht thematisiert.

Dieses kleine Defizit mindert natürlich den Wert dieser Essays in keiner Weise.

Sein Nutzen wird noch erhöht durch Erklärungen von Fremdwörtern, fremdsprachigen und seltenen Wörtern (S. 163 - 166) sowie ein petit gedrucktes Literaturverzeichnis, das nicht weniger als 27 Seiten (S. 167 - 194) umfaßt. Es enthält Publikationen nicht nur in Deutsch, Englisch und Französisch, sondern auch in Italienisch, Spanisch, Russisch, Serbisch und Jiddisch. Von *Lenins* Arbeiten werden 59 angeführt.

Den Abschluß bilden eine Sach- und Personenregister sowie editorische Notizen.

Man kann dieses interessante Buch jedem an der im Gange befindlichen Diskussion zum Nationalen Interessierten, in besonderem Maße natürlich den unmittelbar daran Beteiligten, wärmstens empfehlen.

RONALD LÖTZSCH

Axel Tschentscher:
Prozedurale Theorien
der Gerechtigkeit,
 Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
 Baden 2000, 415 S. (98 DM)
 (Bd. 24 der von Robert Alexy
 und Ralf Dreier herausgegebenen
 Studien zur Rechtsphilosophie
 und Rechtstheorie)

Wir sind Zeitzeugen einer Gerechtigkeitsinflation. Leider nur in der Literatur. Wenn es in der Wirklichkeit so viel Gerechtigkeit gäbe, wie darüber Bücher in den Bibliotheken verstauben,¹ stünde es schlecht um die Weltverbesserer aller Spielarten. Auch Utopie kreativ könnte ihr Erscheinen einstellen. So aber taucht das Gerechtigkeitsvokabular in den Programmen aller Parteien, aller Theorien, aller Religionen auf, und niemand hält sich und seine eigene Sache für ungerecht. Ungerecht sind immer nur die anderen ...

Wer geneigt ist, des Augustinus berühmte Frage: »Was aber sind Staaten, wenn ihnen die Gerechtigkeit fehlt, anders als große Räuberbanden?«² bejahend zu beantworten, sollte wissen, daß diese Frage bloß rhetorischer Natur ist. Jedenfalls solange es keine zwingende Antwort auf die viel schlichtere Frage gibt, was denn nun eigentlich Gerechtigkeit (und Ungerechtigkeit) ist?

Man pflegt materiale und formale (d. h. inhaltsindifferente) Gerechtigkeitstheorien zu unterscheiden, und unter den formalen Theorien haben seit *John Rawls* (*A Theory of Justice*, 1971) und *Jürgen Habermas* (Faktizität und Geltung, 1992; vgl. *Utopie kreativ* 35/36, 1993, 110 - 116) die sogenannten prozeduralen Theorien den allermeisten Zulauf. *Tschentscher*, der unter materialer Gerechtigkeit eine Ergebnisgerechtigkeit und unter prozeduraler Gerechtigkeit eine Verfahrensgerechtigkeit versteht (S. 119), unternimmt es nun, ausgehend von den vier von ihm für fundamental gehaltenen Grundpositionen der politischen Philosophie (der nietzscheanischen, der aristotelischen, der hobbesianischen und der kantischen) an die dreißig verschiedene Gerechtigkeitstheorien der Gegenwart zu bilanzieren. Darunter sind die von *Alexy*, *Barry*, *Buchanan*, *Habermas*, *Hayek*, *Höffe*, *Kelsen*, *Nagel*, *Nozick*, *Rawls*, *Taylor* und *Walzer*. Im Anschluß an diese allesamt feingestochenen Kritiken werden dann mit allerhöchster Gelehrsamkeit die Grundzüge einer eigenen Diskurstheorie der Gerechtigkeit entwickelt. Mit dieser beansprucht *Tschentscher* im Ergebnis einer »kombinativen Begründungsstrategie« (S. 317), methodisch einen Mittelweg zwischen *Habermas* und *Alexy* entdeckt zu haben. Ein harter Alleinvertretungsanspruch beendet schließlich (S. 363) das ganze Gedankenspiel: Zu einer prozeduralen Gerechtigkeitsbegründung und -erzeugung gebe es keine Alternative!

Was bleibt, sind freilich die noch härteren Tatsachen. Der Autor erspart sich innerhalb seines Abstraktionsgefüges weitgehend eine Kontaktaufnahme mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Auch jeden Diskurs mit ausgemachten Linken vermeidet er. Aber da er nirgends behauptet, daß die Macht/Ohnmachtstruktur der Weltgesellschaft von heute das Ergebnis eines Gerechtigkeitsdiskurses ist, ja, da er sogar über die (nun wirklich kaum zu bestreitende) Einsicht verfügt, daß die Wirt-

schaft keinerlei Diskurscharakter aufweist (S. 357), bürdet er ausschließlich denjenigen seinen Gerechtigkeitsdiskurs auf, die wenigstens an einer sozialstaatlichen Korrektur der herrschenden Eigentums-, Einkommens- und Militärverhältnisse interessiert sind. Von anderem ganz zu schweigen.

Gewiß gehört zur Gerechtigkeit (wie zur Wahrheit) auch der Weg zu ihr, und nicht nur das Resultat. Aber alle sich aufs Prozedurale beschränkende Gerechtigkeitstheorien kaschieren eine existentielle Wahrheit: Der Diskurs über die Freiheits-, Gleichheits- und Eigentumsverhältnisse in einer Gesellschaft läßt sich eingreifend (statt folgenlos) nur unter den längst etablierten Bedingungen dieser Gesellschaft, den existenten und zudem strukturierten Gewalten in Politik, Wirtschaft und Medien, führen. Ergo: Wer von prozeduralen Gerechtigkeits-theorien dieses Kalibers behauptet, daß es zu ihnen keine Alternative gebe, behauptet tatsächlich, daß es zum existenten Realkapitalismus keine Alternative gibt. Um sich mit solch einem Ergebnis zufrieden zu geben, bedarf es allerdings keinerlei intellektuellen Aufwands.

HERMANN KLENNER

- 1 Deutschsprachige Monographien des letzten Dezenniums: T. Bausch: *Ungleichheit und Gerechtigkeit*, Berlin 1993; A. Beier: *Alternative: Soziale Gerechtigkeit* Hamburg 2000; M. Brumlik: *Gerechtigkeit zwischen Generationen*, Berlin 1995; R. Forst: *Kontexte der Gerechtigkeit*, Frankfurt 1994; J. Habermas: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt 1994; O. Höffe (ed.): *Rawls. Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Berlin 1998; H. Hofmann: *Die vergessene Gerechtigkeit*, München 1997; N. Jansen: *Die Struktur der Gerechtigkeit*, Baden-Baden 1998; C. Jemmerling: *Die Gegenwart der Gerechtigkeit*, Berlin 1995; A. Kaufmann: *Über Gerechtigkeit*, Köln 1993; W. Kersting: *Theorien der sozialen Gerechtigkeit*, Stuttgart 2000; H.-J. Koch (ed.): *Theorien der Gerechtigkeit*, Stuttgart 1994; A. Krebs (ed.): *Gleichheit oder Gerechtigkeit*, Frankfurt 2000; W. Maihofer (ed.): *Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit*, Stuttgart 1992; H. Monz: *Gerechtigkeit bei Marx und in der hebräischen Bibel*, Baden-Baden 1995; J. Müller: *Demokratische Gerechtigkeit*, München 1993; H. Münkler (ed.): *Konzeptionen der Gerechtigkeit*, Baden-Baden 1999; G. Orsi (ed.): *Gerechtigkeit*, Frankfurt 1993; H. Pauer: *Das Andere der Gerechtigkeit*, Berlin 1996; J. Rawls: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt 1990; J. Ritsert: *Gerechtigkeit und Gleichheit*, München 1997; Stephan Rothlin: *Gerechtigkeit in Freiheit*, Frankfurt 1992; B. Rütters: *Das Ungerechte an der Gerechtigkeit*, Osnabrück 1991; D. Schieck: *Differenzierte Gerechtigkeit*, Baden-Baden 2000; M. Schmitt (ed.): *Gerechtigkeitsserleben*, Opladen 1999; E.-M. Schwickert: *Feminismus und Gerechtigkeit*, Berlin 2000; J. Shklar: *Über Ungerechtigkeit*, Berlin 1992; S. Smid (ed.): *Gerechtigkeit und Rechtsstaat*, Frankfurt 1996; M. Tschirf (ed.): *Was bleibt an sozialer Gerechtigkeit*, Wien 2000; M. Walzer: *Sphären der Gerechtigkeit*, Frankfurt 1992; R. Zippelius: *Recht und Gerechtigkeit*, Berlin 1994. Einen historischen Gesamtüberblick bietet H. Klenner: »Gerechtigkeits-theorien in Vergangenheit und Gegenwart«, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*, Bd. 8 (1995), Heft 8/9, S. 91-110.
- 2 Aurelius Augustinus, *Opera*, Bd. 14/1, Paris 1955, S. 101

Leo Panitch, Colin Leys (Hg.):
 Necessary and Unnecessary
 Utopias. Socialist Register 2000,
 Merlin Press Rendlesham,
 Suffolk 1999, 297 S.

Nach *Marx* und *Engels* sind politische Utopien antizipatorische Reflexe auf gesellschaftliche Verhältnisse, deren Widersprüche den Wunsch nach einer besseren Alternative hervorrufen. Da aber selbst noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die reale Struktur der durch die Industrialisierung umgewälzten bürgerlichen Gesellschaft unklar gewesen sei, habe die konstruierte utopische Gegenwart der Klassiker dieser Denktradition seit Morus die zukünftige vollkommene Gesellschaftsformation nicht nur lediglich spekulativ reproduziert. Auch die angegebenen Mittel zur Erreichung dieses Ziels mußten nach *Marx* und *Engels* notwendig in die Irre führen. Insbesondere seien den Utopisten angesichts des geringen Grades der Industrialisierung die materiellen Bedingungen der Befreiung des modernen Proletariats verborgen geblieben: Sie hätten aus diesem Grund auch nicht erkennen können, daß es sich bei ihm keineswegs um ein leidendes Objekt, sondern um das welthistorische Subjekt handelt, das mit seiner eigenen Befreiung die angestrebte kommunistische Gesellschaft selbst hervorbringt.

Das klassische utopische Denken wurde gleichwohl von *Marx* und *Engels* nicht pauschal verworfen. Insbesondere *Kautsky* bemühte sich um den Nachweis, daß das Genre der politischen Utopie im »Wissenschaftlichen Sozialismus« »aufgehoben« sei. Für ihn wie für den klassischen Marxismus überhaupt markiert also das Werk von *Marx* und *Engels* zugleich die entscheidende Zäsur in der Entwicklung des utopischen Denkens: »Notwendige« Utopien sind ihnen zufolge solche Wunschbilder einer zukünftigen Gesellschaft, die als Vorläufer des marxistischen Sozialismus gelten können; »nichtnotwendige«, ja reaktionäre Utopien sind dagegen konstruierte Gesellschaftsbilder, die hinter die Standards des von *Marx* und *Engels* entwickelten historischen Materialismus zurückfallen, weil sie die schlechte Wirklichkeit des Kapitalismus nur reproduzierten.

Die Väter des »wissenschaftlichen Sozialismus« haben dann auch nicht gezögert, ein striktes utopisches Bilderverbot hinsichtlich aller zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen zu verhängen, deren Ausgang sie – von einigen allgemeinen Prinzipien abgesehen – dem historischen Prozeß und seinen Kontingenzen selbst überließen. Es ist ein großes Verdienst des vorliegenden Versuches über »Necessary and Unnecessary Utopias«, die Grundlagen eines neuen sozialistischen Projekts im neuen Jahrtausend zu reflektieren, daß er sich ausdrücklich von dem orthodoxen Standpunkt distanziert, der utopisches Denken schon deswegen als »unwissenschaftlich« abtut, nur weil es utopisch ist. Gerade angesichts des Zusammenbruchs der kommunistischen Regimes in Mittel- und Osteuropa, der Problematik eines »dritten Weges« im Sinne *Tony Blairs*, der die soziale Demokratie mit dem Sozialismus gleichsetze, und der Herausforderung der neo-liberalen Restauration im globalen Maßstab sei das Denken in imaginären Kategorien notwendiger denn je (VII). Doch die alte, bereits von *Kautsky* aufgeworfene Frage bleibt: Wie muß eine für die Erneuerung des sozialistischen Projekts »notwendige« Utopie aussehen? Und woran läßt sich eine »nichtnotwendige« Utopie erkennen, die dem Ziel eines erneuerten Sozialismus eher schadet als nutzt, weil sie in eine Sackgasse führt?

Zur Klärung dieser Frage werden in dem vorliegenden Band verschiedene Politikfelder untersucht: Sie reichen von der möglichen Rolle des Marktes in einem erneuerten sozialistischen Projekt (*Diane Elson*) und der Kritik an der Konzeption eines »Dritten Weges« sozialdemokratischer Provenienz (*Alan Zuege*) über die Struktur utopischer Familien (*Johanna Brenner*) und die Notwendigkeit feministischer Perspektiven (*Frigga Haug*) bis hin zur »schwarzen« Utopie der Gentechnologie (*Varda Burstyn*) und dem rechtsradikalen Populismus in den USA am Vorabend des Millenniums (*Carl Boggs*), um nur einige »Fallbeispiele« zu nennen.

Mehr programmatischen Charakter lassen demgegenüber die Aufsätze von *Leo Panitch*, *Sam Gindin*, *Terry Eagleton* und *Norman Geras* erkennen. Sie gehen von der zutreffenden Annahme aus, daß *Marx* und *Engels* ihr Lebenswerk zwar der Untersuchung der

politischen Ökonomie der industrialisierten bürgerlichen Gesellschaft gewidmet haben. Dennoch seien ihre Analysen erfolgt im Licht einer möglichen alternativen Sozietät, der die zentralen Defizite ihres Untersuchungsgegenstandes gerade abgehe.

So gesehen, könnten sie zwar nicht als Utopisten im engeren Sinne gelten. Wohl aber enthielten ihre empirischen Analysen utopische Potentiale, die andeutungsweise in der »Deutschen Ideologie« und in der »Kritik des Gothaer Programms« sichtbar werden. An diese Potentiale knüpfen vor allem *Panitch*, *Gindin* und *Geras* an, wenn sie das Kriterium »unnötiger Utopien« benennen und das Szenario »notwendiger Utopien« entfalten.

Es ist interessant, wie stark sich die Autoren dem »klassischen« Utopiediskurs annähern, wenn sie alle fiktiven Zukunftsszenarien als »Sackgassen« denunzieren, die auf harmonisierende gesellschaftliche Wunschbilder setzen, aber gleichzeitig die entscheidende Ursache für das menschliche Elend, das sie beenden wollen, beibehalten, nämlich die kapitalistische Eigentumsverfassung (vgl. 6 - 13). Aber auch das positive Szenario einer »notwendigen« Utopie, das *Panitch* und *Gindin* zeichnen, ist durchaus vereinbar mit zentralen Strukturmerkmalen der klassischen Utopietradition. Die Forderung, hierarchische Strukturen im Arbeitsprozeß durch eine Verringerung der Arbeitsteilung zu erreichen, findet man in vielen Utopien der Renaissance und der Reformation ebenso wie die demokratische Orientierung des Konsums am Allgemeinwohl. Das Postulat einer alternativen Lebensweise, die stärker an der kommunalen Lebenswelt jenseits der Kernfamilie orientiert ist, zieht sich wie ein roter Faden durch die Tradition des utopischen Denkens seit Platon. Zwar gingen die archaischen, d. h. herrschaftsbezogenen Utopien in der Regel von staatlich regulierten Planwirtschaften aus. Doch sind den utopischen Autoren sozialisierte Märkte mit »egalitärer Verteilung der wirtschaftlichen Macht« (23) keineswegs fremd. Wenn schließlich *Norman Geras* eine »Minimal-Utopie« fordert, deren Ziel die Versorgung aller mit genießbarem Wasser, Unterkunft, Gesundheitsvorsorge und die Garantie fundamentaler Rechte der Meinungs-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit sowie eine Ethik der gegenseitigen Hilfe

ebenso ist wie die weltweite Ächtung willkürlicher Verhaftung, Folter und Völkermord (45), so werden genau die Ziele und Motive genannt, die utopisches Denken seit der frühen Neuzeit initiiert haben.

Solange diese Forderungen nicht global erfüllt sind, so lautet die Botschaft des vorliegenden Bandes, wird das utopische Denken ebenso eine Zukunft haben wie das sozialistische Projekt. So besteht das bleibende Verdienst des vorliegenden Bandes nicht darin, endgültige Antworten auf ein Menschheitsproblem gegeben zu haben. Aber er hat eine Diskussion eröffnet, deren Relevanz weit über den Kreis jener hinausgeht, die einen erneuerten Marxismus anstreben.

RICHARD SAAGE

Stefan Ryll, Alparslan Yenil (Hg.):
Politik und Ökonomie.
Festschrift für Gerhard Huber,
Metropolis-Verlag Marburg 2000,
420 S. (78,00 DM)

Anders als im Osten, wo abgewickelten und ausgegrenzten Wissenschaftlern in der Regel keine Ehren mehr zuteil werden, sind im Westen Dienstjubiläen und runde Geburtstage von herausragenden Hochschullehrern häufig Anlaß für Konferenzen und Festschriften. So ist das vorliegende Buch dem Politik- und Wirtschaftswissenschaftler *Gerhard Huber* (FU Berlin) gewidmet. Es ist ein opulenter Band mit einer Vielzahl von Beiträgen unterschiedlicher Qualität und Provenienz, sehr geeignet zum Blättern und Schmökern, weniger aber für eine systematische Lektüre. Der Sammelbänden ohnehin häufig anhaftende Mangel, immer zu viele Themen anzuschnitten, die in keinem erkennbaren Zusammenhang stehen, tritt hier besonders deutlich zutage. Auch wenn es zutrifft, daß den Jubilar eine »ungewöhnliche, theoretische Breite und Tiefe in der analytischen Durchdringung ökonomisch-sozialer Problemlagen, gestützt auf ein fast lexikalisches Gedächtnis, eine breite, sozialwissenschaftlich-historische und philosophische Bildung sowie eine präzise und klare Sprache« (S. 20) auszeichnen, wie die Herausgeber glaubhaft versichern, so geht die

thematische Breite des Buches doch selbst darüber noch hinaus. Der Leser findet hier neben ethischen, moralphilosophischen und theoriehistorischen Arbeiten zur politischen Ökonomie Aufsätze zu speziellen makro-, mikro- und strukturökonomischen Themen sowie empirische Analysen zur Einkommens- und Vermögensverteilung – einem alten Forschungsthema *Hubers*. Daran schließen sich Arbeiten zur Transformations- und Zukunftsforschung an sowie zum europäischen Integrationsprozess. Ferner zur Kulturtheorie, Sozialwissenschaft und Altertumskunde. Einige Arbeiten weisen einen direkten Bezug zu *Gerhard Hubers* wissenschaftlicher Biographie auf, andere vielleicht einen indirekten, einige, insbesondere die letzten fünf, jedoch keinen. Nichtsdestoweniger handelt es sich aber auch bei diesen Arbeiten um interessante und lesenswerte Texte – sie passen nur nicht so richtig in dieses Buch.

In einem ausführlichen Vorwort vermittelt *Wolfgang Frühwald* einige sehr persönlich gehaltene Einblicke in das Leben des Jubilars, welcher 1972 von München aus, wo er unter anderem einen Lehrauftrag für Marxsche Ökonomie wahrgenommen hatte, nach Berlin gekommen ist, um hier politische Ökonomie zu lehren. Ein heute schier undenkbarer Vorgang! Sein wissenschaftliches Interesse galt vor allem der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland und der mathematischen Untersetzung politökonomischer Aussagen. Nur »seinem wissenschaftlichen Gewissen verpflichtet, selbstlos und qualitätsbewusst«, hat er sich so »in einem 40 Jahre umfassenden Leben als Lehrer und Forscher« (S. 17) einen Namen gemacht.

Unter den Beiträgen des Jubiläumsbandes sind besonders hervorzuheben der Aufsatz zur »Transformation von Werten in Preise« von *Georg Quaas*, welcher an *Hubers* Lösungsansatz des Marxschen Transformationsproblems anknüpft und diesen produktiv weiterführt, ferner die Aufsätze von *Peter Kalmbach* (»Produktlohn und Reallohn«) und von *Heinz D. Kurz* (»Das Kornmodell und seine Folgen«), da sie bekannte wissenschaftliche Fragestellungen in neuer Diktion behandeln. Weniger originell, aber trotzdem lesenswert ist der Text von *Felix Büchel*, *Joachim Frick* und *Peter Krause* zur arbeitsreduzierenden

Wirkung öffentlicher Transfers. Ebenso der Aufsatz von *Richard Hauser* und *Holger Stein* zu den Verteilungsunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland. In diesem Beitrag wird zum Beispiel herausgearbeitet, daß es letztlich die Vermögensverteilung ist, die maßgeblich die Einkommensverteilung bestimmt, und darüber hinaus die »Verteilung der Startchancen der jungen Generation«, die »Verteilung des Konsums im Ruhestands- alter« und die »Entscheidungen im Unternehmensektor« (S. 212). Es wird die Frage aufgeworfen, wie sich hierauf die Privatisierungsaktivitäten der Treuhandanstalt und die Rückerstattungsregelungen ausgewirkt haben und welcher Teil des Haus-, Grund- und Unternehmensvermögens in den neuen Ländern »in die Hände von Westdeutschen und von Ausländern« übergegangen ist. Erwähnenswert sind auch die Überlegungen von *Hartmut Kaelble* zum Wandel der Einkommensverteilung während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Kaelble* analysiert in diesem Aufsatz Trends der Zu- und Abnahme der Einkommensungleichheit und stößt dabei auf interessante, bisher noch wenig diskutierte Entwicklungsmuster. Da auch dieser Aufsatz Bezüge zum Werk des Jubilars aufweist, ist er in diesem Band richtig plaziert.

Für die Texte im letzten Teil gilt dies nur eingeschränkt. *Alparslan Yenel* zeigt in seinem Beitrag, daß die Osterweiterung der Europäischen Union, trotz aller Beteuerungen der Politiker, letztlich ein sehr »gewagtes Unternehmen« (S. 335) darstellt, welches nur dann erfolgreich sein kann, wenn in den Beitrittsverhandlungen »konstruktive Übergangsregelungen« gefunden werden. »Am Ende dieses Beitrittsprozesses wird eine andere EU entstanden sein« (S. 335) – wer will dies bezweifeln?! *Hans-Jürgen Wagener* setzt sich mit der Frage auseinander, welche Optionen es in Mittel- und Osteuropa gab (und gibt), um die Transformationskrise zu überwinden (S. 311 ff.). Weiter hinten erfahren wir dann noch etwas über eine Theorie der Ethik, über das klassische Problem der Wahrheitsuche und über das historische Schicksal des Typs des Intellektuellen.

In seinem Beitrag »Eine Art Geschäftsauflösung«, dem vorletzten des Bandes, charakterisiert *Arnhelm Neusüss* den Intellektuellen als

»Sinnstifter«, was immer auch »Anstifter« heißt, »also Ideologe«: »Sein Kopfwerk ist die Konzeption des sozialen und individuellen Menschenlebens so, wie es der ›Wahrheit‹ entspräche, was natürlich etwas anderes heißt als dessen empirisch verpflichtete Darstellung« (S. 387 f.). Wäre es hier nicht angebracht gewesen, einen Bezug zur Person wie zum Werk des Jubilars herzustellen? Leider geschieht dies mit keinem Wort.

ULRICH BUSCH

**Siegfried Wenzel:
Was war die DDR wert?
Und wo ist dieser Wert geblieben?
Versuch einer Abschlußbilanz.
Verlag Das Neue Berlin 2000,
304 S. (29,90 DM)**

Zum wiederholten Male meldet sich *Siegfried Wenzel*, Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR und damals verantwortlich für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, mit einer kritisch-selbstkritischen Analyse seines früheren Arbeitsgebietes, der DDR-Wirtschaft und dem, was von ihr bleiben durfte, zu Wort. Im vorliegenden Buch hat er verschiedene, u. a. bei der »Hellen Panke« e. V. Berlin gehaltene Vorträge zusammengefaßt und erweitert. Das geht leider ein wenig zu Lasten der Stringenz und einer gelegentlich ausführlicheren Polemik mit heutigen Einschätzungen der DDR-Wirklichkeit. Aber im Unterschied zur gängigen Memoiren-Literatur anderer einstiger Verantwortungsträger sucht *Wenzel* sichtlich eine tragfähige Basis für die Bewertung einer untergegangenen Gesellschaft und ihrer Wirtschaft. Er scheut sich nicht, seine Meinung zu ungerichteten Einschätzungen zu äußern und diese Positionen aus seinem Erfahrungswissen heraus zu widerlegen. Zugleich unterzieht er die Vereinigungspolitik ab 1990 einer fachlichen Kritik und wirft nicht zuletzt auch prinzipielle Probleme einer künftigen alternativen Wirtschaftspolitik auf.

Im I. Kapitel wendet sich der Autor dagegen, daß die DDR 1989 im landläufigen Sinne bankrott gewesen wäre. Bis zum letzten Tag ihrer Existenz habe sie alle Aufgaben als Wirtschaftssubjekt – von der Gehaltszahlung bis

zur Begleichung der Auslandsverbindlichkeiten – wahrnehmen können. Eingeräumt wird allerdings, daß binnen drei, vier Jahren eine tatsächliche Zahlungsunfähigkeit der DDR gegenüber ihren ausländischen Gläubigern eingetreten wäre. Und er korrigiert auch nicht die Erwartung, daß eine konsequente Wirtschaftsreform einen Verlust von 30 Prozent des Lebensstandards nach sich gezogen hätte.

Aber weder die Innen- noch die Außenverschuldung habe die DDR 1989 handlungsunfähig gemacht und rechtfertige die gängige abwertende Betrachtung ihrer Wirtschaft. Bemerkenswert sind die Ausführungen zu den Auslandsschulden der DDR. Sie haben in den letzten zehn Jahren eine wundersame Minderung von 29 Mrd. US-\$ in einer ersten Analyse für das Politbüro Ende Oktober 1989 auf wohl 12 Mrd. US-\$ laut Deutscher Bundesbank 1999 durchgemacht. Die in diesem Zusammenhang konstatierte »Entdramatisierung der Schuldensituation der DDR« ist nun allerdings Beleg für einen Staat mit Wirtschaftsmonopol, der nicht einmal in der Lage war, seine eigenen Schulden zu kennen. Zugleich wird übersehen, daß die DDR, unabhängig von der realen Summe, mindestens seit Beginn der achtziger Jahre politisch erpreßbar war.

So stimmig seine Erklärungen und Rechnungen sind – gerade gegen die unterstellte Wertlosigkeit der DDR im Einigungsprozeß –, so problematisch bleibt eine einseitige wirtschaftliche Betrachtung. Auch wenn er sich insbesondere im III. Kapitel zum Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der DDR äußert, ist auffällig, daß die dortige Polemik gegen die Unterstellung, »die DDR sei eine Mangelwirtschaft« gewesen, eine unverzichtbare komplexere Betrachtung gesellschaftlicher Phänomene – so auch der DDR – ausblendet.

Die finale Krise der DDR resultierte nicht zuletzt aus den ausgebliebenen ökonomischen Realisierungsbedingungen für die konsumtiven Erwartungen großer Teile der DDR-Bevölkerung. Nicht Hunger trieb sie auf die Straße, aber sie waren langer Wartezeiten für Autos, langer Schlangen und Versorgungsengpässe leid. Da im Unterschied zu den kapitalistischen Marktwirtschaften im Realsozialismus letztlich Staat und führende Partei eine Gesamtverantwortung beanspruchten, war der

Adressat der Kritik und des Unwillens des Volkes eindeutig.

Wenzel verweist mehrfach auf die »genetischen Fehler des sozialistischen Gesellschaftsmodells« (S. 15): das Wahrheits- und Weisheitsmonopol der Partei, das Prinzip des »demokratischen Zentralismus« und die Unterordnung der Wirtschaft unter ein Primat der Politik. Das mußte wesentlich die Spielräume für eine Weiterentwicklung von Politik und Wirtschaft einschränken und verhinderte, sich auf neue weltwirtschaftliche Verhältnisse einzustellen. Überzeugend legt er die Ursachen der schlechteren ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR dar. Er verweist auf die materiellen und personellen Kriegsfolgen, die Reparationen, die Abhängigkeit von der östlichen Supermacht und die Konsequenzen der Systemkonkurrenz mit Westdeutschland. Zu ergänzen bleibt, daß alle Schwächen der DDR eben auch die Grenzen und genetischen Fehler des gesamten Ostblocks waren und insofern die DDR-Belege nur diesen Sonderfall illustrieren. Unter gingen all diese Staaten in Europa.

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der DDR-Wirklichkeit im II. Kapitel ist der Ausgangspunkt für seine zentrale Aussage, daß der Transformationsprozeß im Zuge der deutschen Einheit als ein Überstülpungs- und Ent eignungsprozeß zu charakterisieren sei. Nur wenn man – wie der Autor – von einer ökonomischen Substanz der DDR ausgeht, ist die westdeutsche Aufrechnung, daß nur Schulden geerbt wurden, zu widerlegen. Das erfolgt gründlich und es bleibt die auch beantwortbare Frage, wo die zirka 600 Mrd. DM DDR-Vermögen geblieben sind – sicher nur zu maximal 5 Prozent in ostdeutscher Hand, wenn als Referenz die Zahl der privatisierten Unternehmen herangezogen wird. Grund und Boden, NVA-Eigentum oder Auslandsobjekte sind andere wundersam verschwundene DDR-Alt«lasten«, über die keiner mehr reden mag. Entscheidend ist, daß »eine bestimmte marktwirtschaftliche Logik (darin besteht), daß Unternehmen und Betriebe ... nicht zum »Substanzwert«, sondern nur zum »Ertragswert« verkauft« wurden (S. 157). Hier setzt sein Vorwurf an eine völlig verfehlte Politik der überstürzten, unabgefederten DM-Einführung und schließlich der Privatisierung durch die Treuhandanstalt an. Die DDR-Unternehmen konn-

ten keinen Ertrag mehr bringen. Beide Faktoren sorgten dafür, daß zuvor bei entsprechenden Rahmenbedingungen durchaus leistungsfähige, aber vielfach nicht moderne und weltmarktfähige Betriebe über Nacht zu Anachronismen wurden.

Im abschließenden IV. Kapitel plädiert *Wenzel* für ein sorgfältiges Lernen aus der Misere der Planwirtschaft und den Erfahrungen der Marktwirtschaft. Beide seien allein offenkundig nicht in der Lage, im Interesse der Menschen wirtschaftliche wie soziale Prozesse auf Dauer zu gestalten. Sein Plädoyer zielt gegen verkürzte Eigentumsdiskussionen und Verstaatlichungsträume. Er sieht in Klein- und Mittelunternehmen, aber auch den großen Aktiengesellschaften die künftigen Wirtschaftssubjekte, bei denen es weniger um die klassische Eigentumsfrage als um die Verfügungsgewalt geht. Staatliches und genossenschaftliches Eigentum haben hier ebenso ihren Platz. Er präferiert indirekte Steuerungsinstrumentarien, insbesondere durch eine Steuer- und Finanzpolitik. Leider keine Rolle spielt in seinen Überlegungen eine mögliche und wohl unverzichtbare Rolle von Wirtschaftsdemokratie in den Unternehmen und die Frage der Formulierungs- und Realisierungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Zielsetzungen für die Wirtschaft.

Wenzel wirft sowohl im Rückblick auf die DDR als auch im Ausblick auf eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung entscheidende Fragestellungen auf. Sein Buch schließt ein wenig die erhebliche Lücke, die gerade bei der ökonomischen Analyse des Gewesenen und bei der realistischen Antizipation künftiger Politik nicht nur aus ostdeutscher Sicht existiert. Es sollte Anregung für weiteres Suchen sein und weniger für den Streit um das eine oder andere Prozent der einstigen DDR-Arbeitsproduktivität oder diese oder jene Milliarde DM-Auslandsschulden der DDR.

STEFAN BOLLINGER

Entschuldigung

Durch ein technisches Versehen wurde in Heft 126, S. 313, das Foto unserer Autorin Gisela Neunhöffer nicht belichtet. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion

WALTER SCHMIDT:
Prussia and the German Culture of History

The 300th anniversary of the foundation of the Kingdom of Prussia is celebrated in 2001 with great pomp and expense. In the Land of Brandenburg alone, government funds pay for more than 400 events. Walter Schmidt, senior expert of Marxist historiography on the 1848 revolution, analyses the public images of two major events in Prussian-German history. He critically investigates the public image of the 1848 revolution from the time of its outbreak until today. And he looks into the historic perception of the foundation of the German Reich in 1871. With a look at the »Prussian Year 2001«, he concludes that the two Länder, Berlin and Brandenburg, shall finally be prepared to merge – a move that had already failed in 1997 because of the resistance of the Brandenburg citizens.

ULRICH BUSCH and ANJA SCHNEIDER:
Much Consumption, but small Growth.
On the Effects of the Transfer-Payments

Wolfgang Thierse, by stating that one decade after unification, the West German economy is booming while the East is balancing on a knife's edge, made an invitation to rethink the promotion of economic development in eastern Germany. This raises a series of problems, e.g. of the validity of the existing economic policy strategy, the distribution of unification's costs and benefits, the results of the Aufbau Ost and the effects of Solidarpakt I. But above all, is the question concerning the effects produced by the transfer payments, their benefits and contribution to strengthening the economic basis of eastern Germany. The analysis draws the conclusion that the main effect of the transfers consists in maintaining living standards. But there was too little investment support for a self-sustaining economic upturn.

Hubert Laitko:
The Role of Education in a Future Society
with Multiple Development Options

If we characterize future society as a social community in which science plays a crucial role, then we must recognize that we are talking of an »educational society«. But this does not mean – as often suggested – that the main challenge is to learn how to operate a computer or how to use the internet. The most important question is what kind of education will be useful in a social community with very uncertain, and probably highly risky future. In such a situation, where multiple development options exist, the educational system has to provide two development resources. First, it must deliver a complex basic knowledge that enables the individual to understand ongoing processes. And second, it must guarantee diversification, i.e. simultaneous co-existence of various individual specialisations. But beside this the society as a whole must be open enough to give everyone the opportunity to participate in decision making, and this means a future sustainable society ought to be much more democratic than social reality is now.

Meinhard Creydt:

Off the main road or on a special development path: Towards a criticism of German approaches to come to terms with history

An influential current in German historical studies supposes a »special German development path«. This approach transforms a moral judgement into a causal pseudo-explanation, of events particularly in the past century, seeing them as founded upon a monolithically conceived »German Essence« or a godly evil. The author argues, on the contrary, that National Socialism should be understood from an analysis of the development of capitalist/bourgeois society and its specific historical constellation after World War I. In its conclusion, this essay discusses also the mentalities taking attractive, moralizing approaches to this historical period and the perpetuation of Anti-German clichés.

Jürgen Leibiger:

The Property Question in 21st Century Capitalism

The crash of socialism was closely connected with total state-ownership, and its not correlating with the character and degree of the socialization of production. In transnationalised capitalism, property relations are very diverse and differentiated. Thus socialist policy has to take a different approach to the property question, that should take into consideration various forms of ownership and property, of appropriation and possession and of their legal forms, and the possibilities of participation and democracy. While in highly developed capitalist countries the struggle for democracy and worker-participation in the economy should be at the center of a socialist economic policy, the vision of an alternative socialist society has to start from a re-evaluation of the differentiation and diversity of today's property. Instead of a single act violent of expropriation, we will step forward in a long historical iterative process in search of the most efficient property forms. In most developing countries, it is at first necessary to create opportunities to work for simple human existence. In these cases property relations are not so important.

Ulla Plener:

Economic Democracy

Analysis of DGB (German Trade Union Federation), SPD and PDS documents of the late 1990s show that concepts of economic democracy – although included in the DGB Political Program – are no longer advocated by the leaderships of the DGB and the SPD. They are however still defended and, in view of upcoming new problems and challenges, even further developed in DGB member unions, in the SPD membership and, particularly, in and by the PDS. The demands and proposals made by left trade union members and social democrats, as well as by socialists in and outside the PDS, outline the draft concept for public-interest-oriented and democratic economic activities which are simultaneously implemented both from the top-down i.e. by the state – and bottom-up – i.e. from the grass roots of society. There are real opportunities and approaches stimulating a democratic movement for such a project. In addition, the article provides a definition of »social justice« as a category of political economy.

Redaktion:
Jörg Schultz,
Arndt Hopfmann

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMHEY † und HELMUT STEINER
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: utopie-kreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 73/74:	je	2 DM
Heft 73/74 bis 109/110	je	5 DM

